

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Christiane Busch-Lüty

Entwicklungsphänomen Israel:
Vom Kibbuz zum Kapitalismus?

Yaacov Bach

Wandlungen in der
Wirtschaftspolitik Israels

Heinz Kremers

Judentum und Holocaust
im deutschen Schulunterricht

ISSN 0479-611 X

B 4/79

27. Januar 1979

Christiane Busch-Lüty, Dr. rer. pol., geb. 1931; Professor für Wirtschafts- und Sozialpolitik an der Hochschule der Bundeswehr München; Studium der Wirtschaftswissenschaften und Social Sciences in München, Nottingham, Bonn und Freiburg/Brsg.; 1967—1970 Mitglied der Redaktion der *Wirtschaftswoche*/*Der Volkswirt*, Frankfurt.

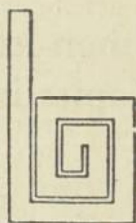
Veröffentlichungen u. a.: Gesamtwirtschaftliche Lohnpolitik, Basel-Tübingen 1964; zahlr. Beiträge insbes. zur Wirtschafts-, Einkommens- und Wissenschaftspolitik in der *Wirtschaftswoche*, 1967—1970.

Yaacov Bach, Dr. rer. pol., geb. 1911 in Tarnowitz/Oberschl., Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Freiburg i. Br., Berlin und Breslau; Abbruch des Studiums 1933 und Auswanderung nach Palästina; 1933—1949 Landwirt; 1949—1953 Regierungsbeamter; 1953—1977 leitende Aufgaben im Bank-Konzern der „Bank Leumi Le-Israel“ in Tel-Aviv; 1958 Promotion in Freiburg i. Br. mit einer Dissertation über „Gemüse-Vermarktung in Israel“.

Veröffentlichungen über Themen aus den Gebieten der Vermarktung, des Außenhandels und des Bankwesens.

Heinz Kremers, Dr. theol., geb. 1926, Professor für Evangelische Theologie und ihre Didaktik (Lehrgebiet: Bibelwissenschaft) an der Gesamthochschule Duisburg; Leiter des Forschungsschwerpunkts „Geschichte und Religion des jüdischen Volkes“ an dieser Hochschule; Präsidiumsmitglied der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und Mitbegründer der christlichen Siedlung „Nes Ammim“ in Israel.

Veröffentlichung zahlreicher Aufsätze zur Bibelwissenschaft, mehrerer Bücher und Aufsätze zur Beziehung Judentum-Christentum.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Entwicklungsphänomen Israel: Vom Kibbuz zum Kapitalismus?

Einführung

Die dramatischen Verhandlungsschlachten, die seit Monaten auf der weltpolitischen Bühne um eine Friedenslösung im Nahen Osten geschlagen werden, haben in dieser Zeit fast völlig von einem anderen Schauplatz der israelischen Politik abgelenkt, auf dem ebenfalls vor nunmehr gut einem Jahr die Zeichen auf Kurswechsel gestellt wurden: gemeint ist die „Neue Wirtschaftspolitik“, die am 29. Oktober 1977 mit einer Überraschungsaktion vom israelischen Finanzminister Simcha Ehrlich in Szene gesetzt worden war mit der erklärten Absicht, Israels Wirtschaft in Zukunft auf einen *stärker marktwirtschaftlich gesteuerten Kurs* zu führen.

Dieser Kurswechsel dokumentierte sich zunächst in Liberalisierungsmaßnahmen im Bereich der Währungspolitik, die zu einer Freigabe und Abwertung des israelischen Pfundes führten¹⁾. Insgesamt sollte über die schrittweise Befreiung von bürokratischen Reglements und die Zurückdrängung staatlicher und kollektiver Aktivitäten zugunsten privater Initiativen längerfristig das seit drei Jahren stagnierende Wirtschaftswachstum angekurbelt werden, mit Schwerpunkt auf den exportorientierten Industriesektoren. Darüber hinaus sollte eine Senkung der extrem hohen israelischen Inflationsrate von über 40 Prozent durch Drosselung der öffentlichen und privaten Nachfrage, sowie eine allgemeine Steigerung der Produktivität vor allem durch Rationalisierungsmaßnahmen erreicht werden²⁾.

¹⁾ Die anfängliche Abwertungsrate von einem Drittel ist bis zum Spätherbst 1978 bereits auf über 60% gestiegen.

²⁾ Vgl. hierzu den Artikel von Yaacow Bach in dieser Ausgabe, der als Vortrag vor einer deutschen Studiengruppe in Tel Aviv im Februar 1978 gehalten wurde und damit u. a. auch Ausgangspunkt für weitergehende Recherchen und die Beschäftigung mit entwicklungs- und strukturpolitischen Aspekten der israelischen Wirtschaftspolitik durch die Verfasserin dieser Arbeit wurde.

Gerade die jüngsten Fortschritte auf dem Weg zu einer zumindest partiellen Befriedung im Nahen Osten haben vielfach als Signal gewirkt, Überlegungen und Planungen, aber auch Spekulationen und Zukunftsvisionen

INHALT

Einführung

- I. Bilanz eines dreißigjährigen „Wirtschaftswunders“ in Israel
 1. Ergebnisse
 2. Wesentliche Entwicklungsfaktoren
- II. Schlüsselprobleme israelischer Entwicklungspolitik auf dem weiteren Weg der Industrialisierung
 1. Humankapital
 2. Technischer Fortschritt
 3. Industrielles Management und Organisation
 4. Gesamtwirtschaftliche Steuerung
- III. Wirtschafts- und strukturpolitische Ordnungsvorstellungen im Widerstreit
 1. Vom „konstruktiven Sozialismus“ der Gründergeneration zum „Wirtschaftsliberalismus“ der Begin-Regierung
 2. Das ordnungspolitische Gebot zukünftiger Entwicklungsaufgaben in Israel
- IV. Israel: Modellfall für Entwicklungsländer?

über die damit frei werdenden wirtschaftlichen Entwicklungskräfte und ihre Möglichkeiten etwa im Rahmen einer israelisch-ägyptischen Kooperation oder gar eines größeren „Gemeinsamen Marktes“ in Nahost anzustellen.

Sicherlich ist es an der Zeit, den Fragen der sozialökonomischen Entwicklung in diesem Raum stärkere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Zweifellos hat gerade in der deutschen Öff-

fentlichkeit die Tatsache bisher relativ wenig Beachtung gefunden, daß Israel in den dreißig Jahren seiner bisherigen staatlichen Existenz eben nicht nur seine vielerorts bewunderte *politische und militärische Lebenskraft* bewiesen, sondern auch eine *soziale und wirtschaftliche Entwicklungsdynamik* gezeigt hat, die ähnlich der Wiederaufbauleistung im Nachkriegs-Deutschland durchaus als „Wirtschaftswunder“ etikettiert werden kann³⁾.

Die besonderen Bedingungen und Formen dieser erstaunlichen wirtschaftlichen Entwicklung sind — wie fast alles in diesem neuen israelischen Gemeinwesen — geprägt und damit nur erklärbar aus der Verarbeitung geschichtlicher Erfahrungen des jüdischen Volkes und den daraus im Zionismus entwickelten sozialen Wert- und Ordnungsvorstellungen für die Errichtung einer neuen Gesellschaft, wie sie in der Pionierphase der jüdischen Einwanderung nach Palästina in die Praxis umgesetzt worden sind⁴⁾. Der neue wirtschaftspolitische Kurs der Regierung Begin bedeutet in seiner auf Liberalisierung und ökonomische Effizienz gerichteten Intention offensichtlich einen Bruch mit den kollektiven Idealen dieser Pioniergeneration, die einem „konstruktiven Sozialismus“ huldigte, und mit den bisher in Israel vorherrschenden Ordnungsvorstellungen einer ‚Labour Economy‘⁵⁾.

Abseits aller ideologischen Wertungen stellt sich damit für dem ökonomisch geschulten Betrachter die Frage, wie weit ein Programm des Wirtschaftsliberalismus den zukünftigen Entwicklungsaufgaben von Wirtschaft und Gesellschaft in Israel unter den in diesem Land gegebenen speziellen Bedingungen gerecht werden und mit den bisherigen Grundlagen und Handlungsmaximen der israeli-

³⁾ So etwa auch im Bericht einer Weltbankkommission, der im Oktober/November 1968 zum Stand der wirtschaftlichen Entwicklung in Israel erstellt wurde; vgl. David Horowitz, *The Enigma of Economic Growth. A case Study of Israel*, New York 1972, S. XII f.

⁴⁾ Vgl. Walter Laqueur, *Der Weg zum Staat Israel. Geschichte des Zionismus*, Wien 1975, S. 287 ff.; Ernst Vogt, *Zionismus und Sozialismus. Zur Rolle der jüdischen Arbeiterbewegung bis zur Gründung des Staates Israel*; Schriften der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1977, passim.

⁵⁾ Vgl. Theo Pirker, *Die Histadrut*, Tübingen 1965, passim.

schen Wirtschaftsgesellschaft vereinbart werden kann.

Die Frage nach der Adäquanz alternativer wirtschaftspolitischer Philosophien und Programme mündet damit ein in die Problematik einer *langfristigen sozialökonomischen Entwicklungskonzeption* für Israel, unter Berücksichtigung vor allem der historischen, geopolitischen und natürlichen Rahmenbedingungen. Dieses Problem ist nur anzugehen, wenn zunächst einmal die Hauptlinien der bisherigen sozialökonomischen Entwicklung in Israel nachgezeichnet und dabei neben den Ergebnissen auch die wesentlichen Triebkräfte dieses Prozesses herausgestellt werden (I).

In einem zweiten Schritt müssen dann die Schlüsselprobleme der israelischen Entwicklungspolitik auf dem weiteren Weg in die Industrialisierung identifiziert werden: Schwachstellen und Engpässe als retardierende Momente ebenso wie erfolversprechende Ansatzpunkte für eine weitere Entwicklung als stimulierende Faktoren (II).

Erst danach können in einem dritten Schritt gewisse Schlußfolgerungen und sachlich begründete Aussagen gewonnen werden über notwendige Formen und Inhalte israelischer Entwicklungspolitik, die möglicherweise auch für den aktuellen Widerstreit wirtschafts- und strukturpolitischer Ordnungsvorstellungen in Israel eine Orientierungshilfe bieten können (III).

Israel stellt als Entwicklungsland trotz aller Sonderbedingungen aufgrund seiner räumlich begrenzten Dimensionen und zeitlich gerafften Abläufe sowie der hohen Transparenz seiner internen Daten und Prozesse einen fast idealen sozialökonomischen „Laborversuch“ dar, dessen Ergebnisse und Erkenntnisse zweifellos trotz gebotener Vorsicht bei ihrer verallgemeinernden Anwendung auch für andere Entwicklungsländer verwertbar sind. Auch wenn damit Israel nicht als „entwicklungspolitischer Modellfall“ schlechthin etikettiert werden kann und soll, ergeben sich daraus doch in der Vergangenheit und erst recht für eine friedlichere Zukunft Möglichkeiten und Chancen des Wirkens von Israel über seine Grenzen hinaus als — passives — Entwicklungsmodell und als — aktiver — Entwicklungshelfer (IV).

I. Bilanz eines dreißigjährigen „Wirtschaftswunders“ in Israel

1. Ergebnisse

Die „Entwicklungsformel“ der israelischen Wirtschaft in den 30 Jahren seit der Staatsgründung wurde auf einer internationalen entwicklungspolitischen Tagung in aller Kürze umschrieben als „rapid economic expansion combined with social effort“: schnelles wirtschaftliches Wachstum verbunden mit sozialen Anstrengungen⁶⁾. Sucht man nach Indikatoren, die in aller Kürze ein Bild des israelischen „Wirtschaftswunders“ vermitteln, so wird man neben den üblichen globalen Wachstumsgrößen vor allem strukturelle Entwicklungen von Produktion und Verteilung beachten müssen.

Das fast atemberaubende Tempo des dreißigjährigen Wachstumsprozesses der israelischen Wirtschaft dokumentiert sich zunächst einmal recht eindrucksvoll in der überschlüssigen *Verneunfachung* des *realen Bruttosozialprodukts* (BSP) in Israel im Zeitraum von 1950 bis 1973⁷⁾. Da das Jahr 1973 mit dem Yom-Kippur-Krieg auch in der wirtschaftlichen Entwicklung Israels einen tiefen Einschnitt mit nachfolgenden national und international bedingten Stagnationstendenzen brachte, empfiehlt es sich, diese Zäsur auch in der Terminierung der relevanten Daten zu berücksichtigen.

Mit + 6,6 % für 1974, + 2,2 % für 1975, + 0,9 % für 1976 und + 0,5 % für 1977 wird der starke Abfall des Entwicklungstempos des BSPs besonders deutlich, wenn man die Werte dieser letzten vier Jahre mit der durchschnittlichen jährlichen realen Wachstumsrate von 10,5 % in den 25 Jahren zuvor vergleicht⁸⁾.

Mit diesem extrem steilen Entwicklungspfad hatte Israel — neben Japan — in diesem Zeitraum das Wachstumstempo aller anderen Länder der Welt in den Schatten gestellt. In eben diesen ersten 30 Jahren hat sich die Be-

völkerung des Staates Israel mehr als vervierfacht; dennoch ist das *Bruttosozialprodukt pro Kopf* jährlich bis 1973 im Durchschnitt um 6 % gestiegen: von einem Niveau von 473 US-Dollar im Jahre 1950 auf 1 225 US-Dollar 1972⁹⁾.

In einer Untersuchung aus dem Jahr 1965 kommt René L. Frey¹⁰⁾ bei einem internationalen Wohlstandsvergleich anhand von vier Wohlstandsindikatoren (Prokopfeinkommen; Industrialisierungsgrad, gemessen am Anteil der im primären Sektor Beschäftigten; Lebenserwartung bei Geburt; Kalorien je Einwohner) zu dem Ergebnis, daß Israel 1961 bereits das Wohlstandsniveau damals „mittelreicher“ europäischer Staaten (z. B. Italien, Norwegen) erreicht hatte und beim Indikator ‚Lebenserwartung‘ sogar an erster Stelle rangierte. Unter Zugrundelegung der israelischen Entwicklungsplanung rechnete Frey damals damit, daß Israel bis 1975 das Wohlstandsniveau der höchstentwickelten europäischen Staaten zu Beginn der sechziger Jahre erreichen würde; da die realisierten Wachstumswerte in Israel in dieser Zeit eher insgesamt über den Plandaten lagen, dürfte sich diese Erwartung erfüllt haben.

Vor allem bis 1973 war die Entwicklung der israelischen Wirtschaft mit starken *strukturellen Veränderungen* in der Zusammensetzung des Sozialprodukts verbunden¹¹⁾. In der ersten Dekade hatte die *Landwirtschaft* unter dem Gesichtspunkt der Versorgung und Beschäftigung der durch Einwanderung rapide wachsenden Bevölkerung höchste Priorität. Als Ende der fünfziger Jahre die verfügbaren Boden- und Wasserressourcen praktisch vollständig genutzt waren und die geringe Einkommenselastizität der Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten sich in einer stagnierenden Binnennachfrage auswirkte, flachte die steile Wachstumskurve der landwirtschaftlichen Erzeugung ab. Zusammen mit der fortgesetzten Produktivitätssteigerung durch technischen Fortschritt wirkte diese Entwicklung dahin, daß der Anteil der in der israelischen Landwirtschaft Beschäftigten von 15 %

⁶⁾ Moshe Sanbar, *Israel's Development Formula*, in: *Economic Growth in Developing Countries. Material and Human Resources. Proceedings of the 7th Rehovot Conference*. Ed. by Yohanan Ramati, New York 1975, S. 11.

⁷⁾ Vgl. Abba Lerner, Haim Ben-Shahar, *The Economics of Efficiency and Growth, Lessons from Israel and the West Bank*, Cambridge, Mass. 1975, S. 73 f.

⁸⁾ Bank of Israel, *Annual Report 1976*, Jerusalem 1977, S. 4 f.

⁹⁾ *Tatsachen über Israel*, hrsg. v. d. Informationsabteilung beim Außenministerium, Jerusalem, Bonn 1977, S. 66.

¹⁰⁾ René L. Frey, *Strukturwandlungen der israelischen Volkswirtschaft, global und regional 1948 bis 1975*, Basel-Tübingen 1965, S. 88 f.

¹¹⁾ Vgl. Lerner/Ben-Shahar, a. a. O., S. 79.

der Gesamtbeschäftigung im Jahre 1955 auf etwa 7 % im Jahre 1973 zurückging und damit sich bereits stark den in hochentwickelten westlichen Industrieländern üblichen Strukturdaten annäherte. Entsprechend sank der Anteil der landwirtschaftlichen Produktion am Netto-Inlandsprodukt Israels zu Faktorkosten von 11,4 % 1952 auf 5,8 % 1973¹²⁾.

Im gleichen Zeitraum hat der Anteil des gewerblichen Sektors wesentlich zugenommen. So beschäftigte die verarbeitende Industrie 1954 erst 24 %, 1973 bereits 29 % aller Arbeitnehmer und steigerte in dieser Zeit ihren Beitrag zum Netto-Inlandsprodukt von 21,7 % auf 26,2 %. Auffallend hoch im internationalen Vergleich ist der Anteil des Tertiären Sektors im weiteren Sinne (Transportwesen, Handel, Banken, öffentliche Dienste) mit im Zeitablauf relativ konstanten etwa 50 %; er weist auf den gewichtigen Anteil des öffentlichen Sektors im israelischen Wirtschaftsgefüge hin — vor allem von Aktivitäten im Bereich des Infrastrukturausbaus —, zugleich aber auch auf die dadurch gewissermaßen „eingebauten“ Bremsen für globale Produktivitätssteigerungen.

Wenn häufig festgestellt wird, daß Israel nach gängigen Kriterien seit seiner Gründung in zunehmendem Maße wirtschaftlich über seine Verhältnisse gelebt habe und noch lebe, so ist damit die Tatsache angesprochen, daß das Land von seinen Anfängen an etwa ein Fünftel, nach zwischenzeitlicher Abnahme neuerdings sogar bis zu einem Drittel seiner insgesamt verbrauchten Ressourcen von außen „zugeschossen“ bekam. Anders ausgedrückt: Das Brutto-Inlandsprodukt deckte in den letzten Jahren nur zu etwa zwei Dritteln die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Die Angebotslücke wurde durch Importüberschüsse aufgefüllt, bei einem Anteil des militärischen Sektors von gut einem Drittel am Bruttosozialprodukt (seit dem Yom-Kippur-Krieg 1973) in erster Linie durch ausländische Waffenlieferungen. Da diese durchweg über Kanäle des Staatshaushalts laufen und ihn entsprechend aufblähen, erklärt sich daraus die fast absurd erscheinende Relation, daß der Umfang des israelischen Staatsbudgets heute etwa 90 % des Volumens des israelischen Bruttosozialprodukts entspricht.

Die Verwendung dieser gesamten Ressourcen (Bruttosozialprodukt plus Importüberschuß) sah seit 1973 folgendermaßen aus (vgl. Tab. 1):

Tabelle 1:

Verwendung der volkswirtschaftlichen Ressourcen
(Anteile in %, Preise von 1970)

Verwendungsart	Israel ¹²⁾				Vergleichszahlen Bundesrepublik ¹³⁾ 1975
	1973	1974	1975	1976	
Privater Verbrauch	35,2	36,2	35,3	36,9	44,4
Staatsverbrauch	24,3	23,7	25,5	23,7	13,7
Zivil	5,9	5,9	6,1	6,5	
Militär	18,4	17,8	19,4	17,2	
Bruttoinvestitionen	20,3	19,8	18,9	16,3	21,3
Export	20,2	20,3	20,3	23,1	20,6
Verwendung insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹²⁾ Quelle: Bank of Israel, a. a. O., S. 21.

¹³⁾ Quelle: Jahresgutachten 1977/78 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bundestagsdrucksache 8/1221 v. 22. 11. 1977, S. 247

Gerade der Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland macht dabei den hohen Anteil der Verwendung der israelischen Ressourcen für nichtinvestive Zwecke des Staates — zu Lasten des privaten Verbrauchs und der Investitionen — deutlich.

Bedingt durch die chronischen Defizite vor allem in seiner Außenhandelsbilanz sowie in allen Bereichen der öffentlichen Güterversorgung lebt Israel von Anfang an unter starkem inflationären Druck. Während sich in den ersten 25 Jahren die Inflationsrate stets um die 7—8 %-Marke hielt, ist sie nach dem Yom-Kippur-Krieg bedrohlich angestiegen und bewegt sich in den letzten Jahren zwischen 30 und 40 %. Komplizierte indexabhängige Ausgleichsmechanismen, die ihrerseits wieder inflationstreibend wirken, sorgen vor allem im Kreditbereich und bei den Einkommen für eine Kompensation dieser Geldentwertung für den einzelnen durch Überwälzung auf die Allgemeinheit, d. h. die Staatskasse. Auf diese Weise wird jedenfalls die *gleichmäßige* Verteilung der Inflationslasten erreicht.

Die Erfolge der israelischen Entwicklungsformel „rapid economic expansion combined with social effort“ können ohnehin nicht eingeschätzt werden, ohne das Resultat eben dieser „sozialen Bemühungen“ bei der *Verteilung des materiellen Wohlstandszuwachses* zur

Kenntnis zu nehmen. Hier scheint das egalitäre Verteilungsideal der israelischen Gründergeneration sich in beachtlichem Maße gegen die dem ökonomischen Entwicklungsprozeß innewohnenden Differenzierungstendenzen durchgesetzt zu haben. Die Einkommensverteilung Israels ist eine der gleichmäßigsten der Welt und übertraf darin z. B. Anfang der sechziger Jahre nach Norwegen noch Länder wie Dänemark, Großbritannien und Schweden und sogar sehr beträchtlich die Niederlande, die Bundesrepublik Deutschland und erst recht die USA¹⁴⁾. Im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung nahm dann die Ungleichheit der Einkommensverteilung in Israel bis 1967 leicht zu, danach setzte sich der egalitäre Trend wieder stärker durch (vgl. Tab. 2).

Die Vergleichszahlen aus der Bundesrepublik Deutschland zeigen übrigens, daß die israelischen Verteilungswerte insgesamt in der Tat dem Gleichheitsideal etwas mehr angenähert sind.

2. Wesentliche Entwicklungsfaktoren

Fragt man nach den Hauptfaktoren, die sowohl stimulierend als auch retardierend die wirtschaftliche Entwicklung Israels seit seiner Gründung im wesentlichen bestimmt haben, so muß zunächst zur Kenntnis genommen

Tabelle 2:

Personelle Einkommensverteilung in Israel 1954—1976 ¹⁵⁾					Vergleichszahlen Bundesrepublik				
(Anteile in % am Gesamteinkommen gerechnet)									
Einkommensgruppen geordnet nach wachsender Einkommenshöhe	kumuliert	1954		1967		1976		1970	
		kum.	kum.	kum.	kum.	kum.	kum.	kum.	kum.
(die ärmsten)									
20 % der Bevölkerung		7,0		5,7		8,3		5,9	
20 % der Bevölkerung	40 %	13,9	20,9	11,7	17,4	13,6	21,9	10,4	16,3
20 % der Bevölkerung	60 %	18,2	39,1	16,8	34,2	17,7	39,6	15,6	31,9
20 % der Bevölkerung	80 %	22,9	62,0	23,4	57,6	23,5	63,1	22,5	54,4
(die reichsten)									
20 % der Bevölkerung	100 %	38,0	100,0	42,4	100,0	36,9	100,0	45,6	100,0

¹⁴⁾ Vgl. Horowitz, a. a. O., S. 46.

¹⁵⁾ Quellen: Lerner/Ben-Shahar, a. a. O., S. 147; Tatsachen über Israel, a. a. O., S. 88; Israel im Profil, hrsg. von der Botschaft des Staates Israel, Bonn 1978, S. 22.

werden, was David Horowitz, prominenter israelischer Ökonom und langjähriger Präsident der Zentralnotenbank in Jerusalem, mit der Kompetenz des Insiders so zusammenfaßt: „... Exogenous extraeconomic factors play an exceptionally large role in the development of Israel. Geopolitical and strategic conjunctures, the historical background, psychological and ideological forces, and ethnic diversity are among the most powerful determinants of Israel's social and economic pattern, and no analysis of its formation and growth can afford to disregard them. The political background especially must always be kept in mind. Political events exert a much more decisive influence on Israel's economy than is usual in other countries, owing to the special role of immigration and capital import, and regional events and developments...“¹⁶⁾ („Exogene außerökonomische Faktoren spielen in der Entwicklung von Israel eine ungewöhnlich große Rolle. Geopolitische und strategische Gegebenheiten, der historische Hintergrund, psychologische und ideologische Kräfte, ethnische Vielfalt gehören zu den wirksamsten Bestimmungsgründen der israelischen Sozial- und Wirtschaftsbedingungen, und eine Analyse ihres Werdens und ihrer Gestaltung ist nicht möglich ohne sie... Speziell der politische Hintergrund muß unbedingt berücksichtigt werden. Politische Ereignisse üben einen weitaus entscheidenderen Einfluß auf die Wirtschaft Israels aus, als es in anderen Ländern die Regel ist, und zwar wegen der besonderen Bedingungen der Einwanderung und des Kapitalimports, wegen regionaler Verhältnisse und Entwicklungen...“)

Eben diese *Dominanz politischer Bestimmungsgründe* erschwert die Identifizierung jener ökonomischen Faktoren, die als Hauptantriebskräfte bzw. -hindernisse der israelischen Wirtschaftsentwicklung gewirkt haben. Folgt man dem Schema der ökonomischen Produktionsfaktoren: Arbeit — Natur — Kapital, so kann man damit immerhin gewisse Anhaltspunkte für eine solche Identifizierung gewinnen, die allerdings zusätzlich noch die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Aktivitäten zu berücksichtigen hat.

Entscheidender Entwicklungsfaktor Arbeit

Der entscheidende und maßgebliche Bestimmungsgrund der ökonomischen und sozialen Entwicklung Israels liegt in seiner *Bevölkerung*:

„Demography is the crucial and conclusive determinant of the economic and social development of Israel.“¹⁷⁾ („Die Demographie ist der kritische und entscheidende Bestimmungsgrund der ökonomischen und sozialen Entwicklung Israels.“) Die Tatsache, daß das rapide Bevölkerungswachstum Israels (von 810 000 1948 auf 3 610 000 1978, das ist eine Zunahme um 350 %¹⁸⁾ nur zum kleineren Teil aus natürlichem Wachstum resultiert, überwiegend aber — zu 65 % — durch Einwanderung zustande kam, unterscheidet die demographische Entwicklung des Landes ganz erheblich von der anderer Entwicklungsländer.

Mit einer Jahresrate von etwa 6 % im Durchschnitt des Zeitraums 1948 bis 1970 (in der ersten Dekade sogar von 15 %) übertrifft die Wachstumsrate der israelischen Bevölkerung selbst die Bevölkerungsexplosion mancher Entwicklungsländer um gut das zwei- bis dreifache. Horowitz spricht insofern zu Recht von dem israelischen Phänomen als einer „Bevölkerungstransplantation“, deren treibende Kräfte nicht den historischen Kolonisierungsmustern folgend von ökonomischen Anreizen dominiert und daher auch nicht durch Absorptionsgrenzen des Landes limitiert waren¹⁹⁾: „Israel is not a colonization venture of traditional pattern but rather a transplantation of population, a transplantation that took place in the form of a transfer, in sudden tides, of immigrants possessing the prerequisites of skill and capital and automatically providing their own internal market.“ („Israel stellt nicht ein Kolonisierungsunternehmen traditioneller Art dar, sondern eher eine Bevölkerungstransplantation, bei der in jähren Einwanderungswellen ein Transfer von menschlichem und finanziellem Kapital stattgefunden hat, der automatisch seinen eigenen Binnenmarkt geschaffen hat.“) Daß die Absorption des Bevölkerungswachstums durch die interne Wirtschaftsentwicklung in Israel zumindest beschäftigungspolitisch gelang, beweist die dauerhaft sehr geringe Arbeitslosenrate des Landes (in den Jahren 1968 bis 1970 sogar partielle Engpässe am Arbeitsmarkt). Daß Israel als Einwandererland in seiner Wirtschaftspolitik dem Ziel der Vollbeschäftigung Priorität einräumen mußte, — auch um den Preis höherer Inflationsraten —, bedarf trotz des eben betonten Vorherrschens nicht-öko-

¹⁷⁾ Ebenda, S. 15.

¹⁸⁾ Lerner/Ben-Shahar, a. a. O., S. 74 f.

¹⁹⁾ Horowitz a. a. O., S. 78.

nomischer Einwanderungsmotive zwar der Erwähnung, aber wohl kaum weiterer Diskussion.

Neben dem *quantitativen Volumen* der Bevölkerungstransplantation nach Israel verdient vor allem deren *qualitative Struktur* Beachtung: Hier ist immer wieder auf die große Bedeutung des kostenlosen Imports an ‚Know-how‘ und ‚skill‘ durch die Einwanderer, vor allem aus den Industrieländern Europas und Amerika, hingewiesen worden²⁰⁾. Ohne daß generell die „Infusions“-Wirkung dieser Importe an Geist und Können für das israelische Staats- und Wirtschaftsgebilde bestritten werden soll, muß dabei doch zweierlei beachtet werden:

— Eben die besonderen Bedingungen der Transplantation, z. B. die Verpflanzung ganzer jüdischer Gemeinschaften nach Israel im Zuge der verschiedenen Einwanderungswellen, brachten es mit sich, daß die berufliche Qualifikation der Einwanderer nur ausnahmsweise den Erfordernissen der Besiedelung und der wirtschaftlichen Entwicklung in Israel entsprachen. Hunderttausende früherer Handelsleute, Hausierer und Büroangestellte mußten „umsteigen“ auf Landwirtschaft, Hoch- und Tiefbau, militärische Aktivitäten. Erst in einem späteren Stadium der Entwicklung im Zuge der Industrialisierung des Landes kann man davon ausgehen, daß die israelische Wirtschaft *direkt* vom Import von Arbeitskräften mit *anforderungsgerechter Qualifikation* profitiert hat.

— Nicht übersehen werden darf auch das sehr *unterschiedliche* Qualifikationsniveau jüdischer Einwanderer aus den verschiedenen Ursprungsländern: So waren etwa ein Drittel der männlichen Einwanderer aus asiatischen und afrikanischen Ländern, die nach 1948 das Gros der Einwanderung stellten, Analphabeten, und die mittlere Dauer ihrer Schulbildung lag im Durchschnitt mit weniger als sechs Jahren um gut fünf Jahre unter der mittleren Schulbildung der europäischen und amerikanischen Juden²¹⁾.

Will man die qualitativen Aspekte des Faktors Arbeit als Entwicklungsfaktor „Human-kapital“ in Israel richtig einschätzen, müssen demnach neben der „Importkomponente“ unbedingt die intensiven Bemühungen und Er-

folge in der sozialen und ökonomischen Integration und Assimilation sowie im systematischen Ausbau des im Lande verfügbaren Qualifikationspotentials durch ein außerordentlich *differenziertes Erziehungs- und Bildungswesen* Beachtung finden. Die Schwierigkeit, dies in Kürze durch geeignete Zahlen zu indizieren, ist offenkundig. Der hohe Stellenwert des Erziehungswesens in Israel ist allenfalls an seinem 3. Platz im Staatshaushalt (nach Schulden- und Verteidigungslast) abzulesen, an der ständigen Abnahme der Analphabetenquote bis in die Nähe des auch in hochentwickelten westlichen Industrieländern üblichen Bodensatzes von 2—5 % der Gesamtbevölkerung einerseits²²⁾ und der stetigen Zunahme des Anteils der Studenten andererseits. 14 % der arbeitenden Israelis haben heute eine akademische Ausbildung; das ist der höchste Prozentsatz in der ganzen Welt, vor den USA und Kanada mit 13,2 %²³⁾.

Erst recht jeder quantitativen Indizierung entzieht sich ein Entwicklungsfaktor, der in Israel wesentlich zur Aktivierung und Effektivität des vorhandenen Potentials an Humankapital beigetragen hat; er hat sehr wenig mit üblichen ökonomischen Motivationen zu tun und kann am ehesten sehr pauschal als der *„spezifisch jüdische Pioniergeist“* umschrieben werden. Horowitz kennzeichnet diesen unwägbaren Produktionsfaktor so²⁴⁾: „The threat of physical destruction, a national singleness of purpose, the sense of grim necessity and historical mission, the psychology of siege ‚with our backs to the sea‘: all were instrumental in giving a tremendous thrust to the work of reconstruction...“ („Die Bedrohung durch physische Vernichtung, nationale Zielstrebigkeit, ein Empfinden gebieterischer Notwendigkeit und historischer Mission, die psychologische Situation der Belagerung ‚mit dem Rücken zum Meer‘: all dies hat für das Werk des Wiederaufbaus als gewaltige Antriebskräfte gewirkt.“)

Dabei spiegelt das Wort vom „Wiederaufbau“ in sich schon ein wesentliches Element der Motivation wieder, womit zugleich sichtbar wird, daß jedenfalls *dieser* Entwicklungsfaktor möglicherweise nur zeitlich begrenzt wirksam ist. Mit welchem dauerhaftem Ergebnis für die Ausformung neuer sozialökonomischer Strukturen das aber verbunden sein kann, zeigt etwa der geschichtliche Vergleich mit

²⁰⁾ Vgl. Howard Pack, *Structural Change and Economic Policy in Israel*, New Haven/London 1971, S. 221.

²¹⁾ Vgl. Sanbar, a. a. O., S. 13.

²²⁾ Vgl. Horowitz, a. a. O., S. 67.

²³⁾ Tatsachen über Israel, a. a. O., S. 158.

²⁴⁾ Horowitz, a. a. O., S. 68.

den Hugenotten oder Puritanern, deren Vertreibung und Neuansiedlung einem ähnlichen politischen und religiösen „Transplantationsmuster“ folgte wie das zeitgenössische Schicksal des jüdischen Volkes.

Kärgliche natürliche Ressourcen

Gemessen an seinen natürlichen Ressourcen ist Israel ein ausgesprochen armes Land: Bei ohnehin geringer geographischer Ausdehnung besteht es zu fast zwei Dritteln aus Wüste oder Bergland und nur zu etwa einem Drittel aus landwirtschaftlich nutzbarer Fläche. Die natürlichen Wasservorräte sind dürftig; Bodenschätze sind außer einigen chemisch verwertbaren Mineralien im Toten Meer und Negev sowie spärlichen Kupfervorkommen am Roten Meer so gut wie nicht vorhanden; ähnliches gilt für natürliche Energiequellen. Diese Kargheit der natürlichen Bedingungen hat als *strukturbildender Faktor* insofern gewirkt, als er von vornherein alle Anstrengungen der Israelis auf die totale Mobilisierung des technischen Fortschritts bei der Erschließung und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes gelenkt hat. Dank der qualitativ reichen menschlichen Ressourcen des Landes konnten seine durch die Natur und erst recht durch seine geopolitische Situation gesetzten Engpässe vielfältig kompensiert werden: Paradebeispiele dafür sind z. B. die in Israel entwickelten Bewässerungstechniken und Projekte zur Energiegewinnung.

In einem Bericht aus dem Jahre 1968 urteilte eine Expertenkommission der Weltbank über die Ursachen des Wirtschaftswunders in Israel, daß dieses im wesentlichen auf zwei Faktoren zurückzuführen sei: das oben skizzierte Humankapital im Lande („... a capable and determined population with a broad base of well-educated and energetic people who proved able to overcome the difficulties of economic development with great ingenuity...“) („... eine fähige und entschlossene Bevölkerung, gestützt auf eine breite Basis gebildeter und energiegeladener Menschen, die sich den Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung mit großem Einfallsreichtum gewachsen zeigte...“) und den Kapitalimport („... and a relatively large and continuous flow of foreign capital originating chiefly from private donations of American Jews and from reparation payments by West Germany“) ²⁵⁾. („... und ein relativ breiter und kontinuier-

licher Zustrom ausländischen Kapitals, das primär privaten Dotationen amerikanischer Juden und Wiedergutmachungszahlungen Westdeutschlands entstammte.“)

Kapitalbildung dank Auslandshilfe

Um die Bedeutung des *Kapitalimports* für die wirtschaftliche Entwicklung Israels einschätzen zu können, ist zunächst das Ausmaß der *Kapitalbildung im Lande* zu beachten: Von 1950 bis 1972 wuchs der reale Produktivkapitalstock um mehr als das zwölfwache, die Kapitalausstattung pro Beschäftigten um mehr als das fünffache ²⁶⁾. Allerdings ist die bis 1973 generell hochliegende gesamtwirtschaftliche Investitionsquote in den letzten Jahren stark rückläufig.

Die volkswirtschaftliche Finanzierung dieser Kapitalbildung sah so aus, daß zwar eine durchschnittliche private Sparquote von 5—7% festzustellen ist, diese aber durch die laufenden Budgetdefizite der öffentlichen Hand vollständig absorbiert wurde, so daß in der Tat die gesamtwirtschaftliche Sparquote in Israel meist negativ war und damit — rechnerisch — praktisch die gesamte Kapitalbildung durch Kapitalimporte gedeckt wurde ²⁷⁾.

Im Zeitraum von 1950 bis 1973 überstieg dieser Kapitalimport den gesamten Importüberschuß um 2 Milliarden Dollar und bestand zu zwei Dritteln aus einseitigen Kapitalübertragungen, davon etwa je ein Drittel aus deutschen Quellen und aus solchen des Auslandsjudentums und ein Drittel aus langfristiger Schuldenaufnahme ²⁸⁾. Daß sowohl das Ausmaß der Abhängigkeit Israels von ausländischen Kapitalübertragungen (in den allerletzten Jahren zunehmend aus US-Quellen) wie auch die hohe Schuldenlast ein hohes politisches wie auch wirtschaftliches Risiko für Israel beinhalten, ist offenkundig. Dennoch kann nicht ohne weiteres entsprechend dem oben zitierten Urteil der Weltbank konstatiert werden, daß die Kapitalimporte eine ‚*Conditio sine qua non*‘ der israelischen Wirtschaftsentwicklung gewesen seien. Eher scheint es sinnvoll, einer Argumentation zu folgen, die den Haupteffekt der Auslandshilfe darin sieht, daß sie die Notwendigkeit interner Kapitalbildung durch Sparen (z. B. mit Hilfe höherer Besteuerung) reduziert und damit eine

²⁵⁾ Ebenda, S. XII f.

²⁶⁾ Lerner/Ben-Shahar, a. a. O., S. 75.

²⁷⁾ Ebenda, S. 76.

²⁸⁾ Bank of Israel, a. a. O., S. 120 ff.

Entwicklung des Konsums und eine Steigerung des israelischen Lebensstandards ermöglicht habe, die ihrerseits eine wichtige Funktion für die Integration der Einwanderer allgemein und besonders als Leistungsanreiz vor allem für die unternehmerischen Kräfte und die technische Intelligenz im Lande erfüllt habe²⁹⁾. Dank der Verfügbarkeit von Auslandskapital blieb damit den Israelis ungleich dem Schicksal anderer Völker in Vergangenheit und Gegenwart das „Erdarben“ der industriellen Entwicklung durch Konsumverzicht weitgehend erspart, womit in der besonderen existentiellen und politischen Situation des jüdischen Volkes in Israel sicherlich das Maß des Menschenmöglichen überstrapaziert gewesen wäre.

Schließlich darf nicht übersehen werden, daß zu den Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung neben Wachstum und Struktur der Produktionsfaktoren auch *Produktivitätssteigerungen* gehören, die auf so vielfältige Quellen wie etwa den Erziehungs- und Ausbildungsbereich, die unternehmerische Effizienz, Einführung fortgeschrittener Technologien oder auch generell Verbesserungen der gesamtwirtschaftlichen Koordinationsmechanismen zurückzuführen sind: Hier ist eine Identifizierung einzelner ursächlicher Faktoren schlechthin ausgeschlossen. Entsprechend ist es auch müßig, im Anschluß an den amerikanischen Ökonomen Abba Lerner der Frage nachzugehen, inwieweit Fortschritte in diesen Bereichen einer entsprechenden israelischen Wirtschaftspolitik zuzurechnen seien: waren sie möglich „dank“ oder — wie Lerner eher annimmt — „trotz“ derselben?³⁰⁾

Sicherlich kamen praktisch alle bisher skizzierten Entwicklungen von Wirtschaft und Gesellschaft in Israel unter starkem Regierungseinfluß zustande. Dies wird bereits deutlich aus dem Ausmaß direkter Beteiligung des Staates in allen Bereichen der Wirtschaft: z. B. aus dem etwa 50prozentigen Anteil des „kollektiven Sektors“ (je zur Hälfte in staatlicher und in gewerkschaftlicher Regie) an der

gesamten industriellen Produktion, oder aus der Schlüsselstellung der Regierung bei der Aufbringung und Verteilung der Finanzmittel im In- und Ausland (insbesondere nachdem die israelische Steuerquote in den siebziger Jahren zu einer der höchsten in der Welt geworden ist.)

Regierungsaktivitäten als Entwicklungsimpulse und -hemmnisse

Daß Regierungsaktivitäten als Entwicklungsfaktoren zumeist sowohl stimulierend als auch retardierend gewirkt haben, zeigen Beispiele auf der Einnahmen- wie auch auf der Ausgabenseite des Budgets:

— Das israelische *Steuersystem* ist mit seinen extrem hohen Spitzensteuersätzen (80 % Einkommensteuer bei den nach deutschen Maßstäben gehobenen mittleren Einkommen) und durch seine starke Progression nach landläufigen Kriterien als außerordentlich *leistungshemmend* einzuschätzen. Dennoch war die gesamte Steuerlastquote in Israel bis in die siebziger Jahre hinein durchaus mit den Verhältnissen in den meisten westeuropäischen Industrieländern vergleichbar, weil durch eine Fülle von Ausnahmen, Abzügen und Sondervergünstigungen die *Basis* des versteuerbaren Einkommens in Israel extrem schmal ist³¹⁾. Nicht anzuzweifeln ist aber der Beitrag des progressiven Steuersystems zu den oben bereits erwähnten stark egalitären Einkommensverhältnissen in Israel. Auch diese können — je nach Standort — als entwicklungsfördernd oder auch -hemmend eingestuft werden. Intime Kenner der israelischen Szene schätzen aber gerade das *Fehlen von Verteilungskonflikten* — zwischen unterschiedlichen Einkommensgruppen wie zwischen verschiedenen Wirtschaftssektoren, etwa Landwirtschaft und Industrie — als wichtige und hilfreiche Bedingung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im Lande ein³²⁾.

Erklärt wird dieser Zusammenhang aus den sozialen Wertmaßstäben und gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen der bisherigen israelischen Führungselite, die weitaus stärker von nationalen Gemeinwohlidealien als von partikulären Gruppeninteressen bestimmt waren. Daraus resultiert insgesamt in Israel

²⁹⁾ Vgl. Pack, a. a. O., S. 230 f.

³⁰⁾ Vgl. Lerner/Ben-Shahar, a. a. O., S. XIII: „The greater part of Israel's economic success must be attributed to causes other than her economic policy. Indeed, that success was achieved in considerable measure *despite* her economic policy...“ („Der größte Teil des israelischen Erfolges ist auf andere Ursachen als die Wirtschaftspolitik des Landes zurückzuführen. In der Tat wurde dieser Erfolg in beträchtlichen Umfang *trotz* dieser Wirtschaftspolitik erzielt...“)

³¹⁾ Sie wurde in einer Untersuchung für die Jahre 1953 bis 1965 auf nur 30 % des israelischen Volkseinkommens beziffert; vgl. Lerner/Ben-Shahar, a. a. O., S. 118.

³²⁾ Vgl. Pack, a. a. O., S. 227 ff.

bis auf den heutigen Tag ein Verteilungsklima, in dem die verschiedenen Einkommensgruppen für die Verbesserung ihres Lebensstandards eher auf eine *allgemeine* Steigerung des Volkseinkommens als auf eine Verbesserung ihrer *relativen* Position setzen, wie das in weniger durch Solidarität geprägten westlichen Industriegesellschaften der Fall ist. Auch die bemerkenswerte *Abwesenheit von Korruption* in Israel, für die die vielfältigen und verschlungenen Finanzkanäle, die ins Land führen, sicherlich einen optimalen Nährboden liefern könnten, zeugt von dieser *guten Verteilungsmoral*. Gerade verglichen mit Erfahrungen in vielen anderen Entwicklungsländern gehört sie sicherlich zu den klaren Aktivposten der israelischen Entwicklungsbilanz.

— Als die wirtschaftliche Entwicklung eindeutig hemmender Faktor wird allgemein Israels im internationalen Vergleich fast unerreicht *hohe Verteidigungslast* eingestuft: zumal diese in den vergangenen 30 Jahren einen immer größeren Anteil der nationalen Ressourcen verschlungen hat. Lagen in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre die Verteidigungsausgaben noch unter 8 % des Bruttosozialprodukts, so brachten die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Folge jeweils auch langfristig erhebliche Steigerungen dieser Quote. Nach dem Sinai-Krieg 1956 stieg sie zwar nur langsam bis zum 6-Tage-Krieg 1967 auf 10 %, erreichte aber danach bis 1970 26 %, die bis 1972 dank rapidem Wirtschaftswachstum auf 21 % zurückgingen³³⁾.

Nachdem der Yom-Kippur-Krieg 1973 etwa zwei Drittel des gesamten israelischen Bruttosozialprodukts dieses Jahres verschlungen und die Ressourcen des Landes völlig erschöpft hatte, sind seither die Verteidigungs-

ausgaben nicht mehr unter 30—35 % des BSP gesunken. Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß die für Israel insgesamt verfügbaren Ressourcen dank des erheblichen Importüberschusses um etwa ein Drittel das BSP übersteigen, der Anteil der Verteidigungsausgaben an dieser Gesamtgröße also „nur“ knapp ein Viertel ausmacht, wird die gewaltige Belastung des israelischen Wirtschaftspotentials daraus deutlich — und der Gewinn eines möglichen Friedensschlusses auch in ökonomischen Kategorien abschätzbar.

Dennoch dürfen auch die *Impulse* für die israelische Wirtschaftsentwicklung aus dem Verteidigungsbereich nicht völlig vernachlässigt werden: Dies gilt für den Aufbau der sogenannten „science-based-industry“ („Wissenschaftsbegründete Industrien“, s. u.) im Lande als außerordentlich wichtigem strukturbildenden Faktor und auch — à konto der „unwägbareren Entwicklungsfaktoren“ — für die militärische Bedrohung als Integrations- und Motivationshilfe, aber erst recht für die Rolle der israelischen Streitkräfte als „Schmelztiegel“ und „Schule der Nation“ in einem entwicklungspolitisch höchst bedeutsamen Sinne³⁴⁾: „... The Israel Defense Forces have been able to serve as a major instrument for acculturating, socializing, educating and providing skill training for successive cohorts of young generations. Israel could not have successfully absorbed so many newcomers without the contribution of the IDF.“ („Die israelischen Streitkräfte haben es vermocht, gleichzeitig als wichtiges Instrument der kulturellen und sozialen Integration, der Erziehung und Ausbildung für mehrere aufeinanderfolgende Generationen junger Israelis zu wirken. Israel hätte nicht erfolgreich so viele Neuankömmlinge absorbieren können ohne diesen Beitrag der IDF.“)

II. Schlüsselprobleme israelischer Entwicklungspolitik auf dem weiteren Weg der Industrialisierung

Daß Israels zukünftige wirtschaftliche Entwicklung im wesentlichen auf dem Weg weiterer Industrialisierung zu suchen ist, wird nicht nur durch die bisherige Entwicklungsbilanz des Landes nahegelegt, sondern auch

durch eine inzwischen zielstrebige *Entwicklungsplanung* seiner öffentlichen und privaten Stellen bestätigt und forciert. Will man ihre Erfolgsaussichten einschätzen und insbesondere geeignete Instrumente und Konzeptionen

³³⁾ Vgl. Carol S. Greenwald, *Israel's Economic Future*, in: *Challenge, The Magazine of Economic Affairs*, 18. 1975. 1, S. 34; Lerner/Ben-Shahar, a. a. O., S. 83.

³⁴⁾ Eli Ginzberg, *Manpower Policy in Nation Building: Lessons from Israel*, in: *Israel in the Third World*, ed. by Michael Curtis and Susan A. Gitelson, New Jersey, S. 34.

ihrer Realisierung beurteilen sowie auch deren Schlüsselprobleme erkennen, so darf nicht übersehen werden, daß die israelische Gesellschaft in ihren Grundidealen und Wertvorstellungen keineswegs bereits eine typische „Industriegesellschaft“ ist: Trotz aller Industrialisierungsanstrengungen und -erfolge sind die *Ideale des Agrarzionismus* der Pionierzeit³⁵⁾ noch immer als stark prägende Kraft wirksam: „The effort of industrialization was undertaken more as a result of unforeseen internal and external pressures than as an expression of national self-assertion or as the outcome of a specific ideology.“³⁶⁾ („Die Industrialisierung wurde mehr als *Ergebnis* unvorhergesehener interner und externer Zwänge als als Ausdruck nationaler Selbstbehauptung oder Niederschlag einer spezifischen Ideologie betrieben.“)

Es wird sich zeigen, daß es — wieder einmal — die historischen Wurzeln sind, die in hohem Maße Begründung, Besonderheit und Lösungsbedingungen auch für die Schlüsselprobleme der israelischen Wirtschaftsentwicklung der Zukunft bestimmen.

1. Schlüsselproblem: Humankapital

Die bisherige Bestandsaufnahme dürfte trotz aller selektiven Kürze klargemacht haben, wie stark die wirtschaftlichen Entwicklungschancen Israels vom Produktionsfaktor Arbeit abhängen: da den Möglichkeiten von dessen *quantitativer* Expansion durch die primär politischen Bestimmungsgründe weiteren Einwanderungszuzugs, die Eigengesetzlichkeit demographischer Prozesse sowie schließlich auch gewisse Absorptionslimits eines beengten Territoriums auf mittlere Sicht relativ enge Grenzen gesetzt sind, konzentrieren sich die Erwartungen auf seine *qualitative* Dimension.

Nachdem Israel heute und in näherer Zukunft nur noch ausnahmsweise mit dem „Import“

³⁵⁾ In der Tat bauten die zionistischen Siedler bis in die zwanziger Jahre ganz vorwiegend auf eine agrarische Entwicklung Palästinas, weil sie industrielle Unternehmen grundsätzlich als privatkapitalistische Domäne ansahen und daher aus ihrer Neigung zu kooperativ-sozialistischen Wirtschaftsformen heraus kaum in Betracht zogen. Vgl. Roy Popkin, *Technology of Necessity, Scientific and Engineering Development in Israel*, London 1971, S. 26 f.

³⁶⁾ Dan Avni-Segre, *Israel: A Society in Transition*, in: *World Politics. A Quarterly Journal of International Relations*, Vol. XXI, 1969, 3. S. 345.

von Humankapital in Gestalt hochqualifizierter Einwanderer rechnen kann, ist die „Eigenproduktion“ als zentrale Aufgabe eines gut ausgebauten Erziehungs- und Ausbildungswesens mit großer Breitenwirkung offenkundig. An dieser Stelle wäre dazu nur anzumerken, daß Israel mit seinem so umfassend und vertiefend wie nur möglich agierenden Bildungssystem ausdrücklich das Risiko einer temporären Überproduktion hochqualifizierter — zum Beispiel akademisch geschulter — Arbeitskräfte eingeht, weil es ihm gefährlich erscheint, mögliche internationale Wettbewerbsvorteile für sein politisches und ökonomisches Überleben nicht voll auszuschöpfen³⁷⁾.

Die „kritischen Punkte“ im Bereich der Entwicklung des Faktors Humankapital dürften in Israel eher auf einer anderen Ebene zu suchen sein: Es stellt sich nämlich die sehr grundsätzliche Frage, in welche Wandlungen der fortschreitende Industrialisierungsprozeß die „arbeitende Gesellschaft“ unerbittlich zwingt, als die sich das jüdische Volk in Israel in seinem vom Zionismus geprägten Weltbild verstanden hat und besonders in Teilen seiner Führungselite bis heute versteht. Die Rolle der *Arbeit als zentraler Wert* und Medium der nationalen Befreiung und Selbstfindung des Jüdischen Volkes³⁸⁾ implizierte zugleich ein ganzheitliches Arbeitsideal — mit stark manuellem Akzent — unter strenger Betonung der Gleichberechtigung. Das hieß aber: Widerstand gegen Spezialisierung in der Arbeit und insbesondere die Verfemung von Arbeitslosigkeit, zumal als mögliches ökonomisches Regulativ.

Industrialisierung bedeutet aber nun einmal: zunehmende *Spezialisierung* und *Differenzierung* von Funktionen, Qualifikationen und auch Einkommen in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Erfahrungen mit fortgeschrittenen Industrialisierungsprozessen in westlichen Ländern belegen dies, und die israelische Entwicklung zeigt ähnliche Tendenzen, auch wenn die Statistiken bisher noch stark egalitäre Einkommensverhältnisse ausweisen. Aber es mehren sich bereits kritische Stimmen von Ökonomen, die auf den *Mangel von Einkommensanreizen* für den Erwerb höherer Ausbildungsqualifikationen oder allgemein als Mobilitätsfaktor in der israelischen Wirt-

³⁷⁾ Vgl. Ginzberg, a. a. O., S. 33.

³⁸⁾ Vgl. Laqueur, a. a. O., S. 301 f.

schaft hinweisen³⁹⁾, Stimmen, die gerade auch in der „neuen Wirtschaftspolitik“ der Regierung Begin den Ton angeben. Bisher fehlt allerdings der Beweis, ob und gegebenenfalls wie weit die heutigen Israelis durch ökonomische Anreize dieser Art motivierbar und mobilisierbar sind. Für die zurückliegende Pionier- und Aufbauphase von Wirtschaft und Gesellschaft in Israel erscheint eher die Hypothese des Soziologen S. N. Eisenstadt plausibel⁴⁰⁾, daß gerade die *Präferenz für nichtökonomische Werte* die gemeinsame Motivationsstruktur der jüdischen Einwanderergeneration kennzeichnete, die ja in aller Regel eine Verschlechterung ihrer materiellen Lebensbedingungen in Kauf nahm zugunsten anderer Ideale, vor allem anderen der Schaffung einer „gerechten Gesellschaft“⁴¹⁾.

Insofern war oben schon einmal mit gutem Grund auf die Konfliktrmut der weitgehend „klassenlosen“ israelischen Gesellschaft und ihre egalitäre Verteilungssituation als wichtigem positiven Entwicklungsfaktor in der Vergangenheit hingewiesen worden.

Die mit dem fortschreitenden Industrialisierungsprozeß einhergehende *Verschiebung in den Prioritäten sozialer Werte* wird besonders deutlich am Beispiel der Textilindustrie in Israel: Als besonders arbeitsintensiver, d. h. arbeitsplatzschaffender Industriezweig war sie in der Aufbauphase zunächst mit bevorzugtem Standort in den Entwicklungsstädten des Landes besonders forciert worden. Nachdem mit zunehmender Exportorientierung sich die Leistungsfähigkeit der israelischen Wirtschaft stärker im internationalen Wettbewerb zu bewähren hatte, haben sich viele dieser Unternehmen als nicht lebensfähig erwiesen. Erst in jüngster Zeit wird von der drohenden Schließung eines der größten Textilwerke des Landes in einem Entwicklungsort berichtet, in dem 25 Prozent der Arbeitnehmer damit dem Schicksal der Arbeitslosigkeit ausgeliefert wären⁴²⁾. Von den Lehren, die aus diesen Erfahrungen für die planmäßige und forcierte

Entwicklung „zukunftsicherer“ Industrien gezogen worden sind, wird später noch die Rede sein.

Eisenstadt bezeichnet es in diesem Zusammenhang als das Hauptproblem, „... einen Weg zu finden, um die Resultate einer zunehmenden Differenzierung in Wirtschaft und Gesellschaft mit neu entstehenden Schichten und sozialen Konflikten in einem auf egalitären Ideologien beruhenden sozialen Rahmen zu kombinieren.“⁴³⁾

Demographische Umstrukturierung

Hinter diesem generellen Differenzierungsprozeß steht allerdings ein Umstrukturierungsvorgang der israelischen Gesellschaft, den man stark vereinfachend gelegentlich als „Orientalisierung“ oder gar „Levantisierung“ bezeichnet; auch vom Vordringen des „zweiten“ gegenüber dem „ersten“ Israel wird gesprochen⁴⁴⁾.

Gemeint ist die Tatsache, daß in den letzten zehn Jahren die Israelis mit einem europäisch-amerikanischen Vater, die „aschkenasischen“ Juden (das bislang sogenannte „erste Israel“), zahlenmäßig ins Hintertreffen geraten sind gegenüber den „sephardischen“ Juden afro-asiatischer Herkunft (bisher das sogenannte „zweite Israel“). Bei den Wahlen zur Knesset 1973 wurden 43,7 % aschkenasische Juden gegenüber 47,5 % sephardische Juden und 8,8 % Juden mit einem in Israel geborenen Vater gezählt⁴⁵⁾.

Die Entwicklung ist seither noch weiter fortgeschritten, so daß heute davon auszugehen ist, daß die *Mehrzahl* der in Israel lebenden Juden *aus orientalischen Ländern* stammt. Dieser ethnische Umschichtungsprozeß ist insofern sozialökonomisch relevant, als zwischen sephardischen und aschkenasischen Juden ein wesentliches Ausbildungs- und Einkommensgefälle besteht, das trotz aller staatlichen Bemühungen bisher auch keineswegs abgebaut werden konnte. So wurde noch 1971 festgestellt, daß das Durchschnittseinkommen des erwachsenen Juden orientalischer Abstammung nur 70 % des gesamtisraelischen Durchschnittseinkommens erreicht⁴⁶⁾. Fast

³⁹⁾ So weisen Lerner/Ben-Shahar, a. a. O., S. 114, darauf hin, daß die Lohnspannen in Israel so gering sind, daß die ‚rate of return‘ auf qualifizierte Tätigkeiten nicht einmal der Verzinsung des erforderlichen Ausbildungskapitals entspricht.

⁴⁰⁾ Vgl. S. N. Eisenstadt, in: *Integration and Development in Israel*, ed. by S. N. Eisenstadt, Rivkah Bar Yosel, Chaim Adler, Jerusalem 1970, S. 2; Pack, a. a. O., S. 221 ff.

⁴¹⁾ Vgl. Avni-Segre, a. a. O., S. 354.

⁴²⁾ Vgl.: *Israels Außenhandel*, Tel Aviv, 12. Jg., Nr. 8, August 1978, S. 3.

⁴³⁾ S. N. Eisenstadt, *Die israelische Gesellschaft — Veränderung und Beständigkeit*, Schweizer Monatshefte, 53. 1973. 5, S. 335 f.

⁴⁴⁾ Vgl. Avni-Segre, a. a. O., S. 353 ff.

⁴⁵⁾ Vgl. Michael Wolffsohn, *Israels zweite Staatsgründung*, Europa-Archiv, 18. 1977, S. 603.

⁴⁶⁾ Ebenda, S. 604.

noch eklatanter ist das Ausbildungsgefälle: Der Anteil der Schüler aus orientalischen Judenfamilien sinkt von 61,2% in der 7. auf 46,1% in der 12. Klasse und auf 14% an den Universitäten ab⁴⁷⁾.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß mit der demographischen Struktur sich auch die Struktur der sozialen und ökonomischen Wertungen und Motivationen in Israel verändern wird: etwa durch eine Verlagerung weg von Wert- und Ordnungsvorstellungen der vor allem von den *osteuropäischen Sozialisten geprägten Pionierphase* hin zu einem stärker vom *jüdischen Traditionalismus* bestimmten geistigen Klima, über dessen Auswirkungen auf sozialökonomische Verhaltensnormen und -muster man allerdings vorerst nur spekulieren kann; ob der neuerliche Kurswechsel in Richtung Wirtschaftsliberalismus hier „ins Bild paßt“, wird noch zu prüfen sein. Sicher scheint jedenfalls, daß es bei den Wahlen vom Mai 1977 gerade das durch die „Orientalisierung“ Israels aufgebaute traditionalistisch orientierte Wählerpotential war, das die politische und in der Folge wohl auch die ökonomische Landschaft des jüdischen Staates entscheidend verändert hat.

So muß die Frage hier einstweilen zurückgestellt werden, welche neue sozialökonomische Entwicklungsideologie aus diesen gesellschaftlichen Wandlungsprozessen resultiert und Qualifikationsniveau und Motivationsstruktur der israelischen Arbeit in Zukunft bestimmen wird. Vielleicht zeigt sie sich aber in Ansätzen bereits in der Art und Weise, wie heute in Israel ganz pragmatisch und konsequent die Aufgabe einer Modernisierung der Wirtschaft verstanden und bewältigt wird.

2. Schlüsselproblem: Technischer Fortschritt

Eine „science-based-nation“, eine auf der Wissenschaft basierende Nation, so hat ein amerikanischer Begutachter des „technologischen Israel“ (Roy Popkin) emphatisch dieses Land genannt: alle technischen Errungenschaften seit Menschengedenken, von den Erkenntnissen des Alten Testaments bis hin zu den modernsten Technologien von morgen, würden hier systematisch genutzt, um natürliche Grenzen und Hindernisse in der Entwicklung des Landes zu überwinden!⁴⁸⁾

Diese grundsätzliche Orientierung aller israelischen Aktivitäten auf dem Gebiet wissenschaftlicher und technischer Forschung und Entwicklung spiegelt sich äußerst plastisch in einer Begebenheit, die Popkin von Dr. Chaim Weizmann, dem berühmten Naturwissenschaftler, Zionistenführer und ersten israelischen Staatspräsidenten, erzählt. Auf die Frage eines Besuchers — etliche Jahre vor der Staatsgründung — in seinem Labor in Rehovot nach dem Zweck eines gerade laufenden Experiments antwortete Weizmann: „I'm creating absorptive capacity“ (ich schaffe Absorptionskapazitäten)⁴⁹⁾.

Eben dieses Leitmotiv — die Lebensbedingungen für das jüdische Volk in seiner alten neuen Heimstatt quantitativ und qualitativ zu verbessern — beherrschte die Tätigkeit jüdischer Wissenschaftler und Techniker von den Anfängen der Rückwanderung nach Palästina an bis in die Gegenwart. Schon 1903 beauftragte der 6. Zionistische Kongreß eine Expertenkommission aus international renommierten jüdischen Wissenschaftlern — darunter auch der deutsche Ökonom Franz Oppenheimer — mit einer wissenschaftlichen Untersuchung des Entwicklungspotentials von Palästina. Auf ihre Aktivitäten gehen z. B. die Wiederentdeckung des biblischen „wildes Weizens“ in Palästina sowie planmäßige Aufforstungen mit von den Agronomen als besonders geeignet empfohlenen Olivenbäumen zurück; auch die Basis für spätere Bewässerungsprojekte in Israel wurde damals bereits durch umfassende geologische Erkundigungen der Grundwasserverhältnisse im Lande geschaffen.

Israel wird heute mit gutem Grund als „das konzentrierteste Labor der Welt auf dem Gebiet der angewandten Wissenschaften“⁵⁰⁾ bezeichnet: einer Wissenschaft, die sich in ihrem Selbstverständnis voll in den Dienst der nationalen Notwendigkeiten stellt, die fernab einer Mentalität des „elfenbeinernen Turmes“ anders als der moderne Wissenschaftsbetrieb in so manchem anderen westlichen Land die *Orientierung an den menschlichen Bedürfnissen* großschreibt. So gesehen gehören die spektakulären Entwicklungserfolge Israels dank seiner ingeniosen technischen Leistungen im weiteren Sinne auch auf die Aktivseite seines Humankapital-Kontos.

⁴⁷⁾ Tatsachen über Israel, a. a. O., S. 156.

⁴⁸⁾ Popkin, a. a. O., S. 7.

⁴⁹⁾ Ebenda, S. 5.

⁵⁰⁾ Ebenda, S. 7.

Die planmäßige Forcierung des Aufbaus hochqualifizierter wissenschaftlicher Ausbildungs- und Forschungsstätten im Lande als „Eckpfeiler der nationalen Entwicklung“ (David Ben-Gurion) liegt auf dieser Linie; Namen wie die des schon 1925 gegründeten Technion in Haifa oder des Weizmann-Instituts für Naturwissenschaften in Rehovot repräsentieren ein Konzept der Wissenschafts- und Technologiepolitik, dessen Credo in einer Rede des früheren Ministerpräsidenten Levi Eshkol aus dem Jahre 1965 sehr deutlich wird⁵¹⁾: „Technology is constantly proving that human resourcefulness can more and more overcome the limitations imposed on man by nature. Certainly, no one is more entitled than we Israelis, with our poor endowment of natural resources, to make use of the achievements of science and technology... Whatever is done or not done by our scientific institutions in large measure determines our fate and our ability to develop this small country and to defend it, while at the same time absorbing millions of immigrants from the Diaspora.“ („Die Technologie stellt ständig unter Beweis, daß menschlicher Erfindungsreichtum mehr und mehr die Grenzen überwinden kann, die dem Menschen durch die Natur gesetzt sind. Gewiß ist kaum jemand wie wir Israelis mit unserer ärmlichen Ausstattung mit natürlichen Ressourcen darauf angewiesen, die Errungenschaften von Wissenschaft und Technologie zu nutzen... Was immer von unseren wissenschaftlichen Institutionen getan oder unterlassen wird, bestimmt in hohem Maße unser Schicksal und unser Vermögen, dieses kleine Land zu entwickeln und zu verteidigen, und dabei zugleich Millionen von Einwanderern aus der Diaspora zu absorbieren...“)

Das zionistische Motto des „Wenn ihr wollt, ist es kein Märchen...“, das Theodor Herzl um die Jahrhundertwende seiner Zukunftsvision vom Judenstaat vorangestellt hatte, kennzeichnet auch heute noch Einstellung und Motivation der meisten Wissenschaftler und Ingenieure in Israel: Schon in Herzls „Altneuland“ galten ja die Bewässerungsingenieure als die eigentlichen Staatsgründer.

Wie in *allen* Bereichen des Lebens in Israel, so knüpften auch Wissenschaft und Technik in vielem an das an, was seit Moses im Lande der Väter praktiziert wurde: Auch in dieser Hinsicht sind die Themen der Bibel und des

Talmud in Israel aktuell geblieben und dienen bis heute als Quelle mancherlei technologischen Wissens. Dies gilt vor allem in allen Bereichen der Agrar- und Bewässerungstechnologie; denn die Überwindung der Kargheit des Landes ist Israels Problem seit Moses' Zeiten. Diese selbstverständliche Fortführung jüdischer Traditionen kommt aber auch etwa zum Ausdruck in der Standortwahl für das Weizmann-Institut nahe Rehovot: Weizmann entschied sich 1933 für diesen Platz vor allem deswegen, weil er nahe bei den Ruinen von Yavne lag, wo die alten Juden in der Römerzeit eine Technische Schule erbaut hatten; er sah das Institut als „modernes Yavne“.

Höchstentwickelte Agrartechnologie

Die Erfolge, die seit den frühesten Tagen der zionistischen Siedler auf dem Gebiet der angewandten landwirtschaftlichen Forschung und Agrartechnologie in Israel erzielt wurden und die ganz wesentlich die stürmische Entwicklung des Landes ermöglichten, können hier nur ganz pauschal konstatiert werden. Nach dem Urteil eines amerikanischen Experten⁵²⁾: „There is probably no other country in the world where applied agricultural science has developed to such a high point.“ (Es gibt wohl kein anderes Land auf der Welt, in dem die angewandte Agrarwissenschaft einen so hohen Entwicklungsstand erreicht hat.)

Die strikte Orientierung aller Forschungs- und Entwicklungsarbeiten an den drängenden Problemen der landwirtschaftlichen Praxis haben deren nahtlose und unmittelbare Umsetzung und Anwendung in neue Agrartechnologien garantiert; Probleme bestanden dabei allenfalls insofern, als neue technische Lösungen zumeist unter höchstem Zeitdruck zu suchen und zu realisieren waren. Denn dies war die typische Konstellation der Gründerjahre, nach einem Untersuchungsbericht aus dem Jahr 1969⁵³⁾ gekennzeichnet durch: „... the great optimism and faith of that period that believed that anything was possible and an extraordinary ability to improvise in solving current problems,“ eine Konstellation allerdings, „not conducive to quiet, long-term planning“, („... den großen Optimismus und das Vertrauen jener Jahre, daß *alles* möglich sei, und ein außerordentliches Geschick zur Lösung der Probleme durch Improvisation“, eine

⁵¹⁾ Ebenda, S. 43.

⁵²⁾ Ebenda, S. 8.

⁵³⁾ Ebenda, S. 43.

Konstellation allerdings, „die nicht gerade für eine bedächtige Langfristplanung förderlich ist“), wie der Bericht fortfährt.

Dennoch ist insgesamt gerade in der landwirtschaftlichen Entwicklung Israels eine *langfristige Strategie* durchaus erkennbar und hat sich als solche bewährt. Sie liegt zum einen im konsequenten Handeln nach der Erkenntnis, daß ein moderner Agrarsektor die *Conditio sine qua non* einer fortschrittlichen Wirtschaft darstellt — eine Erkenntnis übrigens, die in den wenigsten Entwicklungsländern beherzigt wird. Sie wird zum anderen sichtbar in einem kontinuierlichen Modernisierungsprozeß in Gestalt hoher Investitionen in allen Bereichen der Agrartechnologie, und dies auch zu Zeiten — wie etwa in den fünfziger Jahren —, als der bestehende Arbeitskräfteüberschuß eine stärkere Technisierung nach gängigen ökonomischen Kriterien eigentlich als unsinnig erscheinen ließ; auf diese Weise sicherte sich Israel einen auch heute im internationalen Vergleich hohen Leistungsstand seiner Landwirtschaft. Parallel dazu lief eine beständige Verbreiterung und Vertiefung des landwirtschaftlichen Könnens, des „*agricultural skill*“, im Lande ⁵⁴⁾.

Gerade für die letztgenannte Entwicklungskomponente kann die Bedeutung und Leistung der *Kibbuzim* in der israelischen Gesellschaft nicht hoch genug veranschlagt werden. Sie dokumentieren in Israels Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung das Überwiegen des Elements der Kooperation gegenüber dem der Konkurrenz, jedenfalls bisher. Bei absolut stagnierendem, relativ sogar abnehmendem quantitativen Gewicht — nur etwa 3 % der Gesamtbevölkerung leben heute in den *Kibbuzim* — stellen sie einen dennoch unübersehbaren Faktor auch in der Entwicklung Israels zu einer *Industrialisation eigener Prägung* dar. Dank des ständigen Ausbaus eigener kleinerer Betriebe, vor allem der Leichtindustrie, in den letzten 15 Jahren — 1977 waren es bereits 295 Betriebe, und nur etwa 10 % der genossenschaftlichen Siedlungen hatten noch *keine* zweite industrielle Basis ⁵⁵⁾ — stammt heute bereits über die Hälfte der Einkommen der *Kibbuzim* aus dem außeragraren Bereich ⁵⁶⁾.

Industrialisierung der Kibbuzim

Dieser Industrialisierungsprozeß in den *Kibbuzim* geht in enger Verbindung und Ergänzung mit der Technisierung und Spezialisierung der Landwirtschaft vor sich und ist wie diese zunehmend exportorientiert. Kennzeichnend ist dabei der Einfallsreichtum im Aufspüren sowohl von der Fertigungs- wie von der Absatzseite her zur landwirtschaftlichen Produktion komplementärer industrieller Programme. Wesentliche Triebkräfte für diese Entwicklung stammen aber aus den sich wandelnden *Arbeitsbedürfnissen*: Zum einen favorisieren die älter werdenden *Kibbuz-Veteranen* die leichtere und besser dosierbare Fabrik- vor der Feldarbeit ⁵⁷⁾, zum anderen suchen die nachwachsenden jungen *Kibbuzniks* nach Tätigkeitsfeldern, auf denen sie ihren guten wissenschaftlich-technischen Ausbildungsstand verwerten können und ihrer Neigung zur technischen „*sophistication*“ folgen können. In einer empirischen Untersuchung aus dem Jahre 1969 wurde für die Verteilung der Betätigungswünsche junger *Kibbuzniks* folgendes ermittelt: 38 % landwirtschaftliche Arbeit, 36 % Industriearbeit, 26 % Dienstleistungstätigkeit; demgegenüber sah die tatsächliche Verteilung so aus: 59 % landwirtschaftliche, 31 % industrielle Arbeit und 10 % Dienstleistungstätigkeit ⁵⁸⁾.

Die Industrialisierung der *Kibbuzim* trägt zweifellos dazu bei, die junge Generation weitgehend in den ländlichen Siedlungen zu halten, und sie besorgt zugleich die schrittweise Integration der nicht-städtischen Bevölkerung in die Industriegesellschaft. Dennoch ist offenkundig, daß gerade im Hinblick auf die notwendige zunehmende Exportorientierung der israelischen Wirtschaft die Industrialisierungsbestrebungen der *Kibbuzim* allein keineswegs ausreichen können, zumal sie ihrer Natur nach auf Klein- und Mittelbetriebe beschränkt sind.

Betrachtet man die Schwerpunkte der vom Staat durch seine Forschungs- und Technologiepolitik geförderten Entwicklungsanstrengungen, so ist aber bisher gegenüber Landwirtschaft, Verteidigungssektor und Grundlagenforschung die *Förderung industrieller*

⁵⁴⁾ Vgl. Ginzberg, a. a. O., S. 33.

⁵⁵⁾ Nachrichten für Außenhandel, Frankfurt, Nr. 185 v. 23. 9. 1977.

⁵⁶⁾ The Times, 5. 5. 1976: „*Kibbutzim turn increasingly to manufacturing*“.

⁵⁷⁾ Uri Leviatan, *The Industrial Process in Israeli Kibbutzim: Problems and Their Solutions*, in: Israel, Social Structure and Change, ed. by Michel Curtis and Mordecai S. Chertoff, New Jersey 1973, S. 160.

⁵⁸⁾ Ebenda, S. 161.

Technologien eher zu kurz gekommen⁵⁹⁾. Wichtiger als die in Zukunft möglicherweise für eine weitere Industrialisierung notwendige Umverteilung dieser Förderungsmittel scheint aber die Frage zu sein, ob und wie der wissenschaftlich-technische Fortschrittselan, dieser oben beschriebene „Israeli way of doing things“⁶⁰⁾, der die bisherige stürmische Entwicklung des Landes wesentlich ermöglichte, auch als Motor des angestrebten Aufbaus einer zukunftsorientierten Industriestruktur funktionieren kann. Dabei ist die „Zukunftssicherheit“ einer solchen Struktur vor allem nach ihrer Eignung zu definieren, auf Dauer die notwendige Steigerung der israelischen Exporte zu sichern; denn nur auf diesem Weg kann auch langfristig die israelische Volkswirtschaft ins Gleichgewicht gebracht, weiterentwickelt und vom inflationären Überdruck befreit werden. Auch der Weg der Importsubstitution — also der Eigenherstellung bisher importierter Güter — dient im Prinzip dem Ziel der Ausbalancierung der Volkswirtschaft; er bildete in Israel das Primärmotiv vor allem beim Aufbau eigener Waffenproduktionen.

Wissenschaft als Exportartikel

Den größten komparativen Kostenvorteil am Weltmarkt besitzt Israel ganz zweifellos beim wissenschaftlich-technischen Know-how. Aufgrund von Kosten-Nutzenrechnungen des Weizmann-Instituts werden in einer unveröffentlichten Studie eines deutschen Bundesministeriums für 1977 folgende Vergleichszahlen für die durchschnittlichen Aufwendungen für Wissenschaftler genannt: USA: 60 000 Dollar/Jahr; Europa: 40 000 Dollar/Jahr; Weizmann-Institut: 20 000 Dollar/Jahr. Die Computerstunde kostet nach den gleichen Berechnungen am Weizmann-Institut 48 Dollar gegenüber etwa 120 Dollar an der Harvard University.

Es liegt also nahe, daß Israel planmäßig Wissenschaft als Exportartikel nutzt; denn da das eigene Land angesichts der quantitativen und qualitativen Expansion von Ideen und Entwicklungen in den wissenschaftlichen Zentren des Landes zu begrenzt ist, bietet sich die ökonomische Verwertung der „Überproduk-

tion“ an. In dieser Richtung laufen bereits recht umfangreiche „Export“-Aktivitäten israelischer Wissenschaftler, vor allem in amerikanischem Auftrag; auch mit der Bundesrepublik Deutschland bestehen in zunehmendem Maße derartige Auftragsverhältnisse. Daß sich hier auch ein weites Betätigungsfeld für eine wissenschaftlich-technische Entwicklungshilfe von Israel an Drittländer abzeichnet, liegt auf der Hand.

Für die israelische Volkswirtschaft insgesamt weitaus nutzbringender ist aber doch die *industrielle Verwertung* des wissenschaftlich-technischen Know-how im *eigenen* Land: also nicht der Export seiner kostbarsten „Natur-schätze“ als Rohstoff, sondern als verarbeitetes Fertigprodukt. Folgerichtig betreibt Israel in den letzten zehn Jahren mit allen Mitteln ein „Crash Program“ zur Entwicklung sogenannter „*science-based-industries*“: von Industriezweigen also, die in hohem Maße „wissenschaftsbegründet“ sind, weil in ihre Produktion ein vergleichsweise hoher Anteil an wissenschaftlichen Leistungen und Know-how eingeht — und die somit eine besonders hohe Wertschöpfungskapazität aufweisen. Offensichtliche Vorteile dieses Konzepts neben dem bereits erwähnten der Nutzung des „brain“-Reservoirs: Bei den Erzeugnissen dieses Industriesektors handelt es sich größtenteils *nicht um Großserienprodukte*, sondern um Neuentwicklungen und Spezialanfertigungen, die beim Export nicht den Wettbewerb internationaler Massenhersteller zu fürchten haben. Und: Im Zuge der von Israel vor allem seit dem 6-Tage-Krieg von 1967 verfolgten Politik einer Importsubstitution auf dem Gebiet der militärischen Ausrüstung fiel in den neuerrichteten Betrieben ohnehin neues Know-how an, das in der Folge auch für die *zivile Produktion nutzbar* gemacht werden konnte. Besonders die Luftfahrt- und die Elektronikindustrien in Israel verdanken diesem — von der Regierung gezielt geförderten — Technologietransfer aus dem Rüstungsbereich wesentliche Entwicklungsimpulse⁶¹⁾.

„Inkubator-Service“ für die Industrie

Besonders gefördert wurde in Israel der Aufbau neu projektierte Unternehmen, die in Zusammenarbeit mit den Universitäten und

⁵⁹⁾ Vgl. U. Hurvitz and M. Yavne, Statistical Indicators of Research and Development, The Case of Israel, in: Science Policy and Development, The Case of Israel, ed. by Eliezer Tal and Yaron Ezrahi, New York-London-Paris 1972, S. 342.

⁶⁰⁾ Popkin, a. a. O., S. 3.

⁶¹⁾ Vgl. Samuel N. Bar-Zakay, Technology Transfer from the Defence to the Civilian Sector in Israel — Methodology and Findings, in: Technological Forecasting and Social Change, 10. 1977, S. 143 ff.

wissenschaftlichen Instituten in Jerusalem, Haifa, Rehovot und Ramat Gan in *eigenen Industrieparks* errichtet worden sind und vor allem Erfindungen und Forschungsergebnisse zur Patentreife entwickeln und zunehmend für eine Exportproduktion verwerten. So erstreckt sich etwa das Fertigungsprogramm der dem Weizmann-Institut angeschlossenen Campus-Industrien, deren Gesamtentwicklung und -organisation in den Händen einer eigenen Entwicklungsgesellschaft liegt, vor allem auf biomedizinische Ausrüstungen und biologische und plastische Produkte; in dem in Verbindung mit dem Technion in Haifa aufgebauten Industriezentrum dominieren Unternehmen der Elektronik- und Computerbranche. Ein Teil dieser Unternehmen arbeitet auf ausländischer oder jedenfalls gemischter Kapitalbasis. „We are selling brain power“ lautet einer der Slogans, mit dem Israel seine Attraktivität bei der Werbung um Auslandsinvestoren unterstreichen will. Wenn auch die wissenschaftlichen Institute für die an sie angelehnten Industrieunternehmen zunächst eine Art „Inkubator-Service“ leisten⁶²⁾, so bietet dieses Modell doch zugleich die Chance, daß sich nach einer Anlaufperiode eher eine Symbiose herausbildet, die auch umgekehrt die industriellen Belange stärker auf den wissenschaftlichen Bereich einwirken läßt. Denn hier liegen nach dem Urteil von Insidern in Israel die Hauptprobleme einer effektiven Industrieentwicklung nach dem „science-based-industries“-Konzept⁶³⁾:

— Die bisher am nationalen Bedarf orientierte Forschungsrichtung der Wissenschaft muß sich umstellen auf „marktgängige“ Entwicklungen, — was angesichts der oben gekennzeichneten patriotischen Motivierung der israelischen Wissenschaftler einen Umlernprozeß beinhaltet.

— Mangels eines hinreichend entwickelten Know-how bei Marketing, Werbung, Verkaufsförderung und Service bestehen bei der Überführung technisch perfekt entwickelter Produkte in Marktgüter Schwierigkeiten⁶⁴⁾: „... there is not sufficient awareness of the latter phase through which a developed product becomes a marketable commodity.“ („... der letzten Phase der Überführung eines

fertig entwickelten Produktes in ein Marktgut wird keine hinreichende Beachtung geschenkt“.)

— Es fehlt in Israel an genuinen Industriemanagern, — außer solchen, die entweder aus dem Wissenschaftsbetrieb oder dem Militär kommen —, die auf Dauer die erfolgreiche Führung neuer Unternehmen bei internationalem Wettbewerb gewährleisten können. Dieses Schlüsselproblem der israelischen Industrialisierung wird noch näher zu betrachten sein.

Wenn man gelegentlich als Zielvorstellung der israelischen Entwicklungspolitik findet, man wolle eine Art „Schweiz des Nahen Ostens“ werden⁶⁵⁾, so wird man das möglicherweise weniger als Ausdruck der Hoffnung interpretieren dürfen, daß Israel in absehbarer Zeit zum internationalen Umschlagzentrum zumindest des jüdischen Finanzkapitals aus aller Welt werden könnte⁶⁶⁾, sondern vielmehr gerade als Leitbild der zukünftigen industriellen Struktur des Landes, geprägt durch relativ kleine, hochspezialisierte und -technisierte Unternehmen im Sinne des „science-based-industries“-Konzeptes.

Daß zu diesem neben dem ökonomischen Kalkül in Israel auch ganz wesentlich politische Überlegungen beitragen, wurde bereits mit dem Stichwort der „Importsubstitution“ im Bereich moderner Waffenproduktionen angedeutet. Darüber hinaus stellt es als Garant israelischer Überlegenheit im israelisch-arabischen Konflikt ein Politikum ersten Ranges dar, — und wird von arabischer Seite auch als solches eingeschätzt⁶⁷⁾, womit wieder einmal erwiesen wäre, daß in Israel ökonomische Sachzwänge bisher immer nur dann durchzuschlagen vermochten, wenn sie zugleich mit den politischen Erfordernissen konform gingen.

3. Schlüsselproblem: Industrielles Management und Organisation

Ein modernes industrielles Unternehmertum und qualifizierte Manager für Großunternehmen sind in Israel Mangelware — „Israel's

⁶⁵⁾ Vgl. u. a. Popkin, a. a. O., S. 8.

⁶⁶⁾ Vgl. z. B. Yaacow Bach in seinem Beitrag in dieser Ausgabe.

⁶⁷⁾ Vgl. Antoine B. Zahlan, Der wissenschaftlich-technologische Graben im arabisch-israelischen Konflikt, Die Dritte Welt, Vierteljahresschrift zum kulturellen, sozialen und politischen Wandel, III, 1974, Nr. 1/2, passim.

⁶²⁾ S. Freier, The Development of Science-based Industries in Israel, in: Science Policy and Development, a. a. O., S. 272 f.

⁶³⁾ Ebenda, S. 271 f.

⁶⁴⁾ Ebenda.

scarcest resource", wie es heißt⁶⁸⁾; es fehlt an der „particular blend of formal education, acquired skill and above all long practical experience in modern industry that characterizes such individuals“ („besonderen Mischung von formaler Erziehung, erworbener Fertigkeit und vor allem langer praktischer Erfahrung in modernen Industrieunternehmen, die solche Leute kennzeichnet“.)

Auch der offizielle Industrieentwicklungsplan der Regierung konstatierte⁶⁹⁾ „... the absence of a specific industrial entrepreneurship of a sufficient educational and training level to ensure the growth of industry.“ („das Fehlen eines spezifischen Industrie-Unternehmertums, das hinreichend durch Ausbildung und Übung qualifiziert ist, um das Wachstum der Industrie zu gewährleisten“.)

Der jahrhundertalte Ruf der Juden als geschäftstüchtige und begabte Handelsleute und Finanziers läßt gelegentlich die fehlende Tradition eines jüdischen Industrie-Unternehmertums übersehen. Schon in der Geschichte der jüdischen Wiederbesiedelung Palästinas in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts dominierte so stark der Gedanke einer weltweiten Rückkehr des jüdischen Volkes zum „Land“, daß die ersten industriellen Initiativen bezeichnenderweise in den Händen von Christen — z. B. deutschen Templern — lagen⁷⁰⁾. Zwar ist inzwischen im Zuge der fortschreitenden Industrialisierung die Landwirtschaft als ökonomische Basis Israels zurückgedrängt worden. Aber die im Lande herangewachsene Managergeneration ist in Mentalität und Know-how im wesentlichen geprägt durch Erfahrungen im öffentlichen Dienst, im bisher tonangebenden gemeinwirtschaftlichen Sektor und in der Armee.

Die mangelhafte Effizienz der Managementprozesse in diesen Bereichen à konto überbordender bürokratischer Verwaltungspraktiken („Planung durch Fortschreibung“) und des Vorherrschens informeller Beziehungen aufgrund alter Kameraderie ist aber in Israel nicht nur Gegenstand literarischer Satiren,

sondern auch selbstkritischer Expertenäußerungen: „Management development is our number one problem.“ („Management-Entwicklung ist unser Problem Nr. 1“⁷¹⁾). Dabei ist es gerade in Israel fast unvermeidbar, daß die Qualität der Industriemanager an der der hohen Offiziere gemessen wird. Und wenn es in einer kritischen Äußerung des Direktors des israelischen Produktivitätsinstituts heißt: „Israel's managers are too concerned with survival to pay attention to long-term prospects ...“⁷²⁾ (Israels Manager sind zu sehr mit dem gegenwärtigen Überleben beschäftigt, um auf langfristige Perspektiven achten zu können), so wird daraus zugleich deutlich, wie sehr der „Kampf ums Überleben“ Denken und Handeln in allen Bereichen dieses Landes immer noch dominiert.

Eines der Mittel, mit denen man in Israel dieses Hindernis zu überwinden versucht, ist die Aktivierung jüdischer Industrieller im Ausland, die beim Erwerb von industriellem Management-Know-how, bei der Entwicklung von Marktbeziehungen und der Errichtung von neuen Betrieben behilflich sein sollen. Diesem Zweck dienten in der Vergangenheit verschiedene Wirtschaftskonferenzen mit weltweitem Echo in Jerusalem und Tel Aviv. Danach bestehen im Ausland nun vielfältige Ausschüsse, die die Bedürfnisse der israelischen Industrie gründlich erforschen und Kontakte zwischen ausländischen und israelischen Unternehmen schaffen sollen.

Diese Entwicklung wird durch das *Assoziationsabkommen zur Schaffung einer Freihandelszone zwischen der EG und Israel* vom Mai 1975 zusätzlich forciert; denn dieses erzwingt eine strukturelle Anpassung der israelischen Industrie, die danach bis 1985 schrittweise in die europäischen Wirtschaftsbeziehungen integriert werden soll.

Zu kleine Betriebsgrößen

Hauptsorgenpunkt der Israelis im Zusammenhang damit ist das Betriebsgrößenproblem: Israels Betriebe sind im Durchschnitt sehr viel kleiner als die der EG (1971: 61 Arbeitnehmer), Großbetriebe fehlen in Israel fast völlig. Die Betriebsgrößenstruktur in Israel ist zum einen bedingt durch die Kleinheit des israeli-

⁶⁸⁾ Michael Bruno, *Economic Development Problems of Israel, 1970 bis 1980*, in: *Economic Development and Population Growth in the Middle East*. Ed. by Ch. A. Cooper and S. S. Alexander, New York 1972, S. 153.

⁶⁹⁾ *Plan for the Development of Industry in Israel 1971-1976-1981*. State of Israel, Ministry of Commerce and Industry, Center for Industrial Planning, Jerusalem 1973, S. 179.

⁷⁰⁾ Vgl. Popkin, a. a. O., S. 26.

⁷¹⁾ Matthew Radom, *Military Officers and Business Leaders: An Israeli Study in Contrasts*, in: *Columbia Journal of World Business*, III. 1968. 2, S. 28.

⁷²⁾ Ebenda.

schen Marktes, die potenziert wird durch die politisch bedingte Abschneuerung von seinen natürlichen Nachbarmärkten und die bisher dank protektionistischer Maßnahmen weitgehende Abschottung gegenüber dem Weltmarkt. Sie wird aber auch erklärt aus „managerial attitudes“⁷³⁾: „The Israeli manager seems to be a much better improviser in case of difficulty than a follower of instructions“ („Der israelische Manager scheint weit besser im Improvisieren bei Schwierigkeiten zu sein als im Befolgen von Instruktionen“), dies etwa gerade im Vergleich mit Deutschen und Japanern.

Daraus folgt bei qualifizierten Managern in Israel die große Neigung zur Verselbständigung: „Whoever can, likes to be his own boss.“⁷⁴⁾ („Wer nur immer kann, möchte sein eigener Boß sein.“)

Angesichts des Mangels an risikobereiter Unternehmerinitiative in anderen Entwicklungsländern ist dies zweifellos als positiver Entwicklungsfaktor zu werten. Aber das mit ihm verbundene Problem geringer „economies of scale“ verlangt eine entsprechende bewußte Strukturpolitik⁷⁵⁾: „... Israel will use production methods and specialize in products and industries which are somewhat less dependant on large scale plants, and enterprises are bound to be somewhat smaller.“ („Israel wird Produktionsmethoden nutzen und sich spezialisieren auf Produkte und Industriezweige, die nicht zu stark auf Großbetriebe angewiesen sind, und die Unternehmen müssen zwangsläufig etwas kleiner sein.“)

Die Politik der Regierung wird in dieser Hinsicht als widersprüchlich kritisiert: Einerseits werden Fusionen steuer- und wettbewerbsrechtlich unterstützt, andererseits werden Kleinunternehmen durch die Steuerpraxis stark begünstigt, da sie sich leichter der Berichtspflicht zu entziehen vermögen⁷⁶⁾.

Insgesamt hat sich in den letzten 20 Jahren die Industriestruktur zugunsten von Branchen verschoben „typical of small scale and long-rundeclining cost-curves“ (die gekennzeichnet sind durch kleine Serien und langfristig abnehmende Kostenverläufe)⁷⁷⁾. Die größten Exporterfolge hatte Israel bisher in Branchen mit

vorherrschend kleinen und mittleren Unternehmen (Diamanten, elektronische Teile, medizinische Instrumente, Modeartikel); der fortschreitende Aufbau der beschriebenen „science-based-industries“ liegt auf eben dieser Linie.

Auch in anderen kleinen Ländern wurde das Überleben kleinerer Industrien und Unternehmen durch deren Spezialisierung gesichert: so etwa im Rahmen der EG in Dänemark durch „design-intensive“ Produkte, oder auch durch die Möglichkeiten des „sub-contracting“, die ja auch in Israel im Verbund mit europäischen Wirtschaftspartnern bereits genutzt werden.

Aufschlußreich in diesem Zusammenhang ist jedenfalls die Tatsache, daß nach einer Umfrage unter israelischen Industriellen und Experten diese die Wettbewerbsfähigkeit der israelischen Industrie sehr viel stärker von Qualitätsverbesserungen, Verbesserungen der Technologien, Spezialisierung im Produktionsprozeß und hoher Kapazitätsnutzung abhängig sehen als von der Unternehmensgröße⁷⁸⁾. Es gehörte schon immer zur Philosophie der Selbstbehauptung des Staates Israel, *Qualität an die Stelle der Quantität* zu setzen.

4. Schlüsselproblem: Gesamtwirtschaftliche Steuerung

Nach Berechnungen von Abba Lerner und Haim Ben-Shahar sind etwa zwei Drittel des Wachstums des israelischen Sozialprodukts in der Periode von 1950 bis 1969 auf die Vermehrung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital zurückzuführen; das restliche Drittel geht auf das Konto von Produktivitätssteigerungen⁷⁹⁾. Neben den bereits behandelten technischen und unternehmerischen Leistungskomponenten kommt auch ein möglicher Beitrag durch Effizienzsteigerungen im gesamtwirtschaftlichen Koordinations- und Steuerungsprozeß in Betracht, durch verbesserte Allokation der gesamtwirtschaftlichen Ressourcen. Lerner und Ben-Shahar, die die israelische Wirtschaftsentwicklung unter eben diesen Effizienzgesichtspunkten untersucht haben, kommen hier zu dem sehr kritischen Urteil, daß das glänzende Bild der israelischen Wirtschaftsentwicklung „... was achieved despite the basic inefficiency of its economic organization and structure, characterized by excessive use of central administra-

⁷³⁾ Benjamin Toren, *Size and Scale Economies in the Israel Industry: Effects of the Free Trade Agreement with the Common Market*, Kieler Arbeitspapiere Nr. 66, Kiel 1977, S. 30.

⁷⁴⁾ Ebenda.

⁷⁵⁾ Ebenda.

⁷⁶⁾ Vgl. ebenda.

⁷⁷⁾ Ebenda, S. 33.

⁷⁸⁾ Ebenda, S. 38.

⁷⁹⁾ Vgl. Lerner/Ben-Shahar, a. a. O., S. 78.

tion and inappropriate use of price mechanisms" ⁸⁰). („... erreicht wurde trotz der grundlegenden Ineffizienz seiner wirtschaftlichen Organisation und Struktur, gekennzeichnet durch ein Übermaß an zentraler Administration und den falschen Gebrauch von Preismechanismen".)

Das harte Urteil der ökonomischen Experten über das „Übermaß an zentraler Administration" und den „falschen Gebrauch von Preismechanismen" darf nicht als indirektes Plädoyer für eine einseitige marktwirtschaftliche Steuerung mißverstanden werden; daß man in Israel prinzipiell ohne Scheuklappen gegenüber alternativen ordnungspolitischen Konzeptionen agiert, wird vielmehr als eine Chance gesehen, die nur bisher leider nicht hinreichend genutzt worden sei: „A small country, with a strong and influential government, Israel could have properly combined central administration and market mechanism and thereby become a model that both developing and developed countries could follow." ⁸¹) („Als ein kleines Land mit einer starken und einflußreichen Regierung hätte Israel sehr wohl zentrale Administration und Marktmechanismus sinnvoll miteinander verbinden und damit als Modell dienen können, das für Länder aller Entwicklungsstufen von Interesse wäre.")

Mit den Augen des Wirtschaftsfachmanns gesehen, ist in Israel die ökonomische Effizienz gegenüber sozialen und politischen Zwängen im gesamtwirtschaftlichen Steuerungsprozeß *unnötigerweise* ins Hintertreffen geraten; erklärt wird dies, jedenfalls zum Teil, mit „lack of understanding of the basic economic principles" („mangelndem Verständnis der grundlegenden ökonomischen Prinzipien") ⁸²). Sicher haben von den Anfängen an soziale und politische Wertvorstellungen und Handlungsmaximen die Gesellschaft und ihre Institutionen in Israel dominiert; ihr Leistungsdenken ist eher an *Kategorien sozialer Gerechtigkeit und nationaler Behauptung* orientiert als an *ökonomischen Effizienzgesichtspunkten*. Entsprechend groß ist die Neigung zur Intervention und zur Ausnahmeregelung (siehe Steuerungssystem), vor allem um persönliche Härten beim Wirken genereller ökonomischer Regelmechanismen auszugleichen. Zweifellos ist der Preis für ein derart stark protektionistisch arbeitendes Steuerungssystem

zwangsläufig erhöhte Inflexibilität und damit eine mangelhafte Nutzung ökonomischer Entwicklungspotentiale. Allerdings wäre zu prüfen, welche *alternativen „Kosten"* an gesellschaftlichen Werten und Errungenschaften eine ökonomisch effizientere Steuerung möglicherweise den Israelis abverlangen würde, — eine Frage, die sich mit dem Widerstreit ordnungspolitischer Konzepte im Lande heute unabweisbar stellt und die daher zum Abschluß dieser Überlegungen nochmals aufzugreifen sein wird.

Bodenpreispolitik als Exempel

Zur Verdeutlichung des angesprochenen Problems soll hier auf ein Beispiel verwiesen werden, das auch von Lerner/Ben-Shahar angeführt wird als Exempel für das Unvermögen der israelischen Regierung, sich von den Ideologien der Pionierzeit zu lösen und in stärkerem Maß Prinzipien der ökonomischen Effizienz zu folgen: Die Bodenpreispolitik ⁸³).

Auch vom Standpunkt des Ökonomen gibt es keine grundsätzlichen Einwendungen gegen das von Anbeginn in Israel praktizierte Dogma, daß der Boden als nationales Eigentum prinzipiell nicht verkauft, sondern nur verpachtet wird: dies allerdings nur, solange die Pachtsätze eine nach Kriterien ökonomischer Effizienz optimale Nutzung des Bodens sicherstellen. Da alle landwirtschaftlichen Siedler in Israel *gleich viel* Land bekommen, und dies zu einem Pachtzins, der weit *unter dem „Marktpreis"* liegt (der dem „Grenzprodukt" des landwirtschaftlich genutzten Bodens entsprechen müßte), verschieden „gute" Siedler aus ihrem Landstück aber unterschiedlich „viel" erwirtschaften, verhindert ein solches administratives Allokationssystem eine Ausweitung der „besser" bebauten Flächen durch Verkauf und Zukauf „schlechter" bebauter Flächen zwischen den Siedlern. Das entspricht zwar der jüdischen Siedlungsideologie, widerspricht aber ökonomischen Prinzipien, zumal der zu niedrige landwirtschaftliche Pachtzins insgesamt auch noch dazu führt, daß landwirtschaftliche Siedlungen möglicherweise weit *mehr* Boden beanspruchen, als es ihrem volkswirtschaftlichen Nutzen entspricht, — etwa verglichen mit alternativen Bodennutzungen für touristische oder industrielle Zwecke.

Gerade an diesem Beispiel wird besonders deutlich, daß das Problem einer effizienteren Gestaltung gesamtwirtschaftlicher Steue-

⁸⁰) Ebenda, S. 180 f.

⁸¹) Ebenda, S. 181.

⁸²) Ebenda.

⁸³) Ebenda, S. 106 ff.

rungsprozesse in Israel nicht einfach ein *Rationalisierungsproblem* für Experten ist; es ist vielmehr ein Problem des *Umdenkens*: Von den Anfängen an mit der ‚arbeitenden Gesellschaft‘ der Juden in Israel gewachsene Wert-

und Zielorientierungen müssen kompatibel gemacht werden mit den Erfordernissen wirtschaftlicher Entwicklungsdynamik im Zeichen von Industrialisierung und Weltmarktorientierung.

III. Wirtschafts- und strukturpolitische Ordnungsvorstellungen im Widerstreit

1. Vom „konstruktiven Sozialismus“ der Gründergeneration zum „Wirtschaftsliberalismus“ der Begin-Regierung

Der eingangs skizzierte Kurswechsel der Begin-Regierung vor gut einem Jahr ist allgemein im In- und Ausland über die konkreten wirtschaftspolitischen Änderungen hinaus als *Wende* in den Wirtschaft und Gesellschaft des Staates Israel beherrschenden Ordnungsvorstellungen empfunden worden. Viel beigetragen zu dieser ideologischen Interpretation hat die Tatsache, daß die geistige Vaterschaft an dem neuen Kurs dem Chicagoer Nationalökonom und Nobelpreisträger *Milton Friedman* in seiner Eigenschaft als Wirtschaftsberater der Begin-Regierung zugesprochen wurde; zumal dieser in zahlreichen Verlautbarungen die währungspolitischen Liberalisierungsmaßnahmen in Israel emphatisch als Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus gefeiert hat⁸⁴⁾: „These measures spell a revolutionary change in the dominant philosophy guiding Israel — away from Socialism and toward free-market Capitalism. They promise greater human freedom, a lessening of internal strains that have been produced by the excessive politicizing of all issues, a stronger, healthier, more cohesive society . . .“ („Diese Maßnahmen bedeuten einen revolutionären Wandel in der Israel dominierenden Philosophie, weg vom Sozialismus und hin zu einem marktwirtschaftlichen Kapitalismus. Sie verheißen größere menschliche Freiheit, weniger interne Spannungen, die durch ein Übermaß der Politisierung aller Fragestellungen entstanden sind, eine stärkere, gesündere Gesellschaft mit größerem Zusammenhalt.“)

Wenn der ‚New Deal‘ der Begin-Regierung in der internationalen Presse vor allem als Abkehr von „kollektivistischen Pionieridealen“ und „paternalistischem Dirigismus“ verstan-

den und weithin begrüßt wurde⁸⁵⁾, so suggeriert dies den *Vollzug* einer Neuorientierung, von der Wirtschaft und Gesellschaft Israels in Wirklichkeit noch weit entfernt sind. Vor allem aber ist dieser Wandlungsprozeß der israelischen Gesellschaft im Zuge der industriellen Entwicklung des Landes mit den Spannungspolen von ‚sozialistischer Planwirtschaft‘ und ‚kapitalistischer‘ bzw. ‚sozialer Marktwirtschaft‘ eher irreführend etikettiert. Wenn auch stark vergrößernd, so kommt dann die SPIEGEL-Version⁸⁶⁾ dazu dem Kern des Problems schon näher, wenn sie dem „amerikanischen Kapitalismuspropheten Milton Friedman“ vor Amtsantritt des „rechten Premiers Begin“ den Ausspruch in den Mund legt: „Zwei jüdische Traditionen liegen in Israel im Widerstreit: 100 Jahre alter Glaube an eine paternalistische sozialistische Regierung, die freie Marktwirtschaft ablehnt, und eine 2000jährige Erfahrung der Juden, sich selbst helfen zu müssen.“

Widerstreit der Traditionen

Dieser Widerstreit der Traditionen hat von den Pionierzeiten an schon immer in Israel für eine im Prinzip pluralistische Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft gesorgt. Starkes staatliches Engagement in der Wirtschaft, ein intensiver Interventionismus in allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen und der Ausbau eines wohlfahrtsstaatlichen Systems umfassender sozialer Sicherungen waren in Israel zuallererst Produkte politischer und praktischer Notwendigkeiten beim Aufbau des neuen Staatswesens und *nicht* Realisierung ideologischer Konzeptionen. Anderenfalls wäre z. B. nicht erklärbar,

⁸⁴⁾ Milton Friedman, „Entebbe Again“, Newsweek, New York 14. 11. 1977.

⁸⁵⁾ Vgl. u. a.: H. R. Kamer, Israels „neue Wirtschaftspolitik“, Abkehr vom „paternalistischen Dirigismus“, Neue Zürcher Zeitung v. 6./7. 11. 1977; ders., Israels „New Deal“ im Test der Wirklichkeit. Abkehr von kollektivistischen Pionieridealen, Neue Zürcher Zeitung v. 8. 12. 1977.

⁸⁶⁾ Der Spiegel, 7. 11. 1977: Israel, Jumbo gelandet.

warum es in Israel nie eine zentrale Planung der Wirtschaft gegeben hat und gibt. Ideologien haben diese Ordnung allerdings sehr wohl insofern geprägt, als eine von den Prinzipien der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung geprägte ‚arbeitende Gesellschaft‘ der Juden im Lande Israel von jeher das Leitziel aller zionistischen Bestrebungen war und als solches auch dem Willen zur politischen und ökonomischen Unabhängigkeit voranging. Die Siedlungspioniere, — insbesondere der zweiten Aliyah⁸⁷⁾, die später im wesentlichen den Kern der politischen und ökonomischen Schlüsselinstitutionen des neuen Staates bildeten, — waren eine *ideologische Gemeinschaft*, deren kollektive Identität eben in ihren ideologischen Grundsätzen lag: der Betonung der Gleichberechtigung und der Ablehnung der Spezialisierung in der Arbeit. Entsprechend wurde die Entwicklung des Landes zunächst vornehmlich in kollektiven Formen betrieben, vor allem im landwirtschaftlichen, aber auch im industriellen Sektor. Daß unter diesen Bedingungen in einem auf Harmonie angelegten Gemeinwesen die Prinzipien von *Kooperation* und *Koordination* stärker als das der *Konkurrenz* das wirtschaftliche Handeln bestimmten, — also Bewährungsproben am offenen Markt nicht zu bestehen waren —, daß darüber hinaus sich die Inhaber der neu institutionalisierten Funktionen in Staat und Wirtschaft mehr als Sachwalter nationaler Interessen denn als Vertreter bestimmter Gruppeninteressen fühlten: dies alles stellte eine relativ folgerichtige Entwicklung dar, die eben auch beinahe zwangsläufig durch minimale Verteilungskonflikte aller Art gekennzeichnet war⁸⁸⁾. Gleiches gilt für die sozialen Errungenschaften des *Wohlfahrtsstaates Israel* als Annäherung an Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit und Verantwortlichkeit jenseits aller ökonomischen Kategorien.

Dies alles also beinhalten die „kollektivistischen Pionierideale“, von denen sich das heutige Israel angeblich distanzieren müßte.

Konflikt der Generationen

Der Wandlungsprozeß der Ideale und sozialen Werte in der israelischen Gesellschaft ist aber *keineswegs neu*; am konkretesten läßt er sich fassen als *Generationskonflikt*: zwischen den „Ideologen“ der Pioniergeneration und

den „Pragmatikern“ der im Lande geborenen 2. und 3. Generation von Israelis, die in ihrer sachlicheren, funktionelleren Haltung und Denkweise gegenüber den Anforderungen der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung eher mit den ökonomischen Grenzen des insgesamt Machbaren zu leben bereit sind; anders als ihre Väter, die mit dem zionistischen Elan des „wenn ihr wollt ...“ alles möglich machen zu können glaubten. In der Deutung des Soziologen Avni-Segre heißt das⁸⁹⁾: „... An agrarian elite society directed by a westernized plantocracy has found itself changed into a non-European industrialized society increasingly run by a non-ideological technocracy...“ („Eine elitäre Agrargesellschaft, geführt von einer verwestlichten ‚Plantokratie‘, ist übergegangen in eine nicht-europäische industrielle Gesellschaft, die in zunehmendem Maße vor einer nicht-ideologischen Technokratie bestimmt wird.“)

Der Durchbruch dieser neuen Gesellschaft wird mit dem Sechstage-Krieg datiert:

„... the June war consolidated the supremacy of industry over agriculture. It was the Air Force and advanced technology that won the war in the first three hours of conflict. It was industry and technology that proved they could assure the economic and political future of the state. Productivism has thus become a widespread new idea in Israel...“ („Der Junikrieg besiegelte die Vorherrschaft der Industrie über die Landwirtschaft. Es waren die Luftwaffe und die moderne Technologie, die den Krieg in den ersten drei Stunden des Konfliktes gewannen. Es waren Industrie und Technologie, die unter Beweis stellten, daß sie die ökonomische und politische Zukunft des Staates zu sichern in der Lage sind. ‚Produktivismus‘ ist auf diese Weise zum verbreiteten neuen Ideal in Israel geworden.“)

Muß das aber nun heißen, daß die neue industriell geprägte Generation in Israel mit fliegenden Fahnen in das Lager des Wirtschaftsliberalismus westlicher Prägung abwandert, weil die kollektiven Ideale der Siedlungsväter für sie überholt sind? Für diese Annahme könnte auf den ersten Blick das Vordringen des „zweiten Israel“ sprechen, also der zunehmende Einfluß der aus traditionellen afroasiatischen Kulturen in das moderne Israel verpflanzten sephardischen Juden: Weitgehend unberührt von den Idealen des Agrarzionismus, repräsentieren sie in der neuen is-

⁸⁷⁾ 2. Aliyah = Einwanderungswelle nach Palästina zwischen 1905 und 1914.

⁸⁸⁾ Vgl. Pack, a. a. O., S. 226 ff.

⁸⁹⁾ Avni-Segre, a. a. O., S. 263.

raelischen Industriegesellschaft zweifellos ein materiell motivierendes, auf ökonomische Anreize reagierendes und damit prinzipiell marktwirtschaftlich gut steuerbares Element⁹⁰). Aber: ein Programm der „Wirtschaftsliberalisierung“ wird, trotz aller gegenteiligen Bekundungen der Politiker, immer „die Reichen reicher und die Armen ärmer“ machen, — und damit in erster Linie gerade die sephardischen Juden materiell benachteiligen. Mit der von der Regierung Begin erhofften „Anspruchsbescheidung der Arbeitnehmerschaft“ des Landes könnte ohnehin langfristig nur gerechnet werden, wenn es keine persönlich zurechenbare und wahrnehmbare Nutznießerschaft dieser „Bescheidung“ gäbe.

Soziale Kraftproben programmiert

Der in Israel bisher praktisch nicht existente Verteilungskonflikt zwischen Kapital und Arbeit wird damit unausweichlich programmiert; die ersten Proben sind in den Streiks des Jahres 1978 bereits durchexerziert worden. Angesichts der dominierenden Arbeitgeberposition des Staates bzw. der Histadrut erscheint es in der politischen Situation Israels als völlig ausgeschlossen, daß das Land sich echte soziale Kraftproben leisten kann.

Wie steht es aber mit den hochgespannten Erwartungen, dem „Promise of Capitalism“, die mit den Liberalisierungsmaßnahmen für Israel verbunden wurden? Milton Friedmans Version dazu⁹¹): „If Israel's dash to freedom is maintained I predict that it will produce the same kind of economic miracle that Germany's similar dash produced in 1948... It may also convert Israel into a major financial centre, a partial replacement for Beirut...“ („Wenn Israels Sprung in die Freiheit von Dauer ist, sage ich voraus, daß er das gleiche Wirtschaftswunder hervorbringen wird wie der ähnliche Sprung in Deutschland 1948... Er könnte Israel auch zu einem der großen Finanzzentren machen, einem teilweisen Ersatz für Beirut...“)

Die „Entfesselung schlummernder Produktivkräfte“, auf die der neue wirtschaftspolitische Kurs spekulierete, hat bisher jedenfalls nicht stattgefunden. Ganz sicher waren und sind die politischen Rahmenbedingungen für Israel

im Nahen Osten auch nicht annähernd denen der Bundesrepublik Deutschland in der Wiederaufbau- und Wirtschaftswunderphase nach dem Zweiten Weltkrieg vergleichbar. Außerdem haben die angestellten Überlegungen für die Schlüsselprobleme zukünftiger Entwicklungspolitik in Israel besonders hinsichtlich der Mängelerscheinungen im industriellen Management und im gesamtwirtschaftlichen Steuerungssystem gewisse Begrenzungen sichtbar werden lassen, die einer „kapitalistischen Radikalkur“, jedenfalls bis auf weiteres, gesetzt sind.

Das *Diktat der politischen Zwänge* wurde bereits deutlich am Schicksal des israelischen Staatsbudgets für 1978, das im Zeichen des neuen Kurses erstmals in Volumen und Struktur die Zurückdrängung des Staates zumindest tendenziell hätte erkennen lassen müssen. Wie wenig Spielraum die die israelische Wirtschaftslage bestimmenden Sachzwänge den Politikern lassen, zeigt sich darin, daß dieses Budget — entgegen anderslautenden Proklamationen — praktisch *keine* Abstriche oder wesentlichen Umschichtungen im Bereich der öffentlichen Ausgaben realisieren konnte. Natürlich kann man dem Finanzminister Ehrlich — wie etwa Y. Bach es in seinem Beitrag tut — deswegen „Inkonsequenz“ vorwerfen, — gemessen nämlich am „Entstaatlichungs“-Ziel des Liberalisierungskonzepts, — und seine „Nachgiebigkeit“ gegenüber Forderungen von Ministerien und Interessentengruppen bedauern. Fraglich ist nur, ob einem verantwortlichen Regierungspolitiker in Israel heute angesichts der politischen und auch gerade der entwicklungspolitischen Erfordernisse überhaupt eine Alternative zum Handeln bleibt. Nicht umsonst hat Minister Ehrlich immer betont, daß man in Israel die Ratschläge von Milton Friedman nur „sehr selektiv“ anwenden könne: „... wenn wir seine Theorie von Kopf bis Fuß anwenden, muß Israel binnen einem Monat alle Lichter ausschalten“⁹²).

2. Das ordnungspolitische Gebot zukünftiger Entwicklungsaufgaben in Israel

Wie die Untersuchung der wichtigsten Linien der wirtschaftlichen Entwicklung in Israel gezeigt haben dürfte, waren die Haupttriebkkräfte der Expansion bisher *außerökonomischer*

⁹⁰) Vgl. S. N. Eisenstadt, Israel: Traditional and Modern Social Values and Economic Development, in: Integration and Development in Israel, a. a. O., S. 112 f.

⁹¹) Milton Friedman, a. a. O.

⁹²) Teddy Preuß, Der Weg zum Paradies? Gespräch mit Israels Finanzminister Simcha Ehrlich, DIE ZEIT, 6. 1. 1978.

Art. Allerdings heißt das nicht, daß die israelische Gesellschaft nicht auch *ökonomisch* motivierbar ist: „There exists . . . an economic motivation relatively strong, and yet not „pure“⁹³⁾. („Es gibt eine relativ starke ökonomische Motivation, aber sie ist keineswegs ‚rein‘ ökonomisch.“)

Mit dem Kurswechsel zum Wirtschaftsliberalismus ist aber unausweichlich die Frage aufgeworfen, ob in Zukunft der wirtschaftlichen Entwicklung in Israel *Priorität* eingeräumt werden soll und kann⁹⁴⁾, eben indem man das „freie Spiel der Marktkräfte“ entfesselt und sich ihm unterwirft.

Israel hätte nie seinen heutigen wirtschaftlichen Entwicklungsstand erreicht, wenn es nicht in besonderem Maße von Kräften profitiert hätte, die man etwas unkonventionell als „Produktionsfaktor Weltanschauung“ bezeichnen könnte. „Ideology as a resource“⁹⁵⁾ hat in diesem Lande eine so einzigartige Produktivität bewiesen, daß der Zweifel legitim erscheint, ob die Entwicklungsdynamik Israels denn in Zukunft allein vom Spiel der ökonomischen Kräfte bewegt und geprägt werden kann. Sicher können die alten Pionierträume heute nicht mehr alleinige Leitidee auf dem weiteren Weg Israels zur Industrienation sein⁹⁶⁾: „The most intriguing aspect of contemporary Israel is the manner in which the early vision has adjusted — or failed to adjust — to the present reality . . . The idyllic image of a nation of educated pioneers, plow in one hand, book in the other, could hardly sustain a modern, differentiated economy.“ Und: „ . . . There has yet to come a new dream to replace the old.“⁹⁷⁾ („Der fesselndste Aspekt des heutigen Israel ist die Art und Weise, wie die Vision von früher sich angepaßt hat — oder auch nicht — an die heutige Realität . . . Die idyllische Vorstellung von einer Nation gebildeter Pioniere, den Pflug in der einen, das Buch in der anderen Hand, konnte schwerlich eine moderne differenzierte Wirtschaftsgesellschaft schaffen.“ Und: „ . . . Es muß ein neuer Traum kommen, der den alten ersetzen kann.“)

⁹³⁾ S. N. Eisenstadt, Israel: . . ., a. a. O., S. 109.

⁹⁴⁾ Vgl. Leonard J. Fein, The Israeli Road from Underdevelopment to Affluence, in: From Underdevelopment to Affluence. Western, Soviet and Chinese Views, ed. by Harry G. Shaffer and Jan S. Prybyla, New York 1968, S. 356.

⁹⁵⁾ Ebenda, S. 355.

⁹⁶⁾ Ebenda, S. 353 f.

⁹⁷⁾ Hervorhebung durch den Verf.

Welche Ansatzpunkte lassen sich aber in Israel heute finden, die diesen „neuen Traum“ wenigstens andeutungsweise konturieren könnten, wenn es *nicht* Friedman's „Promise of Capitalism“ sein kann oder soll? Nach wie vor lassen sie sich zwingend wohl nur aus den alten Grundidealen und -werten des Staates der Juden in Israel ableiten:

Traditionelle Wertorientierungen erhalten

1. Das Anreizsystem der israelischen Industriegesellschaft muß auch in Zukunft *neben* dem ökonomischen Gewinnstreben der *Selbstverwirklichung* des jüdischen Volkes im Rahmen seiner traditionellen Wertorientierungen Raum lassen. Das heißt aber:

— Das israelische Wirtschaftssystem kann nur pluralistisch sein.

— Die wirtschaftlichen Entscheidungs- und Steuerungsmechanismen dürfen weder einseitig von Gruppeninteressen dominiert sein (weswegen der Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer über die ersten Ansätze im gemeinwirtschaftlichen Sektor hinaus sicher für Israel besondere gesellschaftspolitische Bedeutung zukommt), noch darf ein Übermaß von Anweisungsbürokratie den einzelnen wie auch die Gesellschaft reglementieren und strangulieren (weswegen Befreiung von bürokratischen Fesseln und Dirigismen als „Liberalisierung“ das Gebot jeder zukunftsorientierten Entwicklungspolitik in Israel ist).

— Arbeitslosigkeit rührt in einer als „arbeitenden Gesellschaft“ gegründeten und gewachsenen Industrienation an die Grundlagen der staatlichen Existenz; als Staatsfeind Nr. 1 wird sie keinesfalls akzeptabler, wenn sie als „Nebenprodukt“ marktwirtschaftlicher Regelmechanismen auftritt. Die neuerdings erstmalig steigenden Arbeitslosenziffern in Israel könnten insofern dazu führen, daß dem Liberalisierungskonzept der Begin-Regierung von vornherein alle weiteren Bewährungschancen kategorisch abgeschnitten werden.

Enge Grenzen sozialer Ungleichheit

2. Wenn man im Sinne der egalitären Ideale der zionistischen Staatsgründer Israels (die insoweit durchaus verbreiteten Vorstellungen der modernen Nationalökonomie entsprechen, wie sie etwa der bekannte amerikanische Ökonom John Kenneth Galbraith vertritt) die *Fortschrittlichkeit* einer Gesellschaft an der *gerechten Verteilung* des nationalen Einkommens mißt, so können einem entwicklungs-

litischen Konzept, das „die Reichen reicher und die Armen ärmer“ machen muß, von vornherein nur geringe Chancen eingeräumt werden. Zumal vorher ja festgestellt wurde, welch positiven Beitrag die relativ egalitäre Verteilungssituation in Israel zur umfassenden Entwicklung des Landes geleistet hat.

Die starke Identifizierung der Israelis mit ihrem Staat als Inbegriff der arbeitenden Gesellschaft in Israel als *Ganzes* beruht mit darauf, daß dieser Staat eben *kein Klassenstaat* ist: „Zwar ist Israel nicht zu einem einzigen Kibbuz geworden, aber wahrscheinlich bildet es die am wenigsten in Schichten, Stände oder Klassen unterteilte Gesellschaft der freien Welt. Es gibt natürlich reiche Leute. Doch ... ist Israel der einzige Staat, in dem die Kapitalbesitzer keinen politischen Einfluß haben.“⁹⁸⁾

Diese Aussage kann natürlich nur ein persönliches Urteil widerspiegeln, deutet aber doch an, weshalb eine stärkere Einkommensdifferenzierung von der überwiegenden Mehrzahl der Israelis auch heute noch als unvereinbar mit den Grundidealen ihres Staates empfunden wird, zumal wenn sie in sichtbarem Luxuskonsum einerseits gegenüber fortgesetzt niedrigen Einkommensstandards andererseits in weiten Kreisen vor allem der orientalischen Juden zutage tritt⁹⁹⁾. Mit anderen Worten: Einer *Verstärkung der sozialen Ungleichheit* sind in Israel sicher sehr viel *engere Grenzen* gezogen als in anderen westlichen Industriegesellschaften, — und erst recht als in der Vorstellungswelt von Professor Milton Friedman.

Präferenz für „zusätzliche Dimensionen“

3. Schließlich gilt es auch, die (quantitative) „Orientalisierung“ und (qualitative) „Judaisierung“ der politischen Landschaft Israels als neue Entwicklung des alten Konflikts zwischen dem „ersten“ und dem „zweiten“ Israel¹⁰⁰⁾ einzubeziehen in die hier angestellten Überlegungen, welche Entwicklungsideologie das heutige Israel braucht. Vielleicht zeichnet sich zumindest die Richtung der Suche nach dem „neuen Traum“ in einem Beitrag von

Pinhas Lavon ab, der bezeichnenderweise überschrieben ist „Ein auserwähltes Volk und eine normale Gesellschaft“¹⁰¹⁾: „I believe that the state of Israel requires *additional dimensions*, not in technology and not in numbers. It is clear (that this dimension) cannot be expressed in the economic field ... If there is no serious about-turn, we shall be a completely *normal society* without any special attraction. We shall then be, in the last analysis, a *Levantine country*.“ („Ich glaube, daß der Staat Israel *zusätzliche Dimensionen* braucht, nicht in Technologien oder in Zahlen. Es ist klar, [daß diese Dimension] nicht im ökonomischen Bereich liegen kann ... Wenn es kein ernsthaftes Umschwenken gibt, werden wir eine völlig *normale Gesellschaft* ohne jede besondere Attraktion sein. Wir werden dann, im eigentlichen Sinne, ein levantinisches Land sein.“)

Angesichts der eher zunehmend gewichtigen Rolle religiöser Traditionen im heutigen Israel muß möglicherweise in Zukunft auch mit einer zunehmenden Neigung zur Herausbildung eschatologisch bestimmter gesellschaftlicher Zielvorstellungen gerechnet werden, wie sie ähnlich gewissen frühzionistischen Theorien eigen waren. Denn eine „auserwählte“ Gesellschaft unterscheidet sich von einer „normalen“ eben dadurch, daß sie nicht wie diese vorrangig nach Gesichtspunkten *ökonomischer Effizienz* handelt, sondern *ideologischen Zeichen* folgt. Die Präferenz für „zusätzliche Dimensionen“ (Lavon) ist im traditionalistisch-konservativen Teil der israelischen Führungselite sicher stärker ausgeprägt als bei den geistigen Erben des Arbeiterzionismus, die heute eher dem Ideal einer offenen und pluralistisch strukturierten Industriegesellschaft anhängen. Insofern bleibt abzuwarten, ob die Anleihe, die die religiös-konservativ dominierte Regierung Begin beim „alten Traum vom Kapitalismus“ gemacht hat, überhaupt die volle Laufzeit einer politischen Legislaturperiode erreichen wird. Denn es darf schließlich nicht übersehen werden, daß Liberalisierung jedenfalls ein *Programm für den Frieden* ist. Daß von einem wirksamen Friedensschluß in Israel starke Impulse für eine Entfesselung unternehmerischer und technologischer Produktivkräfte ausgehen könnten, wird kaum jemand bezweifeln. Solange aber Krieg und Belagerungszustand als tägliche

⁹⁸⁾ Teddy Preuss, Alles auf eine Karte: Kann der totale Schwenk zur Marktwirtschaft Israels Kriegswirtschaft sanieren? DIE ZEIT, 18. 11. 1977.

⁹⁹⁾ Howard Pack, Income Distribution and Economic Development: The Case of Israel, in: Israel — Social Structure and Change, a. a. O., S. 191.

¹⁰⁰⁾ Vgl. Wolffsohn, a. a. O., S. 603 ff.

¹⁰¹⁾ Pinhas Lavon, A Chosen People and a Normal Society, New Outlook (Tel Aviv), Febr. 1962, S. 3 ff., zitiert nach Avni-Segre, a. a. O., S. 359.

Bedrohungen vor der Tür stehen, fehlt es sicherlich am rechten Klima für das Gedeihen einer freien Marktwirtschaft. Israel kann sich bis auf weiteres ein konsequentes Lais-

sez-faire schon deshalb gar nicht „leisten“, weil es eben auch zur Sicherung seiner politischen Lebensfähigkeit seine *Entwicklung jederzeit beherrschen* muß.

IV. Israel: Modellfall für Entwicklungsländer?

Trotz aller Einzigartigkeit vor allem seiner historischen und politischen Konstellationen bietet das „Entwicklungsphänomen Israel“ doch einen Erfahrungsfundus an, der in mancher Hinsicht als *entwicklungspolitisches Lehrstück* von Interesse sein kann — und in der Tat auch schon häufig genutzt worden ist, vor allem von Entwicklungsländern Afrikas und Lateinamerikas. Denn Israel demonstriert exemplarisch, was üblicherweise in der ökonomischen Entwicklungstheorie als „balanced growth doctrine“ bezeichnet wird: „Development requires an overall sophisticated balance.“ („Entwicklung verlangt ein umfassendes ausgeklügeltes Gleichgewicht.“) ¹⁰²⁾

Der Modellfall Israel zeigt aber eben zugleich, daß das Postulat der ‚Ausgewogenheit‘ oder ‚Gleichgewichtigkeit‘ als Entwicklungsprinzip in einem *weitaus umfassenderen Sinne* zu sehen ist, als es bisher von der Entwicklungstheorie verstanden wurde: nämlich als Forderung nach einer ausgewogenen und parallel laufenden Entwicklung der landwirtschaftlichen und der industriellen Sektoren einer Volkswirtschaft; weil nur so die Herausbildung hinreichend großer und differenzierter Binnenmärkte bei gleichzeitiger Kaufkraftsteigerung der breiten Bevölkerung gewährleistet wird, die wiederum die notwendige Voraussetzung für weitere Investitionen und damit Wachstum sind.

Israels Entwicklungsmuster entspricht dieser „Doktrin“ geradezu vorbildlich, zumal neben Landwirtschaft und Industrie gleichzeitig auch die Infrastruktur planmäßig ausgebaut wurde und innerhalb der Wirtschaftssektoren das Entstehen einseitiger Monokulturen bzw. -produktionen weitgehend vermieden wurde; so sind die zunächst dominierenden Citrusfrüchte im Agrarexport längst durch weitere

Qualitätsprodukte wie Blumen, Gemüse, Wein ergänzt worden.

Das *Prinzip der ‚Ausgewogenheit‘* kennzeichnet aber darüber hinaus die israelische Entwicklung sehr viel *weitgehender und vielschichtiger*:

1. Israel hat unter Beweis gestellt, daß bestehende Mängel und Engpässe in der *Ressourcenausstattung* einer Volkswirtschaft im Prinzip auszugleichen sind; konkret wurde diese Austauschbarkeit menschlicher und materieller Ressourcen genutzt, um die natürliche Kargheit des Landes durch den Einsatz von ‚Humankapital‘ wirkungsvoll zu *kompensieren*.

2. Israel hat *gleichermaßen investiert* in die Entwicklung seines *Produktivkapitals* — in Gestalt von Anlagen aller Art — wie seines *Humankapitals*, also das Erziehungswesen im weitesten Sinne. Diese Ausgewogenheit der Entwicklung, die auch *innerhalb* des Erziehungssektors durch gleichmäßige Förderung *aller* Bereiche und Ebenen festzustellen ist, sicherte die weitgehende Übereinstimmung von Beschäftigungs- und Bildungssystem und verhinderte damit u. a. einen „brain drain“, also die Talentabwanderung, unter der andere Entwicklungsländer so stark zu leiden haben.

3. Die israelische Führungselite aller staatlichen und gesellschaftlichen Bereiche gleichermaßen hat nie als Sachwalter partikulärer Gruppeninteressen oder einseitiger Ideologien agiert, sondern aus einem breiten national orientierten Konsensus heraus gehandelt. Entsprechend sind Wirtschaft und Gesellschaft in Israel *pluralistisch* geordnet und *pragmatisch* gesteuert. Der „Blick aufs Ganze“ hat sich dabei insbesondere bewährt in einem beachtlichen *Gleichmaß von sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsanstrengungen*; Integration und Egalität galten deshalb als so vorrangig, weil stärkere soziale und wirtschaftliche Ungleichgewichte vermieden bzw. abgebaut werden sollten.

4. Das Miteinander von „Pflug und Buch“ in den Händen der jüdischen Palästina-Siedler

¹⁰²⁾ Vgl. E. Kanovsky, Can Israel Serve as a Model for Developing Countries?, in: Israel in the Third World, a. a. O., S. 45 ff.; Jay Yanai Tabb, Israel's Socio-Economic Planning and the Role of its Interest Groups, in: Industrial Relations and Economic Development, ed. by Arthur M. Ross, London 1966, S. 273 ff.

hat sich in Israel erhalten als *Einheit und Einigkeit von Wissenschaft, Technik und Produktion*, von Theorie und Praxis; sie erweist sich als wichtige Bedingung einer optimalen Mobilisierung und Motivierung aller menschlichen Produktivkräfte.

5. Schließlich zeigt das israelische Beispiel, daß „Sozialinnovationen“ im weitesten Sinne, die sich in Israel ja keineswegs nur auf die bekannten Kibbuzim und ähnliche kooperative Siedlungs- und Produktionsformen beschränken, für die gesamte sozialökonomische Entwicklung mindestens so wichtig sind wie die sonst so einseitig favorisierten Innovationen technologischer Art; sie sind allerdings ungleich *schwerer zu imitieren* als technische Errungenschaften.

Israel als Entwicklungshelfer

Damit ist zugleich angesprochen, in welcher Richtung Israel neben seiner Rolle als mögliches Entwicklungsmodell auch als aktiver Entwicklungshelfer für Drittländer besonders viel zu bieten hat. Angesichts seiner hervorragenden Kompetenz für bedarfsgerechte Entwicklungstechnologien aller Art besteht ohnehin schon seit Jahren ein starkes Engagement in „technischer Hilfe“, die vor allem im afrikanischen, asiatischen und südamerikanischen Raum sehr gefragt ist. Weit schwieriger als die Übertragung von Technologien läßt sich aber die Verpflanzung des *sozialen Know-how* spezifisch israelischer Machart bewerkstelligen, ohne das aber das „Entwicklungsmodell Israel“ eben nicht funktioniert und jedenfalls nicht imitierbar ist.

Den Möglichkeiten Israels, wie sie gelegentlich beschworen werden, „to become the scientific-industrial pioneer serving as a bridge between the developed and the newly developing world“ („der wissenschaftlich-tech-

nische Pionier zu werden, der die Brücke zwischen dem bereits entwickelten und dem sich neu entwickelnden Teil der Welt schlägt“) ¹⁰³⁾, sind aber in *weltweitem* Maßstab ohnehin durch die Kleinheit des Landes und seiner Bevölkerung recht enge Grenzen gesetzt. Um so überzeugender könnte Israel aber diese Rolle in der *Nahost-Region* übernehmen, wenn mit einer Beseitigung der politischen Barrieren dort erst einmal die Bahn frei wäre für eine ungehemmtere soziale und ökonomische Entwicklung. Daß hier politisch zunächst nicht mehr als die *Teillösung einer israelisch-ägyptischen Kooperation* realisierbar erscheint, muß im Interesse einer halbwegs „beherrschten“ sozialökonomischen Entwicklung eher positiv bewertet werden, zumal wenn die „balanced-growth-doctrine“ weiterhin erfüllt bleiben soll. Denn angesichts der zahlreichen an der internationalen Informationsbörse seit Monaten gehandelten israelisch-ägyptischen „Schubladenprojekte“ — für die hier beispielhaft die geplante gemeinsame Erschließung der Sinai-Wüste auf der Grundlage eines großangelegten Kernenergie- und Bewässerungsprojekts genannt sei ¹⁰⁴⁾ — wird deutlich, daß eine solche Entfesselung zentrifugaler Entwicklungskräfte nicht *nur* eine große ökonomische Chance bietet: sie könnte auch die junge israelische „Industrialisation auf dem Wege“ mit einer zu frühen Bewährungsprobe ihrer wirtschaftlichen Standfestigkeit und geistig-kulturellen Identität belasten. Auch deshalb ist es notwendig, daß es dem Judentum in Israel gelingt, diese seine Identität in einem „neuen Traum“ *zwischen Kibbuz und Kapitalismus* zu finden und zu bewahren.

¹⁰³⁾ Zahlan, a. a. O., S. 128.

¹⁰⁴⁾ Vgl. INNOVATION. A monthly report on industrial R & D and science based industry in Israel, Jerusalem, 26. Januar 1978, S. 1.

Wandlungen in der Wirtschaftspolitik Israels

I. In den drei Dekaden staatlicher Selbständigkeit dienten der Wirtschaftspolitik in Israel folgende Zielsetzungen als unverrückbare Leitprinzipien:

- a) Erhaltung und Verbesserung des Lebensstandards der stetig wachsenden Bevölkerung,
- b) Anpassung der Wirtschaft an die Anforderungen nationaler Verteidigung angesichts der permanenten äußeren Bedrohung,
- c) Anziehungskraft und Aufnahmefähigkeit der Wirtschaft für eine größtmögliche Zahl von Neueinwanderern,
- d) Streuung der Bevölkerung über das Gesamtgebiet des Landes.

Bei den Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele bemühte man sich, nach Möglichkeit gewissen Normen Rechnung zu tragen, die unter folgenden fünf Stichworten zusammengefaßt werden können:

- a) Vollbeschäftigung,
- b) wachsende Unabhängigkeit von äußerer Hilfe,
- c) Eindämmung der Teuerung,
- d) Erhöhung der Produktivität,
- e) sozialer Ausgleich und gerechte Verteilung der Lasten.

Schon die bloße Aufzählung und Nebeneinanderstellung dieser Ziele und Normen lassen erkennen, daß sie keineswegs ein harmonisches Ganzes bilden, sondern eher ein Spannungsfeld von Widersprüchen und Gegensätzlichkeiten — wie etwa die Paare Vollbeschäftigung versus Inflationsbekämpfung oder Bevölkerungsstreuung versus Produktivitätssteigerung.

II. Wie sah der Rahmen aus, innerhalb dessen man die Vielfalt dieser Aufgaben zu bewältigen hatte, und was für ein Instrumentarium stand bei der Verwirklichung der Wirtschaftspolitik zu Gebote? Um diese Fragen zu beantworten, sei eine kurze akademische Abschweifung erlaubt.

Aus der Fülle der Bemühungen um die systematische Erfassung und Darstellung der denkbaren Formen der Wirtschaftspolitik und der

Mannigfaltigkeit ihrer Manifestationen in der Geschichte erweist sich als besonders hilfreich und wegweisend die Lehre von den „Marktformen“, die von Walter Eucken (1891—1950) in seinem Hauptwerk „Die Grundlagen der Nationalökonomie“ entwickelt wurde.

Er unterschied zwei Grundtypen der Wirtschaft: die „Verkehrswirtschaft“ (gleich Marktwirtschaft) und die „Zentralverwaltungswirtschaft“, die in ihrer gedanklich reinen Form Modelle darstellen einerseits einer von Planung und staatlichen Interventionen freien Wirtschaft, in der ausschließlich die Kräfte des Marktes und des Wettbewerbes zur Geltung kommen, und andererseits einer „Kommandowirtschaft“, in der das Wirtschaftsgeschehen der Lenkung, Antreibung oder Drosselung durch zentrale Verwaltungsorgane unterworfen ist. Wohlgermerkt: „in ihrer gedanklichen reinen“, also modellartigen Form — denn in der Wirklichkeit werden wir kaum Beispiele für die vollkommene und absolute Durchführung eines dieser Extreme finden. Wohl aber können sie uns als Endpunkte einer Skala dienen, innerhalb derer sich das Gewicht der staatlichen Intervention gegenüber dem freien Spiel der Kräfte des Marktes bestimmen läßt. Die Geschichte der drei Jahrzehnte israelischer Wirtschaftspolitik bietet hierfür reichliches Anschauungsmaterial. In den ersten Jahren nach der Staatsgründung (etwa bis 1953) war die Wirtschaft einem äußersten Maß direkter staatlicher Kontrollen unterworfen; vor allem wurde die Verteilung der Güter sowohl für die Produktion wie für den Konsum behördlich reglementiert — ein System, dessen Rückkehr keine der folgenden Regierungen jemals ernsthaft angestrebt hat. Im Rahmen des für Israel charakteristischen pluralistischen Wirtschaftssystems können wir in den folgenden Jahren zwar einen stufenweisen Abbau direkter Kontrollen, aber immer noch ein starkes Übergewicht des staatlichen Interventionismus über die Privatinitiative wahrnehmen. Wenn im Zusammenhang mit den Tendenzen, die von der Regierung Begin in der Wirtschaftspolitik verfolgt werden, von Liberalisierung, Entstaatlichung und dergleichen die Rede ist und dabei der Name des extremen Neo-Liberalen und Freihandelsapo-

stels Milton Friedman genannt wird, so muß betont werden, daß es sich bei näherer Betrachtung nicht um eine umwälzende Wendung in der weltanschaulichen und wertungsbetonnten Frage staatlicher Einmischung schlechthin, sondern *nur* um eine Neubestimmung in bezug auf deren Ausmaß und die Wahl der Instrumente handelt, sowie um die bestmögliche Abschaffung oder Einschränkung direkter Kontrollen. Der pluralistische Charakter des israelischen Wirtschaftssystems als solchem mit seinem Nebeneinander staatlicher, gewerkschaftlicher und privater Initiative und dem für ein demokratisches Gemeinwesen relativ schwerwiegenden Maß staatlicher Planung und Lenkung stand in Wirklichkeit gar nicht zur Debatte.

Mit dieser Klarstellung soll aber nicht die Bedeutung des Umschwungs in der Wirtschaftspolitik Israels herabgesetzt werden; denn schon die Abschaffung der direkten Devisenkontrollen und scharfen Devisenrationierung stellte einen epochemachenden Schritt dar, mit dem wenigstens auf diesem klar umrissenen Gebiet der Hydra der Bürokratie nicht nur der Kopf abgeschlagen, sondern sie direkt ins Herz getroffen wurde. Abgesehen von der Beseitigung eines kostspieligen Leerlaufs wurden dadurch mit einem Schlage Hemmnisse ausgeräumt, die in der Vergangenheit nicht unwesentlich zu der Austrocknung des für das Land lebenswichtigen Zustroms auswärtiger Investitionen beigetragen hatten.

Angesichts der betont dramatisierten Abschaffung der Devisenkontrollen und der für Transaktionen im Inland hergestellten Konvertibilität des Israel-Pfundes — d. h. der Gewähr des Rechts zum freien Erwerb von Fremdwährungen — gab es Stimmen, welche diese Maßnahmen gewissen bedeutenden historischen Vorbildern, wie z. B. der Erhardschen Wirtschafts- und Währungsreform in der Bundesrepublik Deutschland, an die Seite stellen wollten.

Ein solcher Vergleich mag auch nahe liegen durch das in beiden Fällen bewußt angestrebte Ausschlagen des Pendels auf der vorher erwähnten Skala von dem Pol der gelenkten zum Pol der freien Wirtschaft. — Aber dieser Vergleich teilt das Schicksal vieler historischer Vergleiche: er hinkt und hält näherer Prüfung nicht stand. Zur Zeit der Erhardschen Reformen gab es in Westdeutschland schlummernde Produktionskräfte in einem Umfang, der weit über das heute selbst bei optimistischster Schätzung in Israel vorhandene Potential

hinausging. Ferner konnte der auswärtige Kapitalzustrom (die Marshallhilfe) fast gänzlich in produktive Kanäle gelenkt werden — während die Israel zufließende Kapitalhilfe vor allem zur Bestreitung der zwar lebensnotwendigen, aber eben doch größtenteils unproduktiven Verteidigungsausgaben benötigt wird. Schließlich — und dies ist der wesentlichste Unterschied — waren im damaligen Nachkriegsdeutschland die Werktätigen bereit, ihre Lebensansprüche zurückzuschrauben und nicht zu versuchen, Stücke aus einem Kuchen herauszuschneiden, der noch nicht vorhanden war. Von gewerkschaftlichem Druck war jedenfalls keine Rede — wie ja auch später, als die deutsche Wirtschaft schon aufblühte, die Gewerkschaften für Appelle Verständnis zeigten, das Maß ihrer Forderungen den jeweiligen Kapazitäten der Wirtschaft anzupassen.

Angesichts der Verschiedenheit der Voraussetzungen bestand deshalb a priori keinerlei Berechtigung für die Annahme, daß Israel etwa einem Wirtschaftwunder entgegengehe.

Ob sich der von Finanzminister Ehrlich genannte Wunsch erfüllen wird, daß Israel sich nunmehr zu einem internationalen Finanzzentrum entwickle wie die Schweiz oder Luxemburg, dürfte weitgehend von der Verwirklichung der Friedenshoffnungen abhängen, die seit dem historischen Besuch von Präsident Sadat in Jerusalem und dem dramatischen Gipfeltreffen in Camp David an Realität gewonnen haben. Nur wenn ein Mindestmaß politischer Stabilität im Nahen Osten erreicht werden sollte, könnte mit verstärkter Heranziehung von Depositen aus ausländischen Quellen gerechnet werden. Eine weitere unabdingbare Voraussetzung wäre übrigens das glatte und störungsfreie Funktionieren der Kommunikation mit dem Ausland, die in der jüngsten Vergangenheit häufig durch Streiks unterbrochen oder in Frage gestellt wurde.

III. Der Prüfstein für den Erfolg oder Mißerfolg der neuen Wirtschaftspolitik ist ihr Beitrag, den sie zu der Lösung der drängenden Probleme der israelischen Wirtschaft leistet oder in Aussicht stellt. An dem Katalog dieser Probleme hat die Entwicklung der letzten Jahre nichts Wesentliches geändert.

Man kann von fünf Indikatoren sprechen, welche die Grundübel der israelischen Wirtschaft verdeutlichen:

1. Der erste Indikator wird dargestellt durch das bedrohliche Defizit in der Handelsbilanz, das gleichbedeutend ist mit dem Devisenbe-

trag, der nicht durch Exporte und Touristik erarbeitet wird, sondern dem Lande von außen in Form von einseitigen Kapitalübertragungen zufließen muß, damit die Produktion, das Verteidigungspotential und der persönliche Lebensstil der Bevölkerung aufrechterhalten werden können — wobei der Anteil der Zuwendungen, die direkt oder indirekt von der amerikanischen Regierung abhängig sind, in den letzten Jahren ständig gewachsen ist. Das Handelsbilanzdefizit beträgt zur Zeit fast 3 Milliarden Dollar, nachdem es den Höhepunkt von 4 Milliarden Dollar Ende 1975 erreicht und überschritten hatte. Dieses Defizit entspricht in der Größenordnung etwa einem Drittel des Bruttosozialprodukts. Nach der positiven Seite ist anzumerken, daß das Verhältnis von Export zu Import sich ständig gebessert hat, so daß gegenwärtig etwa zwei Drittel der Ausgaben für Importe durch die Deviseneinnahmen für Exporte gedeckt sind.

2. Der zweite Indikator wird präsentiert durch die Auslandsschulden, die gegenwärtig etwa 11 Milliarden Dollar betragen und sich daraus ergeben, daß die erwähnten einseitigen Zuwendungen, mit denen jeweils das Loch in der Zahlungsbilanz gestopft wird, keineswegs Geschenke sind, sondern zum größten Teil Darlehen, die dem Staat oder der israelischen Wirtschaft unter mehr oder minder günstigen Bedingungen gewährt werden und zu verzinsen und amortisieren sind. Eine günstige Wendung ist auf diesem Gebiet insoweit zu verzeichnen, als der Anteil der kurzfristigen im Vergleich zur langfristigen Verschuldung in den letzten Jahren eine sinkende Tendenz aufweist. Die relative Höhe dieser Belastung mag durch die Feststellung illustriert werden, daß in Israel jedem neugeborenen Kinde eine Schuldverpflichtung von etwa 2 500,— US-Dollar in die Wiege gelegt wird — eine Berechnung, bei der *nur* die *Auslandsverschuldung* berücksichtigt ist.

3. Der dritte Indikator ist gegeben durch das Defizit im Staatshaushalt — d. h. desjenigen Teils der 208 Milliarden IL betragenden Jahresbudgets, der nicht durch Steuern, reguläre Einnahmen oder — für Entwicklungsprojekte — durch langfristige interne Anleihen finanziert wird, sondern dem Staat von der Zentralbank geliehen wird, d. h. für dessen Aufbringung die Druckerpresse in Bewegung gesetzt wird. Über die Höhe dieses Betrages wird gestritten: Die Angaben schwanken zwischen Jahresbeträgen von 9 bis 12 Milliarden Israel-Pfund. Nicht zu vergessen sei, daß die Kosten für die Landesverteidigung mehr als ein Drittel des Staats-

haushalts in Anspruch nehmen und die Aufwendungen für den Schuldendienst ein weiteres Drittel.

4. Als vierten Indikator betrachten wir den Verfall der realen Kaufkraft der israelischen Währung, gemessen nicht nur am Wechselkurs im Verhältnis zu anderen Währungen, sondern vor allem auch am Index der Lebenshaltungskosten. Die Teuerungsrate betrug im Jahre 1977 etwa 42 % und dürfte im Jahre 1978 bis nahe an 50 % gekommen sein.

5. Der fünfte Indikator schließlich ist der Stillstand im Wachstum des Sozialprodukts — eine Erscheinung, die zu den im Jahrzehnt der Industrialisierung (1952—62) erreichten, für ein Entwicklungsland wie Israel ungewöhnlich hohen jährlichen Wachstumsraten von 8—10 % in grellem Kontrast steht.

Um der historischen Gerechtigkeit willen muß gesagt werden, daß schon die frühere (sozialistische) Regierung mit der Ausführung eines Programms begonnen hatte, das aus der klaren Erkenntnis der genannten Grundübel geboren war und gewisse Erfolge in der Eindämmung der Teuerung und der Verringerung des Handelsbilanzdefizits aufzuweisen hatte. Zur Exportförderung und Importverteuerung bediente man sich damals im Rahmen eines Systems manipulierter Wechselkurse des Mittels der sogen. schleichenden Abwertung und zur Kaufkraftabschöpfung der Einführung einer Mehrwertsteuer in Höhe von 8 % sowie einer Kürzung eines Teils der Subventionen für einfache Gebrauchsgüter.

Die am 28. Oktober 1977 verkündete Wirtschaftspolitik der Regierung Begin stellte also nur eine Verstärkung und Verschärfung der vorher eingeleiteten Maßnahmen dar — eine Art von „shoctratment“. Angesichts des bemerkenswerten Mutes dieser Aktion, des Geschicks in der Geheimhaltung ihrer Vorbereitungen und ihres vertrauensvollen Optimismus darf man mit Recht — auch rückblickend — von einem „ökonomischen Entebbe“ sprechen.

Mit einem Schlage wurde durch die Vereinheitlichung und Freigabe des Wechselkurses das Israel-Pfund um etwa ein Drittel abgewertet. Damit wurde Israel wieder zu einer Attraktion für jede Art von Deviseneinfuhr, sei es in Form von Kapitaltransfers privater Unternehmer, sei es im Rahmen von Finanzierungen durch öffentliche Institutionen oder auch einfach im Gefolge des verstärkten Zustroms von Touristen.

Weniger deutlich war der exportfördernde Charakter dieser Maßnahmen. Denn Exporteure kamen unter dem früheren System der manipulierten Wechselkurse in den Genuß von Exportprämien, die den Gegenwert der von ihnen erzielten Deviseneinnahmen oft erheblich erhöhten. Mit der Rückkehr zu einem einheitlichen Wechselkurs fielen diese Prämien fort. Manche Firmen — und zwar gerade solche mit hohem „added value“ (Netto-Deviseneinnahmen) ihrer Produkte — behaupteten nun, schlechter gestellt zu sein als vorher, weil sie die von ihnen importierten Rohmaterialien zum erhöhten neuen Kurs zu beziehen hatten, ohne für ihre eigenen Exporte in gleichem Maße entsprechend höhere Erlöse zu erzielen. Tatsächlich lag hier eine unerwünschte — wenn auch unvermeidliche — Begleiterscheinung der neuen Regelung vor.

Die Importverteuerung wirkte sich nicht in der vollen Höhe der Devisenverteuerung aus, da ein Teil der früher erhobenen Importauflagen von 15 % (die sogen. Verteidigungsaufgabe) wegfiel.

Zur Abschöpfung von Kaufkraft erfolgte im Zuge der neuen Politik eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 8 % auf 12 %, ferner eine weitere Kürzung der Subventionen für Verbrauchsgüter, die den budgetären Einsparungsmaßnahmen früherer Regierungen noch nicht zum Opfer gefallen waren.

Diese Vereinigung von Abwertung, Erhöhung der indirekten — also nicht progressiven — Steuern und der Verteuerung von einfachen Gebrauchsgütern durch Kürzung von Subventionen bot den Gegnern der neuen ökonomischen Politik die Hauptangriffsfläche. Zwar wurden im Zuge der Abwertung erzielte Gewinne durch Registrierung der Lagervorräte und entsprechende Auflagen weggesteuert und Maßnahmen getroffen, um die sozial schwächeren Bevölkerungsschichten durch Erhöhung direkter Sozialleistungen für die Teuerung zu entschädigen, aber es bleibt die unleugbare Tatsache bestehen, daß die neue Politik den Abstand zwischen den höheren und niedrigeren Einkommensklassen erweitert hat.

Die Gewerkschaft setzte sich energisch für die sofortige Gewährung von Teuerungszuschlägen für die Lohnempfänger ein — eine Forderung, der sowohl die Regierung wie die Privatunternehmer weitgehend nachgeben mußten. Der Reallohn wurde dadurch teilweise wiederhergestellt und die der Gesundung der Gesamtwirtschaft abträgliche Lohnspirale aufs neue in Bewegung gesetzt.

Die im Gefolge der neuen Politik zu erwartenden sozialen Unruhen haben bereits in zahlreichen Arbeitskonflikten ihren Ausdruck gefunden, wie z. B. in einem Streik der Seeleute, durch den der Wirtschaft empfindlicher Schaden zugefügt wurde.

Die Regierung machte deutlich, daß sie an ihrem Programm festhalten wolle, das Interesse von privaten Investoren für die in öffentlicher Hand befindlichen Anteile an staatlichen Unternehmen zu wecken. Angesichts der Beseitigung der bürokratischen Hürden hoffte man auf erneute stärkere Heranziehung ausländischer Investitionen.

Der Abschöpfung von Kaufkraft dienten wiederholte Auflagen von index- und dollargebundenen Obligationen sowie die Propagierung wertgebundener Sparprogramme, die mit verstärkten Anreizen ausgestattet wurden. Denn trotz des ständigen Rückgangs der realen Kaufkraft der Währung besteht in Israel ein beachtlicher Kapitalmarkt, der von lokalen Ersparnissen genährt wird — eine Erscheinung, die durch ein vielumstrittenes, in seiner Art einzigartiges System von Wertsicherungsklauseln für langfristige Anlagen ermöglicht wird.

IV. Schwierig und umkämpft blieben drei Postulate, von denen letztlich das Gelingen der neuen Wirtschaftspolitik abhängig sein dürfte:

1. die Kürzung der Haushalte von Staat und Gemeinden,
2. die Anregung des Wirtschaftswachstums,
3. die Erhöhung der Produktivität der Betriebe.

Die scharfe Auseinandersetzung zwischen dem Gouverneur der Zentralbank und dem Finanzminister, die sich in aller Öffentlichkeit abspielte, ist ein äußeres Kennzeichen für das Ringen um das volkswirtschaftlich erträgliche und erlaubte Maß des Haushaltsdefizits. Die radikale Abwertung des Israel-Pfundes im Verfolg der Freigabe des Wechselkurses hat eine Teuerungswelle in Bewegung gesetzt, die dem vorübergehenden Nachlassen des inflationistischen Druckes ein jähes Ende bereitete. Um so größere Bedeutung kommt nicht nur den erwähnten anti-inflationistischen Maßnahmen zu, sondern vor allem auch den Anstrengungen, das Defizit im Staatshaushalt so niedrig wie nur möglich zu halten. Jede zusätzliche Milliarde auf der Ausgabenseite, die nicht durch entsprechende zusätzliche Einnahmen gedeckt ist, bedeutet eine Anheizung der ohnehin schon bedrohlich verschärften Inflation. Selbst die

energischste und konsequenteste Anwendung der Hilfsmittel, die der Zentralbank zur Verfügung stehen, kann auf die Dauer nicht die Folgen eines Milliarden-Defizits oder einer Erhöhung des Lohnniveaus ausgleichen.

Während die Zentralbank Anstrengungen macht, dem Absinken der Kaufkraft des Pfundes entgegenzuwirken, handelt der Finanzminister unter dem Druck der Forderungen der Ministerien und Interessentengruppen und unterliegt der Versuchung, Etatskürzungen aus dem Wege zu gehen und Entwicklungspläne vor der gesicherten Bereitstellung geeigneter Kapitalquellen in Angriff zu nehmen — nicht zuletzt auch, um auf diese Weise die Vollbeschäftigung in allen Teilen des Landes aufrechtzuerhalten.

Wiederum haben wir es mit wirtschaftspolitischen Zielsetzungen zu tun, die schwer miteinander vereinbar sind. Durch Steigerung des Anteils der produktiven Segmente der Wirtschaft im ganzen und durch echte und stetig fortschreitende Erhöhung der Produktivität der einzelnen Betriebe und des einzelnen Erwerbstätigen müßte eine Erneuerung des Wirtschaftswachstums trotz Kürzung der öffentlichen Haushalte bewerkstelligt werden. Dies wäre der einzige Weg, um den unvermeidlich inflationistischen Effekt von Entwicklungsvorhaben auszugleichen und im Griff zu behalten, schlummernde Produktivitätskräfte zu wecken und für die erwünschte Erneuerung des Wirtschaftswachstums frei zu machen. Eingefügt sei hier die Bemerkung, die zugegebenermaßen subjektiven Charakter hat, daß in Israel eine frischere Luft und ein neuer Arbeitswille zu spüren sind, die für die erwünschte Renaissance und Ankurbelung des Wirtschaftswachstums von nicht geringerer Bedeutung sein mögen als Ölfunde oder die Entdeckung neuer Energiequellen.

Als Zeugnis hierfür wäre das Wiederaufleben großzügiger Entwicklungsprojekte zu erwähnen. Die für die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes lebenswichtige Eigenerzeugung von Energie soll durch die Errichtung von Kernkraftwerken und durch Anlagen zur Ausnützung des Gefälles vom Mittelländischen zum Toten Meer gefördert werden.

Ebenso wird wieder an der Fortführung des Baus der Eisenbahnlinie nach Eilath gearbeitet. Schon vor 15 Jahren hatte der bedeutende Schweizer Nationalökonom Edgar Salin (1892 bis 1974) auf die Chancen hingewiesen, die dieser Bahnbau für die Entwicklung des Negev

wie für die Gesamtwirtschaft Israels eröffnen würde. Er hatte der Regierung ein detailliertes, von erstrangigen Fachleuten ausgearbeitetes technisches Gutachten überreicht sowie ein Finanzierungsschema, das auf damals bestehenden konkreten Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten fundiert war. In dem Begleitwort zu dem Gutachten hieß es, daß der Tag kommen würde, an dem diese Bahn ihren Beitrag zur Befriedigung der lebenswichtigen Verkehrsbedürfnisse Israels und zur Beilegung damit verbundener Fragen leisten werde, „in einer nicht mehr für Israel notbedingten und nicht mehr für Ägypten affektbeladenen Atmosphäre“.

V. Die in diesem Aufsatz entwickelten Gedanken zu der im Oktober 1977 von dem israelischen Finanzminister Ehrlich proklamierten neuen Linie in der Wirtschaftspolitik waren Gegenstand eines Vortrags, den der Verfasser Mitte Februar dieses Jahres in Tel-Aviv vor den Teilnehmern einer Studienreise der Bundeszentrale für politische Bildung hielt. Der seither gewonnene zeitliche Abstand ermöglicht eine stärkere Akzentuierung der schon in dem Vortrag versuchten Abwägung der Erfolgchancen des veränderten Kurses. In Anlehnung an den Titel einer bekannten Schrift von Maynard Keynes ist man versucht, von den „Economic Consequences of Mr. Ehrlich“ zu sprechen; denn die feierlich proklamierten Ziele können nur dann erreicht werden, wenn der Finanzminister und seine Mitarbeiter unerschütterlich und unbeirrbar an der eingeschlagenen Linie festhalten. Die Vorgänge der letzten Monate bestätigen die in dieser Hinsicht vom Verfasser geäußerten Zweifel. Sowohl in der Staatshaushalts- wie in der Lohnpolitik wurde der Weg des geringsten Widerstandes eingeschlagen, mit dem Ergebnis, daß der Zahlungsmittelumlauf im Monatsdurchschnitt des letzten Halbjahres um 4 % gestiegen ist. In einer Denkschrift, die der Gouverneur der Staatsbank Ende Juli 1978 der Regierung überreichte, finden sich folgende Sätze: „Die in der nahen Zukunft einzuschlagende Wirtschaftspolitik muß in Rechnung stellen, daß die lokale Güternachfrage sich verstärkt hat. Diese Verstärkung der Nachfrage — die ihren Ausdruck vor allem in der Anregung der Bautätigkeit findet — sowie der Anstieg des Reallohnes können bei der niedrigen Arbeitslosenquote zu einer unerwünscht raschen Belebung der wirtschaftlichen Aktivität führen. Unter diesen Umständen kann — angesichts der mangelnden Zurückhaltung in den Ausgaben des öffentlichen Sektors —

die Wirtschaft auf die Bahn eines überstürzten Wachstums geraten, welche zu einer Verschlechterung der Zahlungsbilanz und zu einer Beschleunigung des Tempos der Inflation führen muß." Tatsächlich bestehen heute schon Anzeichen, daß trotz des Ansteigens der Exportziffer im Jahr 1978 zum ersten Male seit 1974 nicht mit einer weiteren Verringerung des Handelsbilanzdefizits zu rechnen ist.

Andererseits ist zu betonen, daß der von Kritikern des Liberalisierungsprogramms befürchtete Sog an den staatlichen Devisenreserven nicht eingetreten ist, so daß insoweit die Abschaffung der administrativen Kontrollen und die Wahl ihres Zeitpunkts als geglückt bezeichnet werden können. Es wäre aber verfrüht, ein Gesamturteil über die Auswirkungen der neuen Politik fällen zu wollen. Insbe-

sondere können die erstrebten Veränderungen in der Produktivität, denen eine zentrale Rolle zukommt, nur an längeren Zeiträumen gemessen werden.

Für jede differenzierte Betrachtung mag die Untersuchung der jüngsten wirtschaftspolitischen Entwicklung in Israel eine besondere Anziehungskraft besitzen als ein beredtes Beispiel der engen Verknüpfung von Wirtschaft und Politik in einer parlamentarischen Demokratie. Nur bei sorgfältiger Untersuchung und Berücksichtigung der wechselseitigen Beeinflussung von Regierung und Wählerschaft eröffnet sich der Weg zum Verständnis dieser Manifestation des Widerstreits zwischen der Einsicht in die ökonomischen Notwendigkeiten und der Anpassung an die politischen Forderungen des Tages.

Judentum und Holocaust im deutschen Schulunterricht

Diesen Bericht¹⁾ gebe ich als Sprecher des Forschungsschwerpunktes „Juden, Judentum und Staat Israel im Unterricht“ an der Gesamthochschule Duisburg. In diesem Forschungsschwerpunkt arbeiten mehrere Forschungsteams interdisziplinär zusammen. Wir untersuchen miteinander die Darstellung der Juden, des Judentums und des Staates Israel in Lehrplänen, Schulbüchern und anderen Unterrichtsmedien für den Geschichts- und Politikunterricht, den Evangelischen und Katholischen Religionsunterricht und für den Geographie-, Deutsch- und Englischunterricht. Ziele unserer Arbeit sind: Analyse und Darstellung der gegenwärtigen Situation und Innovationsvorschläge durch Erarbeitung eigener Unterrichtsmodelle und Beratung von Lehrplankommissionen, Schulbuchautoren und Lehrern²⁾.

Eigene empirische Untersuchungen und die anderer Kollegen in den letzten Jahren haben ergeben: Auf die Frage, was sie von den Juden wissen, antworten die Schüler am häufigsten: 1. Die Juden sind das Volk, das Jesus gekreuzigt hat. 2. Adolf Hitler ließ mehrere Millionen Juden umbringen. 3. Die Juden leben in Israel und kämpfen dort mit ihren arabischen Nachbarn.

Diese Antworten lassen erkennen, welches die wichtigsten Informationen sind, die unsere Schüler über das Judentum erhalten und welchen Informationen sie die größte Bedeutung für ihr Bild von den Juden beimessen. Es sind die Informationskomplexe: Jesus und das Judentum, der Holocaust³⁾ und der Nahostkonflikt.

¹⁾ Vortrag auf dem ersten deutsch-israelischen Symposium vom 18. bis 20. September 1978 in Bonn.

²⁾ Siehe E. Horst Schallenberg/Gerd Stein, Juden, Judentum und Staat Israel in deutschen Schulbüchern, in: Lebendiges Zeugnis, Band: Judentum und Christentum, 32. Jahrgang, Heft 1/2 Februar 1977, Paderborn 1977, S. 44–51.

³⁾ Ich verwende hier meistens diesen Begriff für die Verfolgung der Juden zwischen 1933 und 1945. Er stammt von Eli Wiesel und ist dem Alten Testament entnommen, wo er Ganzopfer oder Brandopfer bedeutet — vor allem in Gen 22,2. Dieser latei-

In diesem Befund stecken positive, aber auch negative Elemente, vor allem werden hier Herausforderungen an den Schulunterricht sichtbar.

Wollen wir die Problematik der Darstellung des Judentums im Unterricht heute verstehen, müssen wir uns auch bewußt machen: *Wir leben im Übergang von der ersten zur zweiten Generation nach Auschwitz*. Die Zeitgenossen von Auschwitz haben unter dem Schock der großen Schuld unseres Volkes am jüdischen Volk entweder dieses Geschehen tabuisiert und verschwiegen oder mit großer moralischer Anteilnahme die nächste Generation darüber informiert. *Die erste Generation* nach Auschwitz blieb durch das Schweigen der einen ignorant und die Information der anderen wies sie zum größten Teil zurück, um nicht in eine Schuldverstrickung mit der Generation der Väter zu geraten. Das zuletzt genannte Bemühen dieser Generation — die Distanzierung von der Schuld der Väter — hat m. E. mit zur Studentenrevolte der sechziger Jahre beigetragen.

Heute ist diese Generation der 25–50jährigen in den Schulen und Hochschulen *der wichtigste Informationsträger* im Hinblick auf Judentum und Holocaust. Die noch unterrichtenden 50–65jährigen Zeitgenossen des Holocaust und die 25–50jährigen der ersten Generation nach Auschwitz stehen im Unterricht an Schulen und Hochschulen *der zweiten Generation nach Auschwitz* gegenüber, die unbelastet durch Schuldgefühl und Schuldverdrängung *neugierig* nach der Nazizeit und nach dem jüdischen Volk fragt. In dieser konkreten Situation sehe ich eine große politisch-pädagogische Herausforderung unserer Tage. Die hier skizzierte Wende macht sich bereits in Lehrplänen, Schulbüchern und im Unterricht bemerkbar. Sie enthält positive Möglichkeiten, aber auch neue Gefahren.

nische Begriff, der sich langsam international durchsetzt, will das Einmalige des Geschehens festhalten und die Sprache des Unmenschlichen (Endlösung) und die verharmlosende Sprache der Verdrängung (Judenverfolgung o. ä.) vermeiden.

I. Der kulturelle Beitrag der Juden im 20. Jahrhundert und seine Behandlung im Unterricht

Diesen Problemkomplex möchte ich nur kurz ansprechen, weil ich den Hauptakzent meiner Untersuchung auf das Problem des Holocaust³⁾ im Unterricht legen möchte.

Die Zeiten, in denen man den kulturellen Beitrag der Juden in deutschen Schulen verschwiegen, sind vorbei. Es ist aber auch die Epoche vergangen, in der man den kulturellen Beitrag der Juden aus einem Schuldkomplex heraus als besonderes Thema in den Unterricht aufnahm.

Heute wird der kulturelle Beitrag der Juden im 20. Jahrhundert in den Unterricht der verschiedenen Fächer aufgenommen, z. B. in den Deutsch- und Englischunterricht, den Philosophie- und Religionsunterricht, den Geschichts- und Politikunterricht, den Musik- und Kunstunterricht — und auch in die naturwissenschaftlichen Fächer. Im Vordergrund steht dabei die Frage: Ist dieser oder jener Beitrag für unsere Kultur besonders relevant? Werden Beiträge von Juden aufgenommen, wird nur selten verschwiegen, daß es sich um den Beitrag eines Juden handelt. Das gilt in gleicher Weise für Ernst Bloch, Martin Buber, Karl Popper, Marc Chagall, Leonard Bernstein, Pablo Casals, Schaul Bellow, Henry Miller, Albert Einstein und viele andere.

Lassen Sie mich diese Situation an einem *Beispiel* illustrieren: Als wir unseren interdisziplinären Forschungsschwerpunkt aufbauten,

dachten wir nicht daran, auch die Anglisten zu beteiligen. Da bot zu unserem Erstaunen einer unserer Anglisten seine Mitarbeit mit der Begründung an: „Die meisten amerikanischen Schriftsteller, die heute im Englischunterricht gelesen werden, sind Juden. Und das eigene Judesein spielt in ihren Darstellungen nicht selten eine große Rolle. Darum müssen auch zukünftige Englischlehrer eigentlich eine Basisinformation über das Judentum erhalten, damit sie diese Schriftsteller im Unterricht sachgemäß interpretieren können. Und es lohnt sich auch zu analysieren, welche jüdischen Schriftsteller im Englischunterricht behandelt werden.“

Der kulturelle Beitrag der Juden im 20. Jahrhundert wird also heute von der Sache her, vom konkreten relevanten Beitrag her in den Unterricht aufgenommen. Darum begegnen unsere Schüler den kulturellen Beiträgen der Juden in unserem Jahrhundert an vielen Stellen und in mehreren Unterrichtsfächern. Dabei wird selten verschwiegen, welche Beiträge von Juden stammen. Eine eigene Unterrichtseinheit über den kulturellen Beitrag der Juden im 20. Jahrhundert habe ich nicht gefunden, — und das ist m. E. auch gut so. Die gefächerte — von der Sache her geforderte — Information ist hier didaktisch besser als eine besondere Unterrichtseinheit, die den Eindruck des Gewollten und Prätentösen erwecken kann.

II. Die Aufnahme des Holocaust in Unterricht und Schulbücher

Diesen Bericht habe ich zusammen mit Horst Schallenger aufgestellt, der den Teil über den Geschichts- und Politikunterricht zusammenstellte⁴⁾.

Bei der Behandlung der Schoah⁵⁾ bzw. des Holocaust in deutschen Schulen sind drei Hemmungen zu überwinden:

⁴⁾ Als Grundlage für meinen Bericht diente mir ein Vortrag von E. Horst Schallenger, der überarbeitet unter dem Titel „Zur Darstellung der Schoah im deutschen Schulbuch der Gegenwart“ in der Tribüne erschien: Tribüne, Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, 17. Jahrgang, Heft 67, S. 33—59.

⁵⁾ Schoah ist das hebräische Wort für die Vernichtung der europäischen Judenheit von 1933 bis 1945.

1. *Eine psychologische Hemmung.* Wir müssen das größte Verbrechen unseres Volkes zum Objekt unseres Forschens und Lehrens machen.

Martin Buber, dessen 100. Geburtstag wir im vergangenen Jahr gedacht haben, hat uns gezeigt, wie wir diese Hemmung überwinden können. Als ich ihn 1962 mit einer Gruppe Studenten in Jerusalem besuchte, fragte einer meiner Studenten ihn in provozierendem Ton: „Herr Professor, unsere Eltern wollen uns einen Schuldkomplex gegenüber Ihrem Volk einimpfen. Dagegen wehren wir uns, denn wir fühlen uns nicht mitschuldig an dem, was geschehen ist. Was sagen Sie dazu?“ *Martin Bu-*

ber antwortete sehr ruhig und gütig: „Sie haben vielleicht gehört, daß ich die Behauptung der Kollektivschuld Ihres Volkes gegenüber meinem Volk immer abgelehnt und bekämpft habe. Darum sind Sie und Ihre Generation in meinen Augen erst recht nicht mitschuldig an dem, was Menschen Ihres Volkes meinem Volk angetan haben. Sie wehren sich deswegen mit Recht gegen den unsinnigen Versuch, in Ihnen ein Schuldgefühl gegenüber meinem Volk zu erzeugen. Sie sind unschuldig, — aber Sie sind als Deutscher mitverantwortlich für die weitere Geschichte Ihres Volkes, die man nicht von der bisherigen Geschichte trennen kann. Darum erwarte ich von Ihnen, daß Sie sich sorgfältig darüber informieren, was geschehen ist und wie es dazu kommen konnte, und daß Sie sich dafür einsetzen, daß es sich so oder ähnlich nicht mehr in der Geschichte Ihres Volkes wiederholen kann.“

2. *Eine wissenschaftstheoretische Hemmung.* Der Geschichtsunterricht tritt heute immer mehr in den Schatten von Soziologie, Politik- und Wirtschaftswissenschaft. Geschichte wird nicht mehr als solche gelehrt, sondern nur noch in einer Auswahl, die bestimmt ist durch politische, soziale und wirtschaftliche Gegenwartsprobleme. Darüber hinaus sind *Lehrpläne* aller Schularten heute keine Stoffverteilungspläne mehr. Sie formulieren vielmehr *Lernziele*, die an den Schülern und an Gegenwartsproblemen orientiert sind; diesen Lernzielen werden ausgewählte Unterrichtsstoffe zugeordnet. Das hat zur Folge, daß sich heute in Deutschland *der Fluch, daß Hitler unser Land judenfrei gemacht hat*, auch im Unterricht auswirkt. Denn dieser Fluch läßt unsere Beziehungen zum jüdischen Volk für die Schüler zur vergangenen, nicht mehr erlebbaren Historie werden. Wenn ich darum in Lehrplankommissionen und in einem Team von Schulbuchautoren forderte, wir müßten über den Holocaust informieren, mußte ich mich mit dem Gegenargument auseinandersetzen: In der Welt unserer Schüler leben keine Juden mehr. Wir können sie darum besser zur Überwindung von Vorurteilen und zur Toleranz erziehen, wenn wir mit ihnen über die aktuellen Probleme des Zusammenlebens mit Gastarbeitern aus anderen Ländern sprechen, statt sie abstrakt über das Judentum, den Antisemitismus und den Holocaust zu informieren.

3. *Eine theologische Hemmung.* Im Zentrum der christlichen Theologie in Deutschland steht das Christusereignis als eschatologisches Geschehen: Christus ist das Ende der Geschichte, darum darf man keinem Ereignis in der Geschichte zwischen seinem ersten und zweiten Kommen eine religiöse Bedeutung beimessen. Diese Theologie entstand im Kampf gegen den Kulturprotestantismus mit seinem Geschichtsoptimismus und im Kampf der Bekennenden Kirche gegen die „Deutschen Christen“ der Hitlerzeit, die neben Christus der nazistischen Bewegung und der Sendung Hitlers eine religiöse Bedeutung gaben. Hier sei nur erinnert an die 1. These der theologischen Erklärung von Barmen aus dem Jahr 1934: „Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben. Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und müsse die Kirche als Quelle ihrer Verkündigung außer und neben diesem einen Worte Gottes auch noch andere Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten als Gottes Offenbarung anerkennen.“ Es fällt darum den Theologen in Deutschland schwer, im Holocaust „a watershed event in Religion“⁶⁾ zu sehen, einen Wendepunkt in der christlichen Religion.

Trotz dieser Hemmungen haben in den letzten Jahren Wissenschaftler, Studenten und Lehrer angefangen, das Geschehen des Holocaust zu erforschen, zu studieren und zu unterrichten. Ein Überblick über die Entwicklung nach 1945 soll das zeigen.

1. Der Holocaust in Lehrplänen und Schulbüchern für den christlichen Religionsunterricht und im Unterricht⁷⁾

Von 1945 bis etwa 1965 war der Religionsunterricht in Deutschland Bibelunterricht und Dogmatikunterricht. Damals forderten nur

⁶⁾ Diese Formulierung stammt von dem jüdischen Schriftsteller Eli Wiesel.

⁷⁾ Siehe Heinz Kremers, Solidarität mit dem Volk Jesu. Das Judentum im evangelischen Religionsunterricht, in: Lutherische Monatshefte, 17. Jahrgang, Heft 6, Juni 1978, S. 329–332, und die dort genannte Literatur; demnächst erscheint in der Festschrift für Schalom Ben Chorin, „Israel“, hrsg. von G. Müller, der Aufsatz: Heinz Kremers, Die Juden im christlichen Religionsunterricht in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945, in dem auch die katholische religionspädagogische Literatur aufgearbeitet ist.

wenige Lehrpläne, das Judentum, seine Beziehung zum Christentum und den Holocaust zu Unterrichtsgegenständen zu machen. In den Schulbüchern bemühte man sich deshalb lediglich, antisemitische Äußerungen zu vermeiden.

Seit etwa 1965 ist der Religionsunterricht in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr nur an der Bibel und der Lehre der Kirche, sondern vor allem an den Schülern und an Gegenwartsproblemen orientiert. Diese Horizonterweiterung führt dazu, daß in zunehmendem Maße auch über das Judentum und seine Beziehung zum Christentum und in diesem Kontext auch über den Holocaust in selbständigen Unterrichtseinheiten informiert wird.

1970 untersuchte ich zusammen mit meinen Studenten 67 Lehrpläne für den evangelischen Religionsunterricht in der Bundesrepublik Deutschland. Wir kamen zu folgendem Ergebnis: Von 67 Lehrplänen forderten 34, über das Judentum und seine Beziehung zum Christentum zu informieren⁸⁾. Heute fordern alle Lehrpläne diese Information. Dieselbe Entwicklung läßt sich — wenn auch etwas langsamer — im katholischen Religionsunterricht feststellen.

Die meisten Schulbuchautoren berücksichtigen die Forderungen der Lehrpläne und nehmen Informationen über Juden, Judentum und Holocaust in ihre Schulbücher auf. Hier hat eine wichtige Bewegung eingesetzt, die noch in vollem Gange ist. Eine Schulbuchserie für die 1. bis 10. Klasse räumt der Information über das Judentum etwa 20 % ein; 10 % sind Informationen über Juden und Judentum in der Gegenwart (die Information über den Holocaust umfaßt hier 11 Seiten). Einige Schulbuchserien folgen mit 10 bis 20 %; bei den meisten Schulbuchserien liegt der Anteil zwischen 5 und 10 %; einige wenige Serien bieten nur 1 bis 5 %.

Innerhalb dieser Informationen nimmt der Holocaust eine Schlüsselstellung ein. Die meisten Schulbücher informieren nicht oder nur sehr wenig über die Beziehungen zwischen Judentum und Christentum in der Geschichte

⁸⁾ Heinz Kremers, Das Judentum im evangelischen Religionsunterricht. Lehrplananalysen und Vorschläge, in: Judentum im christlichen Religionsunterricht, hrsg. von H. Kallenbach und W. Schemel, Heft 93 der Schriften der Evangelischen Akademie in Hessen und Nassau, Frankfurt 1972, S. 46—79.

der Kirche⁹⁾, aber fast alle informieren kurz oder ausführlich über den Holocaust. In einigen Schulbuchserien finden wir Informationen über den Holocaust sogar an mehreren Stellen und in mehreren aufeinander folgenden Bänden. Diese beginnen hier schon im Schulbuch für die 3. und 4. Klasse mit Geschichten über das Schicksal jüdischer Kinder in der Hitlerzeit.

Mehrere Schulbücher lehren die Schüler darüber hinaus auch die Bedeutung des Holocaust: Sie zeigen, daß eine der wichtigsten Wurzeln des nazistischen Judenhasses der christliche Judenhaß war und daß sich darum nur wenige Christen dem Holocaust widersetzt haben. Vor allem aber haben sie begonnen, die Schüler über das Judentum als lebendige Wirklichkeit zu informieren und sie zum Verstehen des Judentums, zu Achtung und Toleranz gegenüber den Juden und zur Solidarität mit den älteren Brüdern im Glauben an den einen Gott zu erziehen.

Ein Beispiel soll das zeigen: In einem Schulbuch für die 9. und 10. Klasse wird das Kapitel „Juden und Christen“ auf 10 Seiten innerhalb des Okumene-Lehrgangs „Freiheit und Verantwortung im gespaltenen Gottesvolk“ behandelt. Das Kapitel beginnt mit den folgenden Abschnitten:

„Viele Jahrhunderte lang haben die Christen die Juden als von Gott verworfenes Volk von Christumördern und Teufelskindern verachtet, gehaßt und verfolgt, — und nur wenige Christen dachten und handelten anders. In einem Zeitraum von 1 600 Jahren wurden darum unter dem Zeichen des Kreuzes mehr Juden mithandelt, vertrieben oder getötet als unter dem Zeichen des Hakenkreuzes während der Hitlerzeit. Adolf Hitler knüpfte an den christlichen Judenhaß an, als er den Kampf gegen das Judentum in sein politisches Programm aufnahm. Er schrieb in seinem Buch ‚Mein Kampf‘: ‚So glaube ich heute

⁹⁾ Darauf haben in der Diskussion nach meinem Vortrag mit Recht die israelischen Kollegen hingewiesen: In den Schulbüchern für den Geschichts- und Religionsunterricht klafft eine gefährliche Informationslücke über das Judentum in der Zeit zwischen 70 n. Chr. und der Neuzeit. Geisterhaft und unerwartet tauchen darum die Juden aus dem Nichts in der Neuzeit wieder auf: Woher kommen sie? Wo waren sie so lange? Ja, es kann der Eindruck entstehen, die Juden der NS-Zeit seien die unmittelbaren Nachfahren der Juden der Antike. Das kann zu dem entsetzlichen Kurzschluß führen — und hat dazu geführt!: Die Juden, die Christus kreuzigten, wurden in der NS-Zeit selbst umgebracht.

im Sinne des allmächtigen Schöpfers zu handeln: Indem ich mich der Juden erwehre, kämpfe ich für das Werk des Herrn.' (Es folgen Denkanstöße und Arbeitsanweisungen.)

Die Vernichtung von etwa 6 Millionen Juden in unserem Jahrhundert erfüllte viele Christen mit Entsetzen und Scham. Denn sie erkannten, daß der christliche Judenhaß eine wichtige Wurzel des Antisemitismus der Nationalsozialisten und der Vernichtung so vieler wehrloser Juden war und daß fast alle Christen diesem Völkermord tatenlos zugesehen haben. Viele Christen in aller Welt und auch die Kirchen begannen zu fragen: ‚Wer sind die Juden wirklich? Was verbindet uns mit ihnen?‘ Und es setzte ein Umdenken unter den Christen über die Juden ein, das noch nicht abgeschlossen ist.“

Der Autor bemüht sich dann, die Schüler an diesem Umdenkungsprozeß zu beteiligen. Zunächst informiert er sie über „Glaube und Leben der Juden“ und über „die Geschichte der Juden“, und er endet mit dem Abschnitt „Brüder im gespaltenen Gottesvolk“. In diesem Abschnitt, der abschließend der Auswertung aller Informationen dienen soll, stehen als Denkanstöße die beiden Zitate: „Christen und Juden sind Brüder im Glauben“ (Papst Johannes XXIII.) und „Eine ökumenische Versammlung, aus der die Juden ausgeschlossen sind, wäre keine christliche, sondern eine heidnische Versammlung“ (Karl Barth).

Diese positive Entwicklung in den Lehrplänen und Schulbüchern muß weitergeführt und im Unterricht fruchtbar gemacht werden.

2. Der Holocaust in den Lehrplänen und Schulbüchern für den Geschichts- und Politikunterricht¹⁰⁾

Die Darstellung der NS-Zeit ist in den Schulbüchern für den Geschichts- und Politikunter-

¹⁰⁾ Siehe Anmerkung 4 und die in dem dort genannten Aufsatz aufgeführte Literatur. Siehe auch: Rainer Riemenschneider, Die Judenverfolgung im Dritten Reich. Eine Dokumentation aus westdeutschen Geschichtsbüchern unseres Jahrzehnts, Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung, Braunschweig 1977. Riemenschneider zeigt, daß sich die Darstellung der Verfolgung der Juden in der NS-Zeit „in den westdeutschen Geschichtslehrbüchern unseres Jahrzehnts in einer für die politische Bildung positiven Weise erheblich geändert hat. Die Darstellung der Lage der Juden im Dritten Reich hat sowohl quantitativ als auch qualitativ einen vergleichsweise höheren Stellenwert als in früheren Jahren erhalten“ (S. 1).

richt in der Bundesrepublik Deutschland in der Zeit von 1949 bis 1978 immer ausführlicher und differenzierter geworden. Seit dem Jahr 1960, in dem in Jerusalem der Eichmann-Prozeß stattfand und es in der Bundesrepublik Deutschland zu Synagogenschmierereien kam, ist darüber hinaus auch der Holocaust in zunehmendem Maße in die Schulbücher für den Geschichts- und Politikunterricht aufgenommen worden. Heute besteht in diesen Schulbüchern ein Konsens, daß jüdische Geschichte und speziell der Holocaust darzustellen sind, daß eine sachliche wie moralische Notwendigkeit dazu besteht. Wenn ein Thema in diesen Schulbüchern bewußt und sensibilisiert angegangen wird, dann dieses. Diese Feststellung schließt Detailkritik nicht aus.

Diese Behauptungen sollen durch fünf Beobachtungen bei der Analyse von Geschichtsbüchern begründet werden:

1. Die Darstellung der nationalsozialistischen Judenvernichtung wird im Sinne der historischen Verantwortung in die Geschichtsbücher aufgenommen. Sie erfolgt weithin sachlich korrekt, d. h. die Besonderheit des Geschehens wird nicht verschwiegen. Ich meine mit sachlich korrekt: die Information ist insgesamt einwandfrei, Verschweigungen und Darstellungen mit groben und bewußten Verzerrungen liegen nicht vor. Mängel resultieren mehr aus falscher Präsentation als aus einem prinzipiellen Bestreben, verschweigen zu wollen oder gar „herunterspielen“ zu wollen.

Alle Bücher äußern sich zur Verantwortung für den Holocaust. Aber nur wenige tun es so präzise wie in folgenden Aussagen:

„... Menschen sind ohne Grund, ohne Urteil, ohne Schuld getötet worden. Mit bürokratischer Perfektion tötete die SS. Sie hat ihre Vernichtungsaktion heimlich unternommen... Dennoch ist das deutsche Volk in seiner Gesamtheit von Schuld nicht freizusprechen. Alle haben die Anfänge gesehen, nur wenige haben etwas dagegen unternommen.“

„Die Deutschen wurden nicht — wie z. B. die Franzosen durch die Affäre Dreyfus — ... belehrt, daß der Antisemitismus nicht nur blind und ungerecht, sondern auch verbrecherisch macht. Nur wenige leisteten Widerstand, als Hitler die Vernichtung der Juden in Europa befahl, die ‚Endlösung der Judenfrage‘, wie er es nannte. Die Mehrzahl der Deutschen ließ es zu, daß der Schritt von der Unterdrückung hin zum politischen Verbrechen

geschah. Es zeigte sich, wie klein dieser Schritt ist, wenn Haß auf eine Minderheit das Denken eines Volkes vergiftet hat."

2. *Verharmlosungen des barbarischen Geschehens treten nicht auf.* Es muß allerdings auf eine Gefahr hingewiesen werden: In mehreren Geschichtsbüchern wird der Holocaust personalisiert als Tat Hitlers dargestellt. Da heißt es z. B.: „Außerhalb des Reichsgebietes, unter dem Deckmantel des militärischen Geheimnisses, den Blicken und dem Einspruch der deutschen Bevölkerung entzogen, begann HITLER mit der Ausrottung der Juden, mit der er wiederholt öffentlich gedroht hatte.“ — oder: „HITLER begann das Vernichtungswerk an den Juden gleich nach Kriegsbeginn in Polen.“ — oder: „Von allen sonstigen Verfolgungen, welche die Juden in ihrer leidvollen Geschichte erlitten haben, unterscheiden sich diejenigen HITLERS durch ihre von einer unsinnigen Ideologie her bestimmte Systematik und das durch ihre technische Perfektion erreichte Ausmaß.“

Diese Tendenz veranlaßt mich zu der Frage, ob nicht zumindest eine zu starke Personalisierung in Geschichtsbüchern unseres Staates beakknlich ist.

3. *Der Bericht auf der historischen Erscheinungsebene ist im allgemeinen sehr ausführlich.* Wenn Verkürzungen und Auslassungen vorliegen, so sind sie mehr im Hintergrund der Erscheinungen zu suchen. Ich nenne einige Beispiele: Die Funktion der Rassenideologie als politische Funktion kommt häufig nicht scharf genug heraus. — Widerstand als Beleg für die Angreifbarkeit des Systems wird zuweilen vernachlässigt. — Der wirtschaftliche Profit aus der sog. Arisierung könnte stärker betont sein. (Der Gewinn der Reichskristallnacht für den faschistischen Staat wird in allen Büchern angesprochen, der Verfall der jüdischen Versicherungsansprüche jedoch nur in wenigen Werken. Gerade in diesem Punkte aber läßt sich die Verfilzung von Interessen aufdecken.)

Besondere Aufmerksamkeit gebührt von der bleibenden Aktualität von Feindbildern und Sündenbocktheorien her den Mitteln der Verführer und Täter (Legitimations- und Integrationsstreben) und der psychischen Bedingungs-lage der verführten Teile der deutschen Bevölkerung (wirtschaftliche, soziale Bedingungen der Anfälligkeit für eine Sündenbocktheorie).

Dieses mag in der Erscheinungsebene alles als Material, als Anstoß enthalten sein, müßte aber zumindest im Unterricht auch begrifflich herausgearbeitet werden.

Eine Auslassung sei in ihrer Wirkung herausgestellt: die mangelnde Vorgeschichte der Reichskristallnacht. Zur Vorgeschichte des Attentates Grünspons auf von Rath in Paris gehört die Ausweisung polnischer Juden aus Deutschland. Ohne diese Vorgeschichte wird die „Reichskristallnacht“ als Racheakt auf Grünspons Tat empfunden, gewissermaßen als überzogene Rache, nicht aber als Vorwand im Kontext kontinuierlicher, systematischer anti-jüdischer Politik. Hier müssen wir das Entschuldigungsstreben berücksichtigen, das Lücken suchen und dort einsetzen könnte. Das Pogrom von 1938 sollte also nicht unvermittelt dargeboten werden. Positiv fällt hierzu der Satz auf: „Als der Sohn eines Betroffenen in Paris einen Angehörigen der deutschen Botschaft erschöß, war das ein willkommenes Signal für ein Pogrom größten Ausmaßes...“

4. *Verständlichkeit und Anschaulichkeit des Materials sind im allgemeinen gegeben.* Ein fester Bestandteil für unser Thema ist fotografisches Material: Das Warschauer Getto 1943, die Vertreibung jüdischer Menschen.

Illustriert werden sodann hauptsächlich die „Reichskristallnacht“ und die Vernichtung selber. Teilweise finden wir in den Schulbüchern auch Wiedergaben von antisemitischer Propaganda in Schulen, aus Bilderbüchern und Plakaten wie auch auf Kundgebungen der NS-Zeit. Bezüglich der Wiedergabe von Karikaturen seien Bedenken nicht verhehlt, denn sie könnten zuweilen auch heute nicht der Beseitigung, sondern eher der tatsächlichen Verfestigung negativer Einstellungen dienen, zumindest bei wenig ausgeprägtem kritischem Vermögen der Buchbenutzer.

Die Funktion der Bilder ist zumeist Illustration mit Kommentar. Wünschenswert scheint zu sein, daß Bilder mehr Quellenfunktion haben und Fragehaltungen wecken. In vorbildlicher Weise weckt z. B. ein Bild durch die Aufforderung des Begleittextes eine besondere Betroffenheit und Bereitschaft zur Auseinandersetzung:

„In einer Schulklasse 1933.“

„An der Tafel steht in ‚deutscher‘ Schrift: ‚Der Jude ist unser größter Feind! Hütet euch

vor den Juden! Kannst du beschreiben, was im Augenblick in dieser Klasse geschieht?" Man sieht neben den Schülern und dem Lehrer vor der Tafel zwei jüdische Jungen gesenkten Hauptes stehen. Ich bin sicher, daß hier der junge Mensch von heute etwas empfindet und bereit ist, dieses rational aufzuarbeiten.

5. Aus unbefriedigend gelösten didaktischen Grundproblemen entsteht ein politisches Defizit: Nicht nur Personalisierung, sondern auch *starke Psychologisierungen* verbauen zuweilen die Einsicht in komplizierte Zusammenhänge. Hitlers Lebensweg wird nur zu oft bereits in den Klassen 5 bis 10 psychologisiert. Können wir Geschichte dadurch faßbar machen? Prinzipiell tritt die Problematik rationaler Erkenntnis gegenüber emotionaler Betroffenheit an unserem Untersuchungsgegenstand besonders hervor.

Hier stehen zwei prinzipielle Probleme hinter der Analyse von Schulbuchtexten zum Holocaust:

1. Das *Verhältnis Geschichte—Politik*, für deren Einheit ich gerade bei diesem Thema plädieren möchte, wobei die Spannung beider Ansätze das Relevante ist.

2. Das *Verhältnis des Themas zum Erzieherischen*.

Zwei Ziele sind zu erreichen:

1. *Mortui viventes obligant* als Norm. 2. Einsicht in die politische Verführbarkeit und das dazu gegebene Instrumentarium. Eines ist sicher: Wäre Selbstüberheblichkeit („So etwas kann bei uns nicht passieren“) Folge der Lektüre eines Schulbuchtextes oder der Unterrichtsbehandlung des Holocaust, dann ist eine neue Verführung bereits angebahnt. Die Verunsicherung und damit erstrebte Kritikfähigkeit gegenüber sich selbst und der Gesellschaft scheint mir mehr wünschenswert zu sein als die Selbstgewißheit, alles ganz genau zu wissen, deren Folge Gleichgültigkeit sowohl gegenüber der unfaßbaren Einmaligkeit des Geschehens als auch gegenüber der prinzipiellen Einsicht in die Möglichkeit des politischen Mißbrauchs weiter Teile einer Gesellschaft wäre.

Zur *Darstellung des Holocaust in den Politikbüchern* möchte ich nur einen kurzen Hinweis geben: Die Mängel, die wir bei den Geschichtsbüchern feststellen mußten, sind hier

weitgehend nicht gegeben. Das Ungeheure und die bleibende Aktualität des Geschehens wird durch das Erläutern politischer Funktionen verdeutlicht.

Andererseits droht hier die *Gefahr*, daß der Holocaust zu einem *austauschbaren Beispiel* zur Illustration anderer politischer oder sozialer Gegenwartsprobleme gemacht wird. So sehr ich prinzipiell die Einheit von Geschichte und Politik sehen möchte, muß beim Holocaust doch wohl die Einmaligkeit des geschichtlichen Geschehens betont werden und darf nicht der Austauschbarkeit sozialwissenschaftlicher Betrachtung geopfert werden.

Das geschieht z. B. in einem Politikbuch, in dem im Kapitel „*Die Alten — eine Randgruppe*“ zwischen Stadtplan und Alterspyramide das Bild des jüdischen Jungen mit erhobenen Armen aus dem Warschauer Getto steht. So sehr jedermann das Anliegen unterstützen sollte, für die Alten in unserer Gesellschaft als einer vernachlässigten Gruppe ohne mächtige Interessenvertretung einzutreten, scheinen mir doch die folgenden 12 Zeilen kritikwürdig: „Vor einigen Jahrzehnten wurde über Juden, Zigeuner und Zeugen Jehovas nicht nur abfällig geredet: diese Randgruppen wurden während der Herrschaft des NS (1933—1945) in Deutschland in Konzentrationslager gebracht und bis auf wenige Überlebende ermordet. Die Erinnerung daran läßt uns nachdenklich werden: wie sollte eine Gesellschaft mit ihren Randgruppen leben und zurechtkommen? Ganz gewiß besteht für alte Menschen keine Gefahr, daß sie als unerwünschte Störenfriede in ein Lager gebracht werden...“

Ein Beispiel einer guten Darstellung des Holocaust: Es ist das Quellenheft von Günther van Norden: *Dokumente und Berichte aus dem Dritten Reich*. Es umfaßt 80 Seiten, davon 10 Seiten „Judenverfolgung“. Van Norden bringt:

1. Die Nürnberger Gesetze

2. Zur Reichskristallnacht:
Auszug aus Goebbels-Artikel
Gestapo-Fernschreiben

3. Erlebnisbericht Erich Lüths

(Entschuldigung eines am Pogrom beteiligten Polizisten bei den Betroffenen, der nicht den Mut hatte, sich zu widersetzen)

4. „Sühnemaßnahmen“ des Regimes:

Göring-Verordnung über eine Sühneleistung

Göring-Verordnung zur Ausschaltung aus dem Wirtschaftsleben

Göring-Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes

5. Der Augenzeugenbericht Kurt Gersteins

Der Augenzeugenbericht Hermann Friedrich Gräbes

6. Die Himmler-Rede vom 4. Oktober 1943.

Mit dieser Quellenauswahl wird die Makro- wie die Mikro-Ebene erreicht. Die Opfer und die Täter sind im Blickfeld. Die Opfer waren Normalmenschen wie jeder von uns. In dem Begleitheft unterscheidet van Norden sechs Tätertypen: der eine ängstlich, der andere naiv, der eine will Schlimmeres verhüten, der andere begeht Verbrechen aus Sadismus, der eine ist mechanisch gehorsam, der andere Überzeugungstäter. Hier kann wohl niemand aus der Sicherheit der Gegenwart überheblich werden oder gleichgültig sein; er wird Strukturen, Programme und Personen in ihrem Zusammenspiel analysieren müssen, um nicht großen oder kleinen Manipulationen zu erliegen.

3. Der Holocaust in deutschen Lesebüchern

Der Germanist Jürgen Biehl, Mitarbeiter im interdisziplinären Forschungsschwerpunkt an der Gesamthochschule Duisburg, hat über 50 Lesebücher für den Deutschunterricht daraufhin untersucht, wie hier Juden und Judentum dargestellt werden¹¹⁾.

Biehl stellt fest: „Noch 1960 mußte Krippendorff aus der Staatsexamensarbeit von Seitz zitieren: „... daß die Themen Judentum, die Juden in Deutschland, Verfolgung der Juden in allen Büchern (d. h. Lesebüchern, d. Verf.) nahezu völlig oder ganz vermieden wer-

¹¹⁾ Jürgen Biehl, Die Darstellung der Juden und des Judentums in neueren Lesebüchern der Bundesrepublik Deutschland — Eine inhaltsanalytische Studie, erscheint demnächst in: E. Horst Schallenberger, Zur Sache Schulbuch, Bd. 9, Ratingen-Kastelaun.

¹²⁾ E. Krippendorff, Erziehungswesen und Judentum, hrsg. vom Verband der Deutschen Studentenschaften, München 1960, S. 75 f.

den“¹²⁾. Dann hält er als Ergebnis seiner Analyse fest: „Alle untersuchten Lesebücher — weitgehend für den Bereich der Sekundarstufe I — enthalten jeweils mehrere Texte zum angegebenen Thema.“ Welche Informationen über die Juden werden in den Lesebüchern gegeben? Biehl schreibt: „Betrachtet man im Überblick des Materials, in welche größeren Themenkomplexe das aufgefundene Text- und Bildmaterial einzuordnen ist, sieht man — trotz des einen oder anderen vereinzelt auftretenden Textes in anderen thematischen Zusammenhängen — eine klar erkennbare Tendenz in den Werken, Texte nach der inhaltlichen Zuordnung zu den Problembereichen: Darstellung der Vorurteilsfrage bzw. deren Bewältigung und Verfolgung der Juden im Dritten Reich einschließlich der Massenvernichtung auszuwählen.“ Biehl schränkt etwas ein: „Doch kann und soll nicht übersehen werden, daß in den genannten Texten Juden und Jüdisches immerhin auch anders als nur im Zusammenhang mit Vorurteil und Verfolgung gesehen wird. Nur ist dieser Bereich im Vergleich zur Gesamtzahl der Texte und zur Hervorhebung jener anderen Themen kaum nennenswert.“

„Geht man nun die Texte zum Komplex ‚Verfolgung‘ durch, so ist deutlich, daß sie sich, soweit ich sehe, bis auf die Erwähnung des Zusammenhanges von Antisemitismus und Verfolgung in zwei Texten von Brecht und Döblin alle auf die Verfolgung der Juden durch die Nationalsozialisten beziehen, wobei die Textauswahl offensichtlich so getroffen wurde, daß sich drei aus der historischen Abfolge der Ereignisse abzuleitende Themenkomplexe ergeben:

1. Diskriminierung der Juden im Dritten Reich bis 1938 (‚Reichskristallnacht‘).
2. Das Problem Verfolgung und ‚Untertauchen‘ im Dritten Reich und in Holland.
3. Die Vernichtungslager und die Vernichtung selbst.“

Biehls positive Bilanz im Hinblick auf das Thema Holocaust wird relativiert durch die Problematik, daß auch die Lesebücher über den Holocaust hinaus zumeist nur unzureichende Informationen über die Juden liefern, so daß für die Schüler die Frage unbeantwortet bleibt, wer diese Juden waren, die in der NS-Zeit vernichtet wurden.

Wie am Ende des ersten Teils muß auch abschließend gefordert werden: Die positive

Entwicklung der Darstellung des Holocaust in Schulbüchern in der Bundesrepublik Deutschland muß weitergeführt und im Unterricht fruchtbar gemacht werden. Wir nennen drei Forderungen, die erfüllt werden müssen, damit dies geschehen kann:

1. Es darf nicht so weitergehen, daß zukünftige Lehrer das Judentum, den Antisemitismus und den Holocaust heute in der Bundesrepublik Deutschland nur an wenigen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen studieren können, wenn sie das wollen.

An allen deutschen Hochschulen, auf denen Lehrer ausgebildet werden, muß ein Lehrangebot über Juden, Judentum, Antisemitismus, Holocaust und Israel sichergestellt werden.

2. Historiker, Politikwissenschaftler und Theologen in der Bundesrepublik Deutschland

müssen das Judentum und seine Beziehung zum Christentum, seine Geschichte, den Antisemitismus, den Holocaust und den Staat Israel intensiver erforschen, damit sie den Schulbuchautoren, Studenten und Lehrern bessere Informationen darüber geben können.

3. Es muß so schnell wie möglich eine deutsch-israelische Schulbuchkommission eingerichtet werden. Diese soll die Schulbücher beider Staaten intensiv erforschen und Maßnahmen zur gegenseitigen Darstellung empfehlen, wie dies bereits z. B. von der deutsch-französischen und der deutsch-polnischen Schulbuchkommission getan worden ist. Mit der Einrichtung dieser bilateralen Schulbuchkommission darf keinesfalls bis zum Zustandekommen eines umfassenden Kulturabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel gewartet werden.

Christiane Busch-Lüty: Entwicklungsphänomen Israel: Vom Kibbuz zum Kapitalismus?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 4/79, S. 3—29

Mit dem Kurswechsel der Regierung Begin seit dem Oktober 1977 zu einer „Neuen Wirtschaftspolitik“, derzufolge Israels Wirtschaft in Zukunft stärker nach marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien gesteuert werden soll, stellt sich — unabhängig von der bisher keineswegs nur positiven kurzfristigen Erfolgsbilanz der getroffenen Maßnahmen — eine grundsätzliche Frage: wieweit kann ein stark von dem Chicagoer Monetaristen und Begin-Berater Milton Friedman inspiriertes Programm des Wirtschaftsliberalismus für Israel mit den bisherigen Grundlagen, Wertorientierungen und Motivationen dieses einzigartigen neuen Gemeinwesens und der in ihm lebenden Menschen vereinbart und den zukünftigen Entwicklungsaufgaben des Staates Israel gerecht werden?

In der Bilanz des dreißigjährigen israelischen „Wirtschaftswunders“ seit 1948 fällt vor allem bei Spitzenwachstum, auch des Pro-Kopf-Bruttosozialprodukts, der Fortbestand einer im internationalen Vergleich einzig dastehenden Verteilungsegalität auf, die für die in der israelischen Wirtschaftsgesellschaft bisher dominierenden außerökonomischen Anreizmechanismen wie für die Konfliktarmut als wesentliche Antriebsfaktoren der Entwicklung symptomatisch erscheint.

Eine Analyse der Schlüsselprobleme zukünftiger Entwicklungspolitik in Israel, die für die Faktoren „Humankapital“, Technischer Fortschritt, Industrielles Management und Organisation sowie Gesamtwirtschaftliche Steuerung vorgenommen wird, macht die Wandlungen deutlich, in die der fortschreitende Industrialisierungsprozeß, insbesondere seine Spezialisierungs- und Differenzierungstendenzen, die — weitestgehend klassenlose — „arbeitende Gesellschaft“ zwingt, als die sich die Juden in Israel seit den vor allem vom osteuropäischen Sozialismus geprägten Pionierzeiten verstanden haben. Dieser Wandlungsprozeß wird überlagert und verstärkt von einem als quantitative „Orientalisierung“ und qualitative „Judaisierung“ gekennzeichneten, demographisch bedingten Umschichtungsvorgang, der die politische Landschaft des Staates Israel bereits entscheidend verändert hat. Als „gemeinsamer Nenner“ all dieser Prozesse erscheint dabei die entschlossene Nutzung aller Entwicklungspotentiale Israels als „science-based-nation“ für sozial und technologisch innovative Entwicklungen.

Israel stellt darüber hinaus ein recht interessantes Modell für Entwicklungsländer dar, einen „sozialökonomischen Laborversuch“, an dem geradezu exemplarisch die erfolgreiche Praktizierung eines raschen, aber ausgewogenen Wachstums studiert werden kann.

Yaacov Bach: Wandlungen in der Wirtschaftspolitik Israels

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 4/79, S. 31—45

Die im Oktober 1977 proklamierte neue Wirtschaftspolitik in Israel bedeutete für das Land zwar keine Umwälzung des pluralistischen Charakters seines Wirtschaftssystems mit dem typischen Nebeneinander staatlicher, gewerkschaftlicher und privater Initiativen, wohl aber eine stärkere Betonung marktwirtschaftlicher Grundsätze und eine weitgehende Befreiung des Devisenverkehrs von administrativen Kontrollen. Der Erfolg der Liberalisierungspolitik wird an ihrem Beitrag zur Lösung der zentralen Probleme der Wirtschaft zu messen sein, insbesondere ihrem Einfluß auf die Verringerung des Handelsbilanzdefizits und der Eindämmung der fortschreitenden Inflation. Der Autor untersucht die jüngste wirtschaftspolitische Entwicklung in Israel und stellt die enge Verknüpfung von Wirtschaft und Politik dar.

Heinz Kremers: Judentum und Holocaust im deutschen Schulunterricht

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 4/79, S. 37—45

Es handelt sich um einen Bericht über die Ergebnisse mehrerer Forschungsprojekte, die im Rahmen des interdisziplinären Forschungsschwerpunktes „Geschichte und Religion des jüdischen Volkes“ an der Gesamthochschule Duisburg durchgeführt wurden:

Die daran beteiligten Wissenschaftler kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß seit etwa 1965 die Themenkreise „Der kulturelle Beitrag der Juden im 20. Jahrhundert“ und vor allem „Der Holocaust“ (die Verfolgung der Juden von 1933—1945) in zunehmendem Maße in die fächerspezifischen Schulbücher in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen werden. Es ist hier eine positive Entwicklung in Gang gekommen, die noch immer anhält, obwohl in Details noch schwache Punkte aufgezeigt werden können. Deshalb ist es erforderlich, daß die auf diesem Gebiet bisher geleistete Pionierarbeit abgesichert und allgemein verbindlich gemacht werden sollte durch die Einrichtung einer Schulbuchkommission, die — wie auf anderen Gebieten z. B. die deutsch-französische und die deutsch-polnische Schulbuchkommission — Richtlinien für die Darstellung des jüdischen Volkes, des Holocaust und des Staates Israel für die entsprechenden Lehrpläne und Schulbücher in der Bundesrepublik Deutschland erarbeiten sollte.

Die Informationen über die Juden, das Judentum und den Staat Israel, die von Lehrplänen gefordert und in Schulbüchern dargeboten werden, können nur dann den Schülern im Unterricht vermittelt werden, wenn die Lehrer für diese Aufgabe ausgebildet sind. Das Judentum und seine Beziehung zum Christentum, die jüdische Geschichte, der Antisemitismus, der Holocaust und der Staat Israel müssen deshalb intensiver als bisher an deutschen Universitäten erforscht werden. Alle Lehrerstudenten, welche die genannten Unterrichtsfächer an deutschen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen studieren, sollten eine Basisinformation in Judentumskunde mit den genannten Schwerpunkten erhalten.